

Ausgabe 57 | November 2023

ZEITUNG

Eine Ausgabe • Ein Thema • Ein Mosaikstein hin zum grossen Bild



Wehrlos durch Entwaffnung

Second Amendment

Das wichtigste Recht der US-Bürger?

Mehr Waffen, weniger Kriminalität?

Schusswaffenverbote als Förderprogramm für Verbrecher

Opferland Deutschland

Effektive Notwehr verboten
Freiwild im eigenen Land

Liebe Leser

Als Bürger der Schweiz – einer sicheren Nation mit liberalem Waffenrecht – über die ausserordentlich restriktiven Waffengesetze in Deutschland zu recherchieren und zu schreiben, machte mich die letzten Wochen sehr betroffen. Bei unserem Nachbarn erodiert die öffentliche Sicherheit in dramatischer Weise und Messerattacken durch Migranten gehören mittlerweile zur traurigen Tagesordnung. Man blickt aus sicherer Distanz, einem Elfenbeinturm ähnlich, hinein in eine Gesellschaft, die der eigenen so ähnlich ist, zu deren Menschen man sich so nah und verbunden fühlt und ist nur noch schockiert und erzürnt darüber, wie sehr sie von den eigenen Regierungen, egal welcher Couleur, über die letzten Jahrzehnte hinweg konsequent entwaffnet und sprichwörtlich ans Messer geliefert wurde. Trotz der geografischen Nähe scheinen Welten zwischen unseren Realitäten zu liegen. Auf den Schweizer Strassen und in Fussgängerzonen herrscht allgemein (noch) ein starkes Gefühl von Sicherheit, Recht und Ordnung.

Durch unser System der Milizarmee ist es in der Schweiz völlig normal, (zu Hause) bewaffnet zu sein. Angehörige der Armee, also alle wehrfähigen Männer bis zum 35. Altersjahr, haben eine jährliche Schiesspflicht, das sogenannte «Obligatorische», wo sie den Umgang und das Schiessen mit ihrem Sturmgewehr üben und auffrischen. Zudem kann jeder Schweizer Bürger mit einem sauberen Leumund legal Schusswaffen erwerben. Laut aktuellen offiziellen Schätzungen ist mindestens jede dritte Person in der Schweiz im Besitz einer Schusswaffe. Und so gilt die Schweizer Bevölkerung im weltweiten Vergleich als hochgerüstet. Dennoch wird die Schweiz als friedliche Nation voller idyllischer Gemütlichkeit wahrgenommen – scheinbar harmlos, aber eben nicht wehrlos. Für viele Schweizer gilt das Recht auf Selbstschutz und die regelrechte Pflicht zur Wehrhaftigkeit als naturgegeben. Daher erscheint es unnatürlich, wie andere Länder – allen voran Deutschland – damit umgehen. Berichte über vermeintliche Amokläufe, die bei näherer Betrachtung einmal mehr Anlass zum Zweifel an der offiziellen Darstellung geben (siehe S.42 ff.), scheinen bei den Deutschen inzwischen ein Klima von Angst und Schrecken gegenüber jeglicher Art von Bewaffnung verursacht zu haben. Wie ist es anders erklärbar, dass trotz explodierender Zahlen von Messerattacken durch Neuankömmlinge im öffentlichen Raum nicht mal ansatzweise eine Lockerung der Waffengesetze zur zivilen Selbstverteidigung gefordert wird? Im Gegenteil: Als Reaktion darauf

werden gängige Tatorte, also Ballungsräume wie in Frankfurt, Hamburg, Köln oder Düsseldorf, zu Waffenverbotszonen erklärt und Zuwiderhandlungen mit Bussgeldern in den Tausenden bestraft. Während dem rechtschaffenen Bürger – gerade den Alten und Schwachen – damit jegliches Mittel zur Selbstverteidigung unter Androhung existenzieller Geldstrafen verwehrt bleibt, sind die einzigen Nutzniesser die künftigen Messerattentäter, die sich nun noch sicherer sein können, bei ihren Taten auf keinerlei Gegenwehr zu stossen. Solche Verbrechen mit der Androhung von Geldbussen verhindern zu wollen, ist schlichtweg unsinnig und könnte eigentlich als weiterer Akt gegen die eigene Bevölkerung gewertet werden – sofern sie sich denn verteidigen wollte. Doch genau dieser Wille zur Wehrhaftigkeit, geschweige denn ein Verständnis dessen, scheint in der breiten Masse sowieso nicht mehr vorhanden zu sein. Haben Jahrzehnte des wirtschaftlichen Aufschwungs, des Wohlstandes und des damit einhergehenden gesellschaftlichen Friedens zu einer Trägheit geführt, welche den Spürsinn für feindliche Bedrohung trübte und den Willen zum Selbstschutz schwächte? Wiegt der von den Alliierten unterstellte Vorwurf der Schuld noch immer so schwer auf der deutschen Seele, dass selbst der Gedanke an Waffen schon reflexartig unterdrückt wird? Zumindest wurden in dieser Zeit die Grundlagen für den heutigen Status quo der Deutschen sowie der westlichen Gesellschaften ganz allgemein in Sachen Waffenverbote und nicht vorhandener mentaler Wehrhaftigkeit gelegt.

Als Kind soll bei tätlichen Konflikten nach Erwachsenen gerufen werden. Letztere rufen wiederum die Polizei, die unbestritten als einzige Instanz für Sicherheit und Ordnung sorgen darf. Doch diese anerzogene Wehrlosigkeit kann für das Opfer zwischenzeitlich fatale, ja gar tödliche Folgen haben. Berichten zufolge trifft die Polizei im Durchschnitt erst nach etwa 20 Minuten am Tatort ein. Genügend Zeit also für Verbrecher, ihre Taten zu begehen und sich aus dem Staub zu machen. Dennoch wird dem Bürger sein natürliches Recht auf adäquate Mittel zur Selbstverteidigung gesetzlich abgesprochen, wodurch er unweigerlich zum Freiwild für Kriminelle wird.

In der vorliegenden Ausgabe betrachten wir die Themen Schusswaffen, Wehrhaftigkeit und zivilen Selbstschutz aus verschiedenen Perspektiven und hinterfragen die Behauptungen und Vorstellungen der Gegner von privatem Schusswaffenbesitz. (ab)

Abonnenten- Vorteil

bei Einzelausgaben

Druckversion: 6€ (statt 9€)

PDF: 4€ (statt 7€)

Kombi: 8€ (statt 11€)





Shutterstock/TWINS DESIGN STUDIO

Schusswaffen töten, Schusswaffen schützen. Manche lieben sie, manche hassen sie. Die einen wünschen sich eine Welt ohne eine einzige von ihnen; die anderen fordern eine Zukunft, in der jeder so viele Gewehre und Pistolen besitzen und tragen darf, wie er möchte. Klar ist eines: Schusswaffen polarisieren so sehr wie kaum eine andere menschliche Erfindung. Die Debatte darum, wer welche und wie viele Schusswaffen besitzen darf, wird höchstgradig emotional geführt. Die meisten Staaten der Erde haben ihren Privatbesitz mindestens streng reguliert, wenn nicht sogar ganz verboten – das öffentliche Führen zu Selbstverteidigungszwecken erst recht. Sowohl Regierungen als auch Bürger mahnen und verurteilen dabei im Chor: Zur Sicherheit aller haben am besten nur Staatsbeamte, also Polizisten und Soldaten, Schusswaffen, mit denen sie gegen Kriminalität vorgehen und rechtschaffene Zivilisten beschützen können. Doch ist es wirklich sicherer für die Masse der Menschen, wenn sie sich des effizientesten aller Werkzeuge zur Selbstverteidigung entledigen? Denn diese durchaus auch missbräuchlich verwendbaren Waffen anderen in der Hoffnung zu überlassen, selbst zugleich nicht Opfer dieser anderen zu werden, ist ein Spiel mit dem Feuer.

Inhalt

«The Second Amendment» - Das wichtigste Recht der US-Bürger?

Die Gründerväter der USA waren sich darin einig, dass nur bewaffnete Bürger freie Bürger sind. 6

Mehr Waffen, weniger Kriminalität - Zahlen, Daten und Fakten

Schusswaffenverbote für unbescholtene Normalbürger erhöhen die Sicherheit nicht und machen es Kriminellen sogar einfacher. 17

Deutschlands Entwaffnung: Selbstverteidigung verboten

Obwohl der Deutsche durch kulturfremde Masseneinwanderung längst zu Freiwild im eigenen Land geworden ist, bewegt sich die Politik auf der Zielgeraden zur vollständigen Entwaffnung des Volkes. 30

Das Geheimnis der Amokschützen

«Amokläufe» sind Wasser auf die Mühlen der globalen Kampagne gegen Schusswaffen in Privatbesitz. Doch erfährt der Medienkonsument die ganze Wahrheit über die Geschehnisse? 42

Sandy-Hook-Drama: Eine Inszenierung?

Zahlreiche Beobachter meldeten sich zu Wort und zweifelten die offizielle Version der Ereignisse an der Sandy-Hook-Grundschule im Dezember 2012 an. 49

Der Ausweg aus der Opfer-Mentalität

Selbst eine Liberalisierung der deutschen Waffengesetze würde wenig an der jahrzehntelang anerzogenen Wehrlosigkeit der Deutschen ändern. 58

Verlag
Herausgeber
Kontakt

InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
André Barmettler
Tel +41 61 511 45 08 /
info@in-deutschland-verboten.com
www.in-deutschland-verboten.com
ca. 8 x jährlich im Abonnement
Schweiz: SFr 59.- / EU: EUR 59.-

Website
Erscheinung
Abo-Preis

Redaktion

Tilman Knechtel (tk) / André Barmettler (ab)
Gerhard Wisnewski (gw), Frank Hannig (fh)

Satz/Layout

Elementi Studio

Fotos

Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org / Envato

Cover-Bild

Johannes Sonneaug

Nächste Ausgabe

vsl. Dezember 2023



Die scharfe Debatte um scharfe Waffen

Es brennt auf unserer Welt und auf unseren Strassen. Nicht wortwörtlich, wie es uns selbsternannte «Klimaretter» mit ihrem hysterischen Alarmismus verklickern wollen. Nein, es brennt vor allem im übertragenen Sinne: Öffentliche Ausschreitungen – die Polizei ist machtlos. Als Frau nachts allein durch einen Park – ein Wagnis. Kinder auf dem Weg zur Schule – die Eltern sind in Sorge. Beim Shoppen in der Fussgängerzone – es kommt zu einer Messerstecherei. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über irgendeinen gewaltsamen Konflikt berichtet wird. Und in diesem Punkt muss man den Medien Recht geben: Wir werden tatsächlich unaufhörlich geplagt von grösseren und kleineren Krisen, Problemen und vermehrt sogar kriegesischen Auseinandersetzungen – neuerdings bspw. spitzt sich die Lage in Nah-

ost zu. Nicht selten sind die Krisen anderer Natur, als es uns verkauft wird, aber das steht auf einem anderen Blatt geschrieben.

Leser unserer Ausgaben sind sich dessen natürlich bewusst, denn das Hinterfragen dieser Konfliktherde beschäftigt uns und die Ergebnisse der Untersuchungen sind das, was unsere Ausgaben füllt. Häufig handelt es sich bei diesen Problemen um (potenzielle) Bedrohungen für Leib und Leben: kalte oder heisse Kriege, vor allem durch Migration befeuerte soziale Spannungen und damit einhergehende Kriminalität, aber auch übergreifende Staatsapparate und einiges mehr. Doch wenn wir den medialen Leitfiguren Glauben schenken, so ringt eine Bedrohung für unser aller Leben mit um die ganz vorderen Plätze in der Gefahrenliste: der Privatbesitz von Waffen. Grundsätzlich geht es um Waffen jeglicher Art, aber besonders um

Schusswaffen, sprich Pistolen und Gewehre. Egal, wie glühend heiss die zuvor genannten Konfliktherde vor sich hin lodern mögen, so hitzig wie die Debatte um den Privatbesitz von Schusswaffen wird kaum etwas anderes im öffentlichen wie auch privaten Raum diskutiert. In den meisten Staaten dieser Erde lautet die dominante Position sowohl der Regierenden als auch der Bürger dazu: Schusswaffen sind lebensgefährlich, unberechenbar, werden zu kriminellen Zwecken eingesetzt und gehören folglich ausschliesslich in die Hände der Exekutivbehörden, namentlich Polizei, Militär und andere Sicherheitskräfte, die damit als einzige für Recht und Ordnung sorgen (können) – niemals jedoch in den Besitz von Privatleuten.

Schauplatz USA

In den verbliebenen Ländern, in denen die Regierung der zivilen Bürgerschaft den Besitz, aber vor allem das Tragen von Schusswaffen gestattet, kocht die Debatte über die Richtigkeit dieses Zustandes seit etlichen Jahren hoch. Allen voran die Vereinigten Staaten, die durch immer neue «Amokläufe» (siehe S.42 ff.) heimgesucht werden, sind Schauplatz dieses Diskurses – nicht zuletzt wohl deshalb, weil sie das berühmte-berühmteste und – je nach Bundesstaat – liberalste Waffenrecht von allen Nationen ihr Eigen nennen können. Das sog. «Second Amendment», der Zweite Zusatzartikel zur Verfassung, verbietet der US-Regierung jegliche Einschränkung des Rechtes der Bürger auf das Besitzen und Tragen von Waffen – und ist vielen Amerikanern damit hoch und heilig (siehe S.6 ff.). Doch nicht alle US-Bürger nehmen es so genau mit dem Anspruch der US-Verfassung auf fortwährende Gültigkeit: Sie fordern vehement eine mehr oder minder starke Einschränkung dieses Artikels, wollen dies aber als im Einklang mit der Verfassung stehend verstanden wissen. Dass es sich dabei nicht nur um Antifa-Anhänger handelt, belegt als eines von unzähligen Beispielen etwa die Aussage von Eric Holder, der sich als Justizminister unter der Regierung von Barack Obama für «Gun Control» einsetzte: «Wir müssen die Art und Weise verändern, wie die Menschen über Waffen denken – insbesondere junge Menschen – und es zu etwas machen, das nicht cool ist; dass es nicht akzeptabel ist, es nicht mehr hip ist, eine Waffe zu tragen, so wie wir unsere Einstellung zu Zigaretten geändert



Foto: Shutterstock/Keith Rowles

THE TIMES OF ISRAEL

Ben Gvir says 10,000 assault rifles purchased for civilian security teams

Die Times of Israel titelt am 10. Oktober 2023: «Ben Gvir [Minister für öffentliche Sicherheit] sagt, dass 10'000 Sturmgewehre für zivile Sicherheitsteams gekauft wurden»

Israels Regierung versorgte kürzlich aufgrund der momentanen Geschehnisse zivile Sicherheitsteams mit Schusswaffen. Ben Gvirs Vorgänger Gilad Erdan hatte 2018 gesagt: «Je mehr ausgebildete Zivilisten Waffen tragen, desto höher sind die Chancen, Anschläge zu vereiteln und die Opferzahlen zu verringern.» ⁽¹⁾ Liegt der Gedanke nicht allgemein nahe, durch privaten Waffenbesitz die Verteidigungsfähigkeit des Individuums und somit die Abwehrkraft einer Nation insgesamt zu stärken?

Quelle: 1. rp-online.de, Israel will 600'000 Bürgern Kauf von Waffen erlauben, 21.08.2018

Foto: Fibonacci Blue from Minnesota, USA (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-Tea_Party_Pro_Gun_Rally_%288502433530%29.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>



Pro-Waffen-Kundgebung der «Tea Party» in Minnesota (Februar 2013). Auf dem linken Plakat steht mit einer Abbildung Joseph Stalins: «Ich habe Waffen verboten, dann habe ich 30 Millionen Menschen getötet.» Auf dem rechten Plakat steht mit einem Bild des damaligen US-Präsidenten Barack Obama: «Bill of Rights? Ich kann dich jederzeit legal und ohne richterliche Überprüfung töten lassen... indem ich dich einfach als Terrorist einstufe... die Medien halten mir auch in dieser Sache den Rücken frei. Ich wette, das wusstest du nicht!»

Foto: Shutterstock/ Nicole Glass Photography



Demonstration für strengere Waffengesetze vor dem Hauptquartier der «National Rifle Association» (Waffenlobbyorganisation) in Virginia, 2017. Auf den Plakaten steht: «Stoppt das Gemetzel», «Schulbücher, keine Waffen» und «Wir wollen unsere Kinder zurück» (bezogen auf den «Amoklauf» von Sandy Hook, siehe S.49 ff.).

Am Ende bleiben nur Hände und Füße

Es stellen sich weitere Fragen im Rahmen dieser Debatte: Vor allem in Deutschland und anderen «Einwanderungsländern» häufen sich die von Migranten ausgehenden kriminellen Übergriffe auf die einheimische Bevölkerung. Vor allem Frauen sind dabei besonders benachteiligt, weil sie sich auf ihre eigene (unterlegene) Körperkraft und maximal bedingt wirksame Pfeffersprays verlassen müssen. Unabhängig davon gilt es zu bedenken, dass die Polizei meist nicht am Ort des Geschehens ist, wenn Angriffe auf Menschen stattfinden. Das wirft im Kontext der offensichtlich durch Migration zunehmenden Kriminalität Fragen auf. Selbstverteidigung ist rechtlich zwar erlaubt, doch werden den Bürgern hierbei vielerorts Hürden in den Weg gestellt, allen voran das Verbot quasi aller zur Selbstverteidigung nützlicher Werkzeuge wie Schusswaffen – womit nur Hände und Füße bleiben.

Im Rahmen dieser Ausgabe wollen wir eine nüchterne Begutachtung der Thematik vornehmen und uns den offensichtlichsten Aspekten widmen. Eine vollumfängliche und detaillierte Abbildung aller existenten Argumente ist nicht möglich – das sollte klar sein. Daher beschränken wir uns auf eine subjektive Auswahl einiger der wichtigsten Punkte. Dabei sollen, wie so oft, die politische Dimension beleuchtet, aber auch die nackten Zahlen dargestellt sowie kritische Blicke auf oft hervorgebrachte Argumente gegen den privaten Waffenbesitz geworfen werden. Zuerst jedoch lohnt eine Betrachtung der «Mutter aller Waffengesetze», dem US-amerikanischen «Second Amendment». (tk)

Quellen:

1. c-span.org, Crime and the U.S. Justice System, 30.01.1995
2. deutschlandfunk.de, Brauchen wir eine Verschärfung des Waffengesetzes?, 26.03.2023

haben. Als ich aufgewachsen bin, haben die Leute die ganze Zeit geraucht. Meine Eltern rauchten beide. Aber im Laufe der Zeit hat sich die Einstellung zum Rauchen geändert, so dass es jetzt Leute gibt, die sich ausserhalb von Gebäuden verstecken und im Privaten rauchen und es nicht zugeben wollen. [...] Wir müssen das immer wieder tun. Wir müssen das jeden Tag in der Woche tun und den Leuten eine **Gehirnwäsche** verpassen, damit sie ganz anders über Waffen denken.»⁽¹⁾

Deutsche bereits schutzlos ausgeliefert

Derlei Aussagen und Forderungen werden Ihnen im Verlaufe dieser Ausgabe immer wieder begegnen – und das nicht nur bezogen auf die USA, sondern auch hinsichtlich der äquivalenten Debatte in Deutschland. In der Bundesrepublik wird ebenfalls jegliche Gelegenheit genutzt, um nach einem schärferen Waffenrecht zu kreischen – ganz so, als wäre in Deutschland nicht bereits alles verboten, was wirklich effektiv zur Gefahrenabwehr gegenüber Menschen eingesetzt werden kann (siehe S.30 ff.). So war Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die nicht gerade für bürgerfreundliche Politik bekannt ist, spätestens nach der vermeintlichen Amoktat in Hamburg vom März 2023 endgültig davon überzeugt, weitere Verbote in Bezug auf das Waffengesetz erlassen zu müssen.⁽²⁾ Kritische Beobachter fragen sich dabei, warum es fast ausschliesslich Unfälle oder Strafta-

ten mit Schusswaffen sind, bei denen sich auf das Werkzeug gestürzt wird, und nicht auf die verantwortlichen Personen. In allen anderen Fällen wird sofort das Motiv hinterfragt oder andere die Tat begleitende Umstände, die Tatwaffe als solche aber nicht: Niemand sieht sich veranlasst, einschränkende Gesetze in Bezug auf den privaten Besitz und die Nutzung von Küchenmessern, Bleichmitteln, Swimmingpools, Autos, Leitern, Hämmern oder sonstigen Objekten zu fordern, durch die Menschen (tödlich) zu Schaden kommen – sei es nun versehentlich oder vorsätzlich. Lediglich bei Schusswaffen ist dies der Fall. Warum? Welches Bild haben die Gesetzgebenden von den Bürgern, wenn sie alles in ihrer Macht Stehende dafür tun, ihnen den Besitz von Waffen jeglicher Art, allen voran jedoch Schusswaffen, zu erschweren oder gar zu verbieten? Das Paradoxe: Von staatlicher Seite aus wird den Bürgern fast pausenlos eingetrichtert, sie seien von inneren und äusseren Feinden bedroht (islamistischer Terror, Rechtsextremismus, Wladimir Putin etc.). Wäre es da nicht besonders sinnvoll und nur folgelogisch, der eigenen Bevölkerung den Waffenbesitz zu erlauben und sie dazu zu ermuntern? Schliesslich würde dies ihre Verteidigungsfähigkeit und damit die Abwehrkraft der Nation insgesamt stärken. Offenbar sind jedoch fast alle Regierungen diesem Gedanken gegenüber sehr abgeneigt. Einzelne Ausnahmen wie etwa die Schweiz, Tschechien oder einige US-Bundesstaaten bestätigen die Regel.



Auf einen Blick

► Der Zweite Zusatzartikel zur US-Verfassung erkennt «das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen» als unveräußerlich an.

► Die US-Gründerväter garantierten dieses Recht, um eine effektive Verteidigung vor äusseren Feinden und gewöhnlichen Kriminellen zu ermöglichen. Im Mittelpunkt des Artikels steht allerdings der Schutz vor der eigenen Regierung.

► Der Zweite Verfassungszusatz besagt, dass «eine gut regulierte Miliz notwendig für die Sicherheit eines freien Staates ist». Mit «Miliz» ist eindeutig keine staatliche Armee gemeint, sondern jeder bewaffnete Bürger der USA. Die Miliz hat das Recht, wenn nicht gar die Pflicht, einen totalitär auftretenden Staat unter Verwendung von Waffengewalt in seine Schranken zu weisen.

► Dass dieses eigentlich unveräußerliche Recht heutzutage in jedem Bundesstaat der USA eingeschränkt ist, muss bereits als hochproblematischer Bruch der Verfassung gewertet werden.

«The Second Amendment» – Das wichtigste Recht der US-Bürger?

Das sogenannte «Second Amendment to the United States Constitution» (zu Deutsch: Zweiter Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten, nachfolgend als «Zweiter Zusatzartikel» oder kurz «2A» bezeichnet) ist ein Zusatzartikel, der der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika am 15. Dezember 1791 im Rahmen der «Bill of Rights» beigelegt wurde. Die Bill of Rights wurde von George Mason und James Madison entworfen und besteht aus den ersten zehn Zusatzartikeln zur US-Verfassung, die den amerikanischen Bürgern bestimmte unveräußerliche Rechte zusichern. Ähnlich bekannt ist der Erste Zusatzartikel («First Amendment»), der dem Kongress die Einschränkung der Rede-, Presse-, Religions-, Petitions- und Versammlungsfreiheit verbietet. Es ist wichtig, zu betonen, dass es sich hier explizit nicht um ein Privileg handelt, das den Bürgern zugesprochen wird, sondern um eine Erklärung, die den Sachverhalt als unveräußerliches Recht anerkennt. Die US-Gründerväter richteten eine strikte Anweisung an den Staatsapparat: Der Zweite Zusatzartikel verbietet der Bundesregierung jegliche Einschränkung des Rechts der Bürger auf das Besitzen und Tragen von Waffen. Daher wird er von vielen Menschen in den USA als das bedeutendste Dekret zur Aufrechterhaltung ihrer Freiheit angesehen. Den Amerikanern soll dadurch ermöglicht werden, sich nicht nur vor üblichen Kriminellen zu schützen, sondern auch und vor allem vor der eigenen Regierung – jene Entität also, die potenziell die grösste Gefahr für Leib und Leben der Gesamtheit der Bürger darstellt. Der amerikanische Politikwissenschaftler Rudolph Joseph Rummel entwickelte das Konzept des «Demoszids», das in seiner Definition vorsätzliche Massentötungen von bestimmten Menschengruppen durch eine Regierung zusammenfasst.⁽¹⁾ In seiner Tabelle «Demoszide des 20. Jahrhunderts» kommt er auf 262 Millionen Tote.⁽²⁾



Kämpfende Angehörige der US-amerikanischen Miliz im Unabhängigkeitskrieg

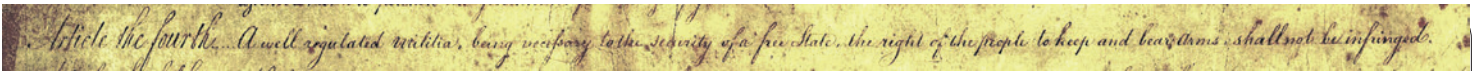
Der Zweite Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten – das «Second Amendment» – verbietet der Regierung jegliche Einschränkung des Rechts des Volkes auf den Besitz und das Tragen von Waffen. Im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg der US-Siedler gegen die Britische Krone und ihre Soldaten kämpften auf ersterer Seite hauptsächlich Bürger, die privat Waffen besaßen, und keine klassischen Berufssoldaten eines stehenden Heeres.

Das 2A stellt überdies sicher, dass die Verteidigungsfähigkeit der Nation vor Fremdmächten möglichst hoch ist. Es ist naheliegend, dass diese Motivation der Erfahrung vom Unabhängigkeitskrieg gegen die britische Krone entspringt, in dessen Kampfhandlungen auf amerikanischer Seite vornehmlich freiwillige Bürgermilizen involviert waren – sprich gewöhnliche Siedler, die sich ihre Unabhängigkeit von der britischen Staatsmacht erkämpfen wollten, da letztere sie zunehmend in ihrer Entscheidungsfreiheit einzuschränken beabsichtigte. Ausschlaggebend scheint jedoch vor allem das Bewusstsein der Gründerväter hinsichtlich der allgemeinen Gefahr, die von stehenden Armeen unter dem Befehl der eigenen Regierung ausgeht, gewesen zu sein. Zur Klarstellung: Damals waren

Armeen/Heere oder ihr Drohpotenzial noch das Hauptinstrument des Staates, um seine Bürger zu kontrollieren, und nicht ein ausufernder Beamten- und militarisierter Polizeiparapparat. Es ist ratsam, das 2A und die gesamte Diskussion um seinen Inhalt, seine Gültigkeit und seinen Anwendungsbereich, die von einigen politischen und zivilgesellschaftlich-aktivistischen Akteuren unermüdlich befeuert wird, vor diesem Hintergrund zu betrachten.

Wortlaut des 2A

Der gesamte Zweite Zusatzartikel besteht gerade einmal aus 27 Worten. Er liest sich wie folgt: «A well regulated Militia, being necessary to the security of a free State, the right of the people to keep and bear



Das «Second Amendment» im Original: «A well regulated Militia, being necessary to the security of a free State, the right of the people to keep and bear Arms, shall not be infringed.» Zu Deutsch: «Da eine gut regulierte Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden.»

Arms, shall not be infringed.» Zu Deutsch: «Da eine gut regulierte Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden.» Aufgrund der Kürze und der damit einhergehenden Bedeutungsdichte sowie des intensiven Ringens um die Bedeutung der einzelnen Begriffe und der Gesamtheit des Artikels ist es unbedingt notwendig, eine genaue Analyse des 2A vorzunehmen, was nachfolgend geschehen soll.

«A well regulated Militia...»

Der Zweite Zusatzartikel beginnt mit den Worten «eine gut regulierte Miliz». Es gilt zu beachten, dass hier keine Regulierung im Sinne des steuernden Eingreifens einer staatlichen Autorität gemeint ist, bspw. der Erlass von Verboten! Etwas zu regulieren bedeutet schlicht, dass es auf eine bestimmte Art und Weise gehandhabt wird, sodass es nach definierten Regeln oder Standards funktioniert und sichergestellt wird, dass dasjenige, was der Regulierung unterliegt, wie gewünscht funktioniert. Im Kontext des 2A ist also gemeint, dass die Miliz insofern reguliert sein soll, als dass sie bspw. gleiche Taktiken verwendet, eine verständliche Kommunikation sicherstellt, Trainingsinhalte sowie Ausrüstung kompatibel und die Waffen stets funktionsbereit sind. Kurz: Es soll dafür gesorgt werden, dass die Miliz im Ernstfall gut organisiert zu den Waffen greift und sich effizient gegen einen Feind zu verteidigen vermag. Die Regulierung findet jedoch eigenverantwortlich statt und wird nicht auf Basis von Zwang erwirkt.

Weiterhin muss geklärt werden, wer oder was überhaupt eine «Miliz» ist. Wichtig: Eine Miliz ist nicht dem Militär gleichzusetzen; sie ist keine stehende Armee, also keine organisierte Gruppe von Soldaten,

die auch im Friedensfall beruflich ihrer Tätigkeit als Soldat nachgehen. Eine Miliz ist im Unterschied dazu eine Einrichtung, die über die Fähigkeiten eines Militärs verfügt und zugleich überall in einem Land präsent und über die gesamte Bevölkerung verteilt ist. Es handelt sich um eine dezentralisierte, verteilte Truppe von Einzelpersonen, die über Waffen und Taktiken verfügen, die denen des Militärs ähneln, aber nicht zentral von einem Staat kontrolliert oder befehligt werden. Auf die Frage, wer Angehöriger der Miliz sei, antwortete George Mason, einer der Verfasser des 2A: «Es ist die ganze Bevölkerung.» Und Richard Henry Lee, Mit-Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung und somit einer der Gründerväter der USA, wird die diesbezügliche Aussage zugeschrieben: «Eine ordnungsgemäss gebildete Miliz ist das Volk selbst und umfasst alle Männer, die in der Lage sind, Waffen zu tragen.»⁽³⁾ Sogar fast 100 Jahre später, im Jahr 1886, bestätigte ein Gericht aus Illinois im Justizfall «Presser v. Illinois» diese Auffassung des Konzeptes einer Miliz: «Es ist zweifellos richtig, dass alle Bürger, die in der Lage sind, Waffen zu tragen, die Reserve-Streitkräfte oder Reservemiliz der Vereinigten Staaten wie auch der Bundesstaaten bilden [...]»⁽⁴⁾

«...being necessary to the security of a free State...»

Weiter heisst es, dass diese gut regulierte Miliz «notwendig für die Sicherheit eines freien Staates ist». Das Wort «notwendig» kann auch mit «unabdingbar» übersetzt werden. Hier wird also gesagt, dass die Miliz als Sicherung eines freien Staates alternativlos ist; ihre Existenz stellt eine notwendige Bedingung dar. Das Wort «notwendig» (necessary) taucht nur sechsmal in der gesamten Verfassung der Vereinigten Staaten auf, und in der Bill of Rights nur ein einziges Mal: im Zweiten Verfas-

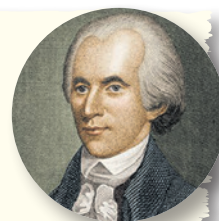
sungszusatz. An dieser Stelle wird es auch das einzige Mal überhaupt in der gesamten Verfassung in Bezug auf eine bestimmte Sache bzw. Gruppe oder Entität (die Miliz) gebraucht. Die Miliz war also das einzige Subjekt, was die Autoren der US-Verfassung und der Zusatzartikel als notwendig und unabdingbar erachteten! Nicht einmal die drei verschiedenen Körperschaften des Staates – Präsident, Kongress und Judikative – wurden dem Wortlaut nach als «notwendig» bezeichnet. Wofür also ist die Miliz so ausserordentlich wichtig?

Die Antwort: Sicherheit und Freiheit. Sicherheit als solche bedeutet, frei zu sein von einer Gefährdung oder Bedrohung von Leib und Leben. Es liesse sich darüber philosophieren, ob überhaupt jemals ein Zustand absoluter Sicherheit für Menschen hergestellt werden kann, doch begnügen wir uns damit, dass hier das Minimieren von solcherlei Risiken gemeint ist. Freiheit wiederum lässt sich als jener Zustand beschreiben, in welchem man weder durch Gewalt zu einer gewissen Handlung gezwungen noch durch Gewalt von einer Handlung abgehalten wird, sofern man damit nicht eine andere Person gefährdet oder gar verletzt. Auch über den Freiheitsbegriff lassen sich ganze Bücher schreiben, doch diese Definition dürfte erstmal ausreichen. Schon Thomas Jefferson wusste: «Für ein Volk, das frei ist und frei bleiben will, ist eine gut organisierte und bewaffnete Miliz die beste Sicherheit.»⁽⁵⁾

Die primäre Bedrohung «für die Sicherheit» war in den Augen der Gründerväter aber nicht gewöhnliche Strassenkriminalität. Im Mittelpunkt des 2A steht der Schutz vor einer tyrannischen, übergriffigen Regierung – diejenige Gefahr, die die Freiheit und Sicherheit der Bevölkerung am meisten bedrohen kann. Der Grossteil der Weltbevölkerung dürfte heutzutage eine andere Auffassung haben. Doch hört man die Gründerväter sprechen, so ergibt sich ein klares Bild. George Mason, Co-Autor des 2A, sagte beispielsweise: «Sobald ein stehendes Heer in einem Land eingerichtet ist, verliert das Volk seine Freiheit. Erinnern Sie sich an die Geschichte der meisten Nationen der Welt. Welch Unheil, Verwüstung und Zerstörung haben stehende Heere angerichtet!»⁽⁶⁾ Und Elbridge Gerry, der fünfte Vize-Präsident der USA, warnte: «Wozu dient eine Miliz? Sie soll die Errichtung eines stehenden

» Um die Freiheit zu bewahren, ist es unerlässlich, dass die gesamte Bevölkerung stets Waffen besitzt und dass sie, besonders in jungen Jahren, im Umgang mit ihnen unterrichtet wird.»

Richard Henry Lee, Gründervater der Vereinigten Staaten von Amerika
Quelle: Richard Henry Lee, Federal Farmer XVIII, 25.01.1788





➔ Heeres verhindern, das der Fluch der Freiheit ist. Wann immer Regierungen in die Rechte und Freiheiten des Volkes einzugreifen gedenken, versuchen sie, die Miliz zu zerstören, um auf ihren Trümmern eine Armee aufzustellen.»⁽⁷⁾ Auch Alexander Hamilton, Gründervater der Vereinigten Staaten, wusste um die Fähigkeit einer Miliz, die Freiheit und somit Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten: «Sollten die Umstände die Regierung zu irgendeinem Zeitpunkt dazu zwingen, eine Armee irgendeiner Grösse aufzustellen, so kann diese Armee niemals eine Gefahr für die Freiheiten des Volkes darstellen, solange es eine grosse Anzahl von Bürgern gibt, die ihr in Disziplin und Waffengebrauch kaum oder gar nicht unterlegen und bereit sind, ihre eigenen Rechte und die ihrer Mitbürger zu verteidigen. Dies scheint mir der einzige Ersatz zu sein, der für ein stehendes Heer erdacht werden kann, und die bestmögliche Sicherheit gegen ein solches, wenn es denn existieren sollte.»⁽⁸⁾ Was bei all diesen Aussagen der in die Gründung und die Politik der frühen USA involvierten Persönlichkeiten besonders hervorsteicht, ist ihre Differenzierung zwischen der Bevölkerung und der Regierung – sowie ihre klare Solidarität mit der Bevölkerung als solcher. Heutzutage herrscht die weit verbreitete Ansicht vor (natürlich insbesondere bei Staatsangestellten), dass der Staat (sprich: die Regierung mitsamt politischem Apparat) die primär zu schützende Entität sei, deren Existenz selbst dann gegen die Bevölkerung abgesichert werden müsse, wenn die Mehrheit ihr feindlich gesinnt wäre. Das zeigt: Vieles hat sich gewandelt in den letzten zweieinhalb Jahrhunderten.

«...the right of the people to keep and bear Arms...»

«Das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen» ist womöglich der Teil, der für die meisten und hitzigsten Auseinandersetzungen sorgt. Doch ist er wirklich so diskutabel, wie es in der heutigen Debatte oftmals dargestellt wird? Definieren wir auch hier die einzelnen Begriffe näher: Etwas zu «besitzen», bedeutet, dass man über einen Gegenstand verfügt und gleichsam die volle Verantwortung für ihn trägt. Das Wort «tragen» besagt schlicht, dass man die Waffe bei sich haben darf – eine lokale, zeitliche oder sonstige Einschränkung enthält das 2A offenkundig nicht. Zu guter Letzt der Begriff «Waffe»: Eine Waffe kann alles sein. Die Verfasser haben auch hier keinerlei Eingrenzung vorgenommen, wobei man von Absicht ausgehen kann. Heutige «Kritiker» bzw. Feinde des Zweiten Zusatzartikels behaupten



Polizisten aus dem Bundesstaat Washington zeigen im Herbst 2021 ihre Ablehnung der «Corona»-Massnahmen mit der Gadsden-Flagge.



Die nach dem US-General und Politiker Christopher Gadsden benannte «Gadsden Flag» war eine der ersten offiziellen Flaggen der 1776 unabhängig gewordenen Vereinigten Staaten. Sie trägt die Aufschrift «Don't tread on me» (Tritt nicht auf mich) und soll den Geist Amerikas symbolisieren: Die Klapperschlange steht für ein Tier, welches friedlich ist, solange es in Ruhe gelassen wird, sich jedoch mit tödlicher Effizienz zur Wehr setzen kann, wenn es bedroht wird. Heute wird auch dieses Symbol zunehmend mit «Rechtsextremen» sowie «Verschwörungsideologen» in Verbindung gebracht und soll somit in seiner eigentlichen, positiv-patriotischen Bedeutung vollständig diskreditiert werden.

ten gerne, dass dieser sich bloss auf die damaligen, heute natürlich gänzlich veralteten und technisch unterlegenen (Schuss-)Waffen bezogen hätte. Doch es ist beim besten Willen nicht nachvollziehbar, wie man aus dem Gesetzestext eine solche Einschränkung herauslesen könnte (siehe S.12). Strikt dem 2A nach zu urteilen, dürfte ein amerikanischer Bürger also jede erdenkliche Art von Waffe tragen – wirklich jede.

«...shall not be infringed.»

Dieses Recht einzuschränken bedeutet, Massnahmen zu ergreifen, welche Bürger bei der Ausübung desselbigen behindern. Dass dieser Tatbestand in jedem Bundesstaat der USA heutzutage erfüllt ist, kann man als Faktum bezeichnen. Genau genommen lassen sich selbst die sog. «Background checks», die Registrierung der Waffen sowie des Be-



Foto: Shutterstock/ Rebekah Zemansky

Das offene Tragen («Open Carry») eines halbautomatischen Gewehrs – wie hier 2020 in Phoenix, Arizona zu sehen – würde in Deutschland als eine schwerwiegende Straftat eingestuft werden. In manchen US-Bundesstaaten ist es legal, ohne dafür eine explizite staatliche Erlaubnis einzuholen (siehe S.12).

sitzers, die damit einhergehende Ausweispflicht bzw. die Anmassung der Regierung, das Waffenbesitzrecht einer Lizenzierung zu unterwerfen, als eine Beeinträchtigung dieses Rechtes klassifizieren.

Das 2A unter Beschuss

Heutzutage gehört es beinahe zum guten Ton, den Zweiten Zusatzartikel in seinen Grundfesten zu kritisieren – so wirkt es zumindest in öffentlichen Debatten, die vor allem medial geführt werden. Vermutlich bekennt sich zwar noch ein grosser Teil der US-Bürger zum 2A, doch tatsächlich ist es so, dass der Artikel unter Dauerbeschuss steht. Die Gründerväter würden sich wohl im Grab umdrehen, wenn sie mitbekämen, wie hochrangige Repräsentanten des von ihnen gegründeten Staates das Dokument in der Luft zerreißen. Zum Beispiel sagte Jim Kenney, der Demokratische Bürgermeister von Philadelphia, im Juli letzten Jahres völlig schamlos: «Ich war vor zwei Wochen in Kanada und habe

nie über eine Waffe nachgedacht. Die einzigen Leute, die ich in Kanada kennenlernte, die eine Waffe hatten, waren Polizeibeamte. So sollte es auch hier sein.»⁽⁹⁾ Mantrahaft wird behauptet, der Verfassungszusatz sei grundsätzlich nicht mehr zeitgemäss und bedürfe einer «Kernsanierung», die sich am aktuellen Zeitgeist und modernen An- und Herausforderungen orientiert. Die politische Lage etwa sei eine andere (der Staat z.B. nicht mehr in der Gründungsphase begriffen und von der britischen Krone bedroht sowie das soziokulturelle Klima unterschiedlich) und der technische Fortschritt habe andere Vorzeichen geschaffen. Allen voran letzterer Aspekt wird unaufhörlich hervorgebracht, um einen Punkt gegen das 2A zu machen: Damals habe man es ja nicht ahnen können, welche raffinierte «Tötungsmaschinen» die westliche Ingenieurskunst einmal hervorbringen würde – und das Gesetz sei eben auf Basis der damaligen Verhältnisse zu Papier gebracht worden. Der Autor Deepak Chopra etwa, der bereits während des WEF-Jahrestreffens in

Davos auftrat⁽¹⁰⁾, gab 2012 in einer Talk-Show von Piers Morgan zum Besten: «Als sie den Zweiten Verfassungszusatz verabschiedeten, hatten sie Musketen. Man brauchte 20 Minuten, um eine zu laden, und die Hälfte der Zeit hat man danebengeschossen, ok? Der Zweite Verfassungszusatz berücksichtigte keine Sturmgewehre.»⁽¹¹⁾ Und der Autor Glenn Beck zitiert in seinem Buch «Control» den ehemaligen MSNBC-Journalisten Ed Schultz mit den Worten: «Das Second Amendment gibt Ihnen nicht das Recht, jedwede Art von Waffe zu tragen. Und die Technologie hat sich geändert. Und natürlich hat sich auch das Design geändert. Die Herstellungsmöglichkeiten haben sich geändert.»⁽¹²⁾ Beck selber merkt dazu an: «Wer behauptet, dass halbautomatische Waffen so modern und einzigartig sind, dass der Zweite Verfassungszusatz nicht für sie gilt, müsste auch glauben, dass der Erste Verfassungszusatz nur das Schreiben mit Federkielen auf Pergamentpapier schützt, da dies damals die Norm war. [...] Es gibt einen guten Grund, warum der Zweite Verfassungszusatz nicht so geschrieben wurde, dass er «das Recht des Volkes, Musketen, Steinschlosspistolen und Schwerter zu besitzen und zu tragen» schützt – die Waffen, die 1791 üblich waren. Die Gründer waren keineswegs die Idioten, als die sie von den Medien dargestellt werden, sondern wussten, dass sich die Technologie weiterentwickeln würde. Deshalb schrieben sie den Zusatzartikel zum Schutz von «Waffen» als Kategorie, und deshalb definiert die Verfassung als Ganzes eine Beziehung zwischen Einzelpersonen und der Regierung, die über die Zeit hinweg gilt – ganz gleich, was die Technologie uns letztendlich bringt.»⁽¹³⁾

Universelle Gültigkeit

Wenn man so denkt wie Chopra und Co., dann gilt: Auch ein Journalist konnte damals deutlich weniger Schaden mit einer falschen Meldung anrichten, da diese sich nur sehr langsam und regional beschränkt verbreitete, als dies mit den heutigen Drucktechniken und gar dem Internet der Fall wäre. Dennoch fordern Menschen auf Basis dieser Argumentationskette nicht massenhaft die starke Einschränkung des Rechtes auf Meinungsfreiheit, weil etwaige Gesetze «nicht mehr zeitgemäss» seien – und wenn doch, dann liegen sie genauso daneben. Zudem stellten ja die Musketen des 18. Jahrhunderts bereits einen immensen entwicklungstechnischen Fortschritt gegenüber vorigen Waffen, wie z.B. Schwertern, dar, sodass die Menschen sich grundsätzlich im Klaren darüber waren, dass diesbezüglich eine fortwährende Entwicklung stattfindet.



Die Milizbewegung in den Vereinigten Staaten gehört nicht zur nichtorganisierten Miliz, da sie keinerlei hoheitliche Aufgaben und Befugnisse haben und nicht den staatlichen Behörden unterstehen. Rechtlich handelt es sich deshalb um private Vereinigungen, auch wenn diese Milizen oft anderes behaupten und sich dabei auf die Militärgesetzgebung^[6] mit den Abschnitten über nichtorganisierte Milizen beziehen. Nach der Verfassung der Vereinigten Staaten haben aber der Kongress und die Einzelstaaten das ausschließliche Recht die Milizen aufzustellen und zu regulieren.^[8]

Eine Behauptung auf der Wikipedia-Seite zur «Reserve der Streitkräfte der Vereinigten Staaten», welche die Realität auf den Kopf stellt: Alle Gründerväter waren sich darin einig, dass die bewaffneten Bürger sich ohne Zustimmung des Kongresses oder der Einzelstaaten als Miliz aufstellen dürfen, um die Regierung als militärisches Gegengewicht zu massigen.



→ Daher, und weil die Gründerväter der USA eher am oberen Ende der Bandbreite menschlicher Intelligenz zu verorten waren, kann man davon ausgehen, dass sie sich über die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit technischer Entwicklungen bewusst waren.

Interessant ist auch: Wenn Kritiker sagen, das 2A sei nicht mehr zeitgemäss, so impliziert dies, dass es damals zeitgemäss gewesen ist. Und das würde gleichzeitig bedeuten: Sie erkennen die damalige Grundidee implizit an, dass die Bürger die neuesten und besten Waffen zur universellen Verteidigung besitzen und tragen durften. Doch der Zweite Verfassungszusatz zielt offenkundig auf eine universelle Gültigkeit ab und besagt nichts über eine zeitgeschichtliche Einordnung, die sich irgendwann ändern könnte. Es geht stattdessen um ein den Menschen in die Wiege gelegtes Recht, welches zu keinem Zeitpunkt – auch nicht in ferner Zukunft – untergraben werden darf. (tk)

Quellen:

1. de.wikipedia.org, Demozid, abgerufen am: 22.10.2023
2. hawaii.edu, 20th Century Genocide, abgerufen am: 22.10.2023
3. madisonbrigade.com, Zitate zum Zweiten Verfassungszusatz, abgerufen am: 13.10.2023
4. supreme.justia.com, Presser v. Illinois, 116 U.S. 252 (1886), abgerufen am: 25.09.2023
5. Thomas Jefferson: 8th Annual Message, 1808
6. daytondui.com, Why The Founding Fathers Opposed A Standing Army, abgerufen am: 25.10.2023
7. press-pubs.uchicago.edu, House of Representatives, Amendments to the Constitution, Document 6, abgerufen am: 25.10.2023
8. en.wikipedia.org, Federalist No. 9, abgerufen am 06.09.2023
9. foxnews.com, Philadelphia shooting: Dem mayor rips Second Amendment, says only the police should have guns, 05.07.2022
10. focities.com, Future of Cities in DAVOS with Finnish Flow, abgerufen am: 25.10.2023
11. edition.cnn.com, Piers Morgan Tonight Transcript, 21.12.2012
12. Glenn Beck, Control, Threshold Editions, New York, 2013, S.58
13. Ebenda, S.59

„Wir müssen Schusswaffen, Munition und automatische Waffen von den Strassen verbannen. Sie sollten nur für **Polizeibeamte und zur Jagd auf Al-Qaida und die Taliban zur Verfügung stehen und nicht zur Jagd auf Grundschulkinder.“**

Der CNN-Moderator Don Lemon im Jahr 2012

Quelle: huffpost.com, Don Lemon: «We need to get guns and bullets and automatic weapons off the streets», 17.12.2012



Der zu Tränen gerührte Don Lemon im Gespräch mit dem marxistischen Harvard-Professor Cornel West über George Floyds Tod und «**Polizei-Brutalität**».

Der berühmte US-amerikanische CNN-Moderator Don Lemon repräsentiert die schizophrene Einstellung zahlreicher Individuen zur Debatte um das Second Amendment: Auf der einen Seite wird behauptet, Schusswaffen sollten ausschliesslich den Behörden zur Verfügung stehen, auf der anderen Seite jedoch wird in der Polizei eine Bande aus übermässig brutalen Gewalttätern gesehen. Wenn dem so ist, warum sollte es dann eine gute Idee sein, letzteren das Monopol auf den Besitz von Schusswaffen zuzubilligen?

Die Zeitschrift «The Atlantic» behauptete 2013 in dem Artikel «Warum die «Bürgerwehr»-Theorie das schlechteste Pro-Waffen-Argument aller Zeiten ist», dass der «Glaube an weitverbreiteten Waffenbesitz als Verteidigung gegen eine tyrannische Regierung» nur bei «Randgruppen-Verschwörungstheoretikern» beliebt sei. Der Autor unterstellte freiheitsliebenden Amerikanern zudem, sie hätten «Red-Dawn-Phantasien über einfallsreiche und tapfere Bürger, die sich mit nichts anderem als Handfeuerwaffen und ihrem Verstand gegen eine moderne Armee wehren». ⁽¹⁾ Der 2012 erschienene Film «Red Dawn» handelt von einer Invasion der USA durch die nordkoreanische Armee, die durch bewaffnete amerikanische Bürger abgewehrt wird – doch sollte ursprünglich China in der Rolle Nordkoreas auftreten (im Original von 1980 ist es übrigens die Sowjetunion). Nachdem die chinesische Regierung Druck ausgeübt hatte, wurde der Film unter grossem Aufwand nachträglich geändert, weil die Chinesen «nicht daran interessiert sind, dass ihre Nation als gewalttätige militärische Bedrohung für die Leben der durchschnittlichen Amerikaner wahrgenommen wird». ⁽²⁾ In unserer **Ausgabe 50** beleuchten wir den Werdegang, die Finanziere und die Ideologie Chinas. Machen Sie sich selbst ein Bild, ob China tatsächlich keine Bedrohung für die US-Bürger darstellt.

Quellen:

1. web.archive.org, Why the «Citizen Militia» Theory Is the Worst Pro-Gun Argument Ever, 31.01.2013
2. Sean O'Connor, Nicholas Armstrong; Directed by Hollywood, Edited by China, 28.10.2015





«MAN BRAUCHT KEIN STURMGEGWEHR MIT 30-SCHUSS-MAGAZINEN FÜR DIE JAGD.»



MAG SEIN, ABER DER ZWEITE VERFASSUNGSZUSATZ WURDE NICHT FÜR DEN FALL GESCHRIEBEN, DASS DIE REHE SICH GEGEN DAS VOLK WENDEN.

„«Berlin wird zerstört werden, wenn Deutschland Waffen an die ukrainischen Nazis liefert. Das sind die Konsequenzen für die politischen Entscheidungen. Der General soll den Befehl geben und Dresden zerbomben.»

Wladimir Solowjow, bekannter russischer Fernsehmoderator und Unterstützer von Wladimir Putin, in seiner Show «Sonntagabend mit Wladimir Solowjow» im Januar 2023

Quelle: watson.ch, «Wir sollten Dresden wieder bombardieren» - Russen drohen Deutschland, 27.01.2023



Schulkinder in China lernen im Rahmen der «Ausbildung zur nationalen Verteidigung», wie man eine Pistole bedient, auseinander- und wieder zusammenbaut.



Obwohl sie medial manchmal in überproportionalem Mass geschürt wird, ist die Angst der Westler hinsichtlich äusserer Feinde nicht völlig unbegründet. Wäre es angesichts des aufkommenden geopolitischen Sturms nicht besonders sinnvoll und nur folgelogisch, der eigenen Bevölkerung privaten Waffenbesitz zu erlauben und sie dazu zu ermuntern?



GELÄUFIGER EINWAND GEGEN PRIVATEN WAFFENBESITZ

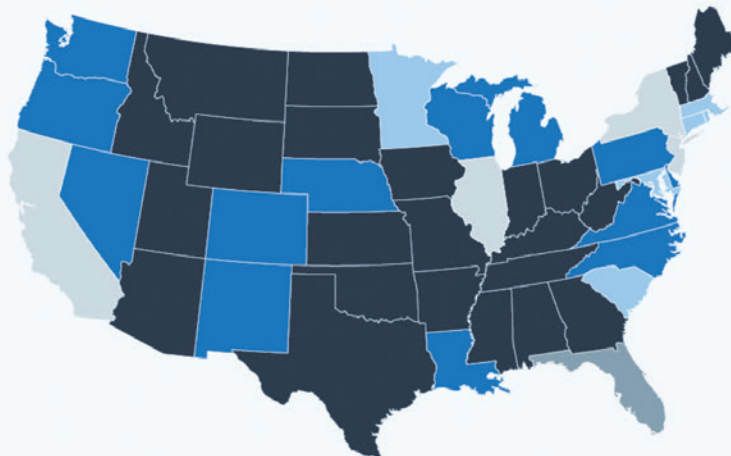
«Die Gründerväter bezogen sich nur auf damalige Waffen. Sie konnten die technologischen Entwicklungen nicht vorhersehen.»

Mitnichten ist dem Zweiten Zusatzartikel zu entnehmen, dass die Art der Waffen, die die Bürger besitzen und tragen dürfen, auf irgendeine Weise begrenzt ist. Es ist schlicht von «Waffen» die Rede, was quasi alles beinhaltet, was als solche eingesetzt werden kann. Auch ein Ablaufdatum, eine zeitliche Beschränkung oder ähnliches in die Worte des 2A hineinzudeuten, ist völlig haltlos. Die Verfasser sprechen schlicht von einem Recht, welches nicht eingeschränkt werden darf. Eine genauere Definition

erachteten sie offenbar als unnötig und die von ihnen gewählten Worte als verständlich genug, um zu begreifen: Die Bürger haben dieses Recht, und es darf nicht von der Regierung tangiert werden - Punkt. Wenn man den Kontext betrachtet, dann erkennt man, dass sie in Regierungen ein grundsätzliches Bedrohungspotenzial für das Volk sahen. Ihren Beteuerungen zufolge erachteten sie diese Gefahr als fortwährend - und nicht als zeitlich begrenzt und ab einem fiktiven Zeitpunkt in der Zukunft nicht mehr gültig. (tk)

In welchen US-Bundesstaaten gilt das erlaubnisfreie Tragen von Waffen?

Notwendige staatliche Waffenerlaubnisse in den Bundesstaaten
(Stand: April 2023)



- Keine Erlaubnis nötig
- Erlaubnis notwendig für verdecktes Tragen
- Erlaubnis notwendig für offenes und verdecktes Tragen
- Offenes Tragen verboten, verdecktes Tragen nur mit Erlaubnis
- Offenes Tragen verboten, verdecktes Tragen ohne Erlaubnis

Anderweitige Regeln können je nach Gemeinde, Waffenart und anderen Faktoren gelten.
Quellen: Giffords Law Center, Medienberichte



statista

✓ In den USA können Familien einen Waffenhersteller verklagen, weil die von ihm gebauten Waffen angeblich bei einem Amoklauf missbraucht wurden.

Vox

Supreme Court lets Sandy Hook families sue gun maker Remington Arms

The lawsuit could send a message to the gun industry.

By German Lopez on November 12, 2019 1:50 pm



Die News-Webseite Vox titelt am 12. November 2019: «Der Bundesgerichtshof lässt zu, dass die Familien von Sandy Hook den Waffenhersteller Remington Arms verklagen». Ob dies bei irgendwelchen andersartigen Mordwerkzeugen auch möglich ist?

Das News-Portal CNBC am 17. Dezember 2020 in einem Titel: «Man kann Pfizer oder Moderna nicht verklagen, wenn man unter schweren Nebenwirkungen der COVID-Impfung leidet. Die Regierung wird einen wahrscheinlich auch nicht für die Schäden kompensieren»

Vom Idealzustand, den sich die Gründerväter vorstellten, hat sich die USA weit entfernt. Dennoch wirkt der Zweite Zusatzartikel bis heute als Hemmnis gegen Versuche, die «Heimat der Mutigen» zu einer sozialistischen Planwirtschaft zu transformieren.

✗ Die Hersteller von schädlichen Medikamenten, zu deren Einnahme fast alle Bürger genötigt wurden, kann man hingegen nicht verklagen.

CNBC

HEALTH AND SCIENCE

You can't sue Pfizer or Moderna if you have severe Covid vaccine side effects. The government likely won't compensate you for damages either

PUBLISHED THU, DEC 17 2020 8:36 AM EST
UPDATED THU, DEC 17 2020 10:14 AM EST

MacKenzie Sigalos
@KENZIESIGALOS

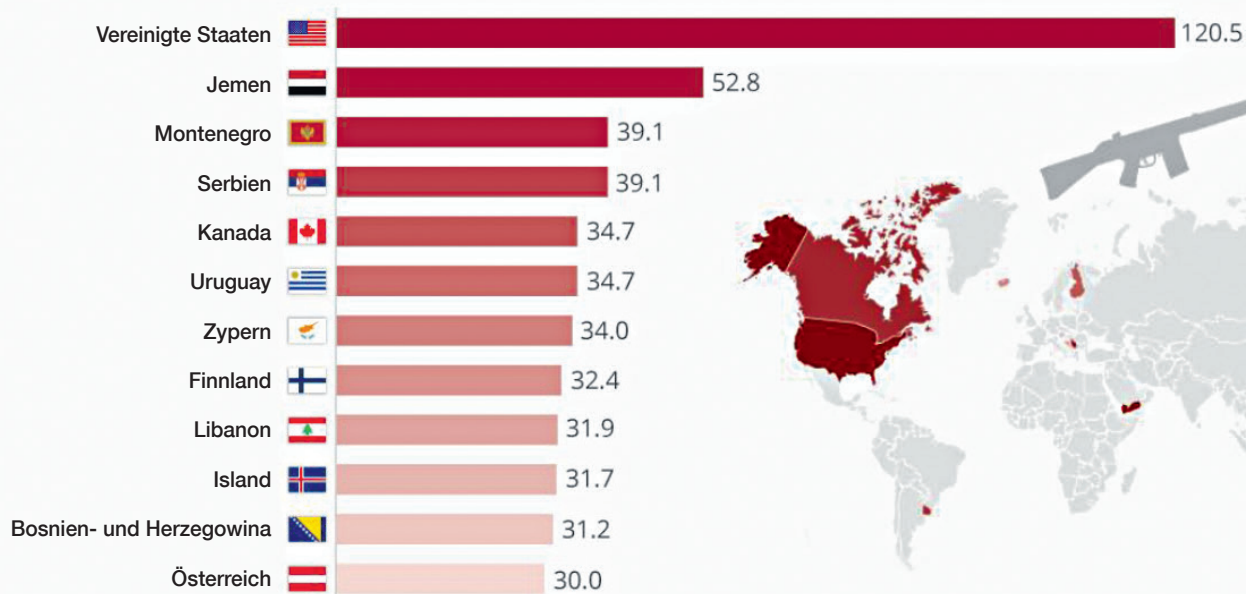
SHARE



Die NFAC in Stone Mountain, Georgia, Juli 2020

Wie aus dem Nichts tauchten ab Mai 2020 wiederholt bewaffnete Milizen auf den Strassen der USA auf, oft zu Demonstrationen für vermeintlich zu Unrecht von Weissen ermordete Schwarze. Sie gehörten der «Not Fucking Around Coalition» (NFAC) an, einer 2017 gegründeten ethnisch motivierten paramilitärischen Organisation mit ca. 3500 Mitgliedern. Ironischerweise ist die NFAC recht nahe an dem, was sich die Gründerväter im Zweiten Verfassungszusatz unter einer «gut regulierten Miliz» vorstellten. Dass die Paramilitärs bereit sind, die US-Verfassung zu verteidigen, ist hingegen sehr unwahrscheinlich. Vielmehr kündigt sich eine Menschenjagd in «Black Lives Matter»-Manier auf weisse US-Bürger an, die angesichts solcher Bilder kaum eine andere Wahl sehen, als sich ebenfalls für den Fall der Fälle zu bewaffnen. Selbst die perfideste Anti-Waffen-Propaganda kann nichts gegen die Wirkung des Anblicks einer bis auf die Zähne bewaffneten, gewaltbereiten «Black Power»-Miliz ausrichten.

Schusswaffen in Privatbesitz pro 100 Bürger im Jahr 2017 (in ausgewählten Ländern)





The Washington Post

Gun rights are about keeping white men on top

Die Washington Post am 09. März 2018: «Bei Waffenrechten geht es darum, dass weisse Männer an der Spitze bleiben»



The Deadly Intersection of White Supremacy and Firearms

Ankündigung eines Symposiums an der Johns Hopkins Universität am 09. Februar 2023: «Die tödliche Überschneidung von weisser Vorherrschaft und Schusswaffen»

Milizbewegung in den Vereinigten Staaten

Die **Milizbewegung** (seltener auch **Militia-Bewegung**, **englisch** *Militia movement*) ist eine überwiegend **rechtsextreme soziale Bewegung paramilitärischer** Organisationen (Milizen) in den **Vereinigten Staaten von Amerika**. Ideologisch bereitete das **Patriot Movement** den Boden für die Gruppen.

Wikipedia-Artikel



White Supremacy as the Foundation of the Second Amendment

New York Public Radio am 03. Juli 2021: «Weisse Vorherrschaft als Grundlage des Zweiten Verfassungszusatzes»



The Second Amendment is not about guns – it's about anti-Blackness, a new book argues

CNN am 30. Mai 2021: «Beim Zweiten Verfassungszusatz geht es nicht um Waffen – es geht um Schwarzenfeindlichkeit, argumentiert ein neues Buch»

Die weissen US-Bürger, die sich für ihre bürgerlich-amerikanischen Interessen einsetzen und sehr hartnäckig am 2A festhalten, werden zunehmend von oberster Stelle als «White Supremacists» (grob übersetzt: Rassistische Befürworter weisser Vorherrschaft) diffamiert, gegen die man vorgehen müsse.



«Viele Waffenbesitzer häufen immer mehr Waffen an, horten Sturmgewehre in ihren Häusern und werden zu Ein-Mann-Armeen gegen... was auch immer. Es ist an der Zeit, diese Menschen als **psychisch krank** zu betrachten. Während man sich auf den fiktiven **Psychopathen** konzentriert, der eines Tages <durchdreht>, vermeidet Amerika ständig, über seine eigene **Paranoia** zu sprechen. Immer wieder zeigt sich, dass **paranoide, verbitterte weisse Männer** mit Zugang zu einer grossen Anzahl von Waffen ein ernsthaftes Problem in Amerika darstellen. Das FBI hat wiederholt davor gewarnt, dass der **rechte Terror** auf dem Vormarsch ist und eine grosse Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellt, und dennoch wird die Tatsache, dass **wütende weisse Männer** mit Waffen immer wieder solche Gewalttaten begehen, unter den Teppich gekehrt. Im Vergleich dazu fürchten die Amerikaner den radikal-islamischen Terrorismus weitaus mehr als den schwer bewaffneten weissen Mann, obwohl sie von letzterem weitaus stärker bedroht sind. Das liegt daran, dass die Amerikaner trotz des Geredes über **Geisteskrankheiten verbitterte weisse Männer** mit einem Überfluss an Waffen [in ihrem Besitz] immer noch nicht als **geisteskrank** ansehen. In manchen Kreisen werden sie immer noch als <Patrioten> bezeichnet. [...] Keine andere Nation der ersten Welt leidet unter einer solchen **Paranoia** wie die Amerikaner, wenn es um ihre Regierung und den Gedanken an eine Revolution gegen sie geht. Kein anderes Land leidet unter dem **Wahn**, dass Sicherheit aus dem Überfluss an Sturmgewehren und Munition entsteht. [...] Und doch wird dies nicht als **Geisteskrankheit** behandelt. Es ist an der Zeit, damit aufzuhören, Menschen, die meinen, Sturmgewehre horten zu müssen, so zu behandeln, als ob sie nicht an einer **Geisteskrankheit** leiden würden. Es ist an der Zeit, diejenigen, die über einen Krieg gegen ihre eigenen Landsleute fantasieren, nicht länger als Patrioten zu behandeln. Es ist an der Zeit, die **Paranoia verbitterter weisser Männer** nicht länger als irgendwie gerechtfertigt zu verhätscheln.»

HUFFPOST

Das US-Online-Magazin «Huffington Post» im Jahr 2017

Quelle: huffpost.com, America's Obsession With Guns Is A Real Mental Illness, 04.10.2017

GELÄUFIGER EINWAND GEGEN PRIVATEN WAFFENBESITZ

«Zivilisten haben sowieso keine Chance gegen einen staatlichen Militärapparat.»

Solcherlei Behauptungen gehen praktisch nie über das hinaus, was sie sind: nämlich blosse Behauptungen, denen keinerlei rationale, nachvollziehbare Argumentation zugrunde liegt. Stellvertretend lassen wir den Autor und TV-Kommentator Mark Nuckols von «The Atlantic» zu Wort kommen: «Selbst einzelne Amerikaner, die mit militärischen Sturmgewehren bewaffnet sind, könnten einer potenziellen tyrannischen Zentralregierung, die sich auf eine überwältigende militärische Macht stützt, kaum ernsthaften Widerstand leisten.»⁽¹⁾ Zuerst einmal muss bedacht werden, dass sich laut Schätzungen der unabhängigen Forschungsinitiative «Small Arms Survey» 2018 in den USA etwa 393 Mio. Schusswaffen in Privatbesitz befanden. Einer Umfrage zufolge gaben 2022 fast die Hälfte (45%) der Amerikaner an, dass es in ihrem Haushalt eine Schusswaffe gibt.⁽²⁾ Hinzu kommen all die illegalen Schusswaffen, deren Zahl natürlich noch schwieriger abzuschätzen oder gar zu erfassen ist. Man kann also mit Fug und Recht behaupten: Es gibt in den USA sicherlich mehr Schusswaffen als Einwohner. Obendrein hat in etwa jeder zweite Haushalt - ob nun legal oder illegal - mindestens eine Waffe, und die meisten anderen Zivilisten könnten im Ernstfall zügig und ohne grossen Aufwand Zugang zu den vorhandenen Waffen erhalten (z.B. über Freunde, Nachbarn oder den Schwarzmarkt). Eine

flächendeckende Bewaffnung der Zivilbevölkerung - das, was die Gründerväter als die Miliz bezeichneten - ist also potenziell möglich.

Dass in der Praxis eine davon abweichende Dynamik möglich und wahrscheinlich ist, z.B. dass Menschen sich auf die Seite der Regierung schlagen, ist selbstverständlich. Doch ebenso ist es wiederum möglich, dass einige Teile des Militärs bzw. der Exekutivbehörden sich auf die Seite der Bürger stellen und die Bevölkerung somit um ihre Expertise bereichern. Ein differenzierter Blick fördert also schnell zutage, dass diese Angelegenheit nicht so einfach vorhersehbar ist, wie sie so oft dargestellt wird. Des Weiteren gilt es zu erwähnen, dass es auf die Soldaten und Polizisten eine psychologisch abschreckende Wirkung hat, wenn die eigenen Landsleute, Freunde und Nachbarn in einem offen erklärten Krieg bekämpft werden sollen. Gleiches gilt, wenn mit bewaffnetem Widerstand zu rechnen ist, hohe Verluste in den eigenen Reihen auftreten und die Gegenwehr durch ausreichend gut trainierte Bürger und mit modernen Waffen erfolgt. Und nochmal: Es gäbe potenziell eine immense zahlenmässige Überlegenheit der zum Kampf fähigen und willigen Zivilisten. Auch könnten Zehntausende von Veteranen zu den Waffen greifen, die dem Zweiten Zusatzartikel gegenüber befürwortend eingestellt und bereit sind, ihre Freiheit und die Freiheit der Bevölkerung und des Landes zu verteidigen. Die Loyalität gegenüber dem ehemaligen «Arbeitgeber» ist keine Zwangsläufigkeit, vor allem dann nicht, wenn sich die hässliche Fratze der Tyrannei zeigt und sich die Veteranen plötzlich auf der «falschen Seite» wiederfinden.

Vietnam und Afghanistan

Hinzu kommt, dass ein Krieg fast unmöglich einzig aus der Luft oder mit Panzern gewonnen werden kann (dort, wo der Staat der Bevölkerung um Lichtjahre überlegen ist). Es bedarf stets der Bodentruppen, die die kleinteilige «Drecksarbeit» erledigen. Die Schwierigkeit von sogenannter asymmetrischer Kriegsführung hat sich übrigens immer wieder gezeigt: So zog sich der berühmt-berüchtigte Vietnamkrieg (1955-1975) für die USA über zwei Jahrzehnte, obwohl der Gegner, die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams (NFB), eine zwar durch die Sowjetunion und China logistisch unterstützte, letztlich jedoch aus einfachen Landbewohnern bestehende Guerillaorganisation war. Auch der Afghanistankrieg (2001-2021) reiht sich hier ein: Erst 2021 für offiziell «beendet» erklärt, dauerte er genauso lange an, und auch hier sahen sich die Amerikaner mit riesigen Problemen konfrontiert: Im Kampf gegen mit der zivilen Welt verschmelzende einheimische Kämpfer kamen die US-Truppen nur mühsam voran. Ungeachtet der Tatsache, dass es belastbare Indizien dafür gibt, dass beide Kriege durch politische Entscheider künstlich zum Nachteil der Soldaten und der ganzen USA beeinflusst wurden, waren die andauernden Herausforderungen für die Truppen real.

Bezogen auf die Vereinigten Staaten hätte die Regierung also keineswegs ein fraglos leichtes Spiel gegen die eigene Bevölkerung. Ist gerade dieses Bewusstsein der Grund dafür, warum unermüdlich daran gearbeitet wird, den Zweiten Zusatzartikel bis zur Auflösung aufzuweichen? (tk)

Quellen:

1. web.archive.org: theatlantic.com, Why the «Citizen Militia» Theory Is the Worst Pro-Gun Argument Ever, 31.01.2013
2. de.statista.com, Ist in Ihrem Haushalt eine Schusswaffe vorhanden?, 05.05.2023



Supreme Court: Waffentragen in der Öffentlichkeit ist Grundrecht

Der Oberste Gerichtshof der USA hat das Recht auf das Tragen von Waffen in der Öffentlichkeit ausgeweitet und als ein Grundrecht aller Bürger eingestuft. Mit den Stimmen von sechs gegen drei Richtern annullierte der Supreme Court ein Gesetz des Bundesstaates New York, das für eine Waffenlizenz den Nachweis von besonders zwingenden Gründen zur Selbstverteidigung verlangte.

www.auf1.tv

AUF1

Die ARD führt seit gut einem Jahr einen Markenrechtstreit, um den Sender AUF1 in die Knie zu zwingen. Die Logos von AUF1 und ARD seien zum Verwechseln ähnlich, weshalb AUF1 die vermeintliche «Bekanntheit», «Aufmerksamkeit», «Anziehungskraft» und das «Ansehen» der ARD ausbeute. Von diesen absurden Vorwürfen lässt sich das AUF1-Team aber nicht beirren und fährt täglich fort mit professioneller, qualitativer Berichterstattung abseits des Mainstreams.

Auf der Webseite «auf.tv» und dem Telegramkanal «t.me/auf1tv» erscheinen täglich neue Videos und Beiträge. AUF1 ist ebenfalls im TV auf Sendung und macht der ARD so Konkurrenz. Möglich, dass dies den öffentlich-rechtlichen Sender nervös machte. Die Empfangsdaten lauten: Kanal «SRGT», Satellit: Astra 19.2° Ost, Frequenz: 10920.75 MHz, Art: DVB-S, Symbolrate: 22.000, Polarisation: Horizontal (H), Transponder: 133, FEC: 7/8.



Das «Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives» (ATF) kreuzt im Juli 2023 mit einem gesamten SWAT-Team und sieben Autos bei Russell Fincher, dem Besitzer eines Waffenladens, auf, dessen einziges «Vergehen» darin bestand, einem Vorbestraften Munition zu verkaufen. Das war in seinem Bundesstaat Oklahoma vollkommen legal. Dennoch wurden ihm seine Waffen und sein Waffenschein aus fadenscheinigen Gründen abgenommen. Anstatt sich um die in Waffengewalt ertrinkenden Vorstädte von Chicago, Detroit oder Baltimore zu kümmern, belästigt die Behörde legale Schusswaffenbesitzer auf dem Lande, die sich tadellos verhalten.



Biden sets up White House office on gun violence prevention

Reuters titelt am 22. September 2023: «Biden richtet im Weissen Haus ein Amt zur Prävention von Waffengewalt ein»

SPIEGEL

Sohn des US-Präsidenten

Hunter Biden wegen illegalen Waffenbesitzes angeklagt

Der Sohn von US-Präsident Joe Biden soll einen Revolver besessen haben, obwohl ihm das wegen seines Drogenkonsums verboten war. Nun drohen Konsequenzen.

spiegel.de, 15.09.2023

Man würde sich wünschen, dass Joe Biden einmal seine eigene Medizin im Familienkreis zu schmecken bekommt, doch dass die Justiz seinen Sohn Hunter mit Samthandschuhen anfasst, ist längst mehrfach offensichtlich geworden. In den USA herrscht mittlerweile eine Zwei-Klassen-Justiz, in der für die Mächtigen andere Massstäbe gelten als für das normale Volk.

**77**

«Dieses ganze Land dreht durch, und die NRA [Waffen-Lobby-Organisation] steht uns im Weg. Sie sind verantwortlich für diese ganze Inszenierung.

Sie halten die Fäden in der Hand, sie kontrollieren die Marionette.

Und sie drohen damit, die Spendengelder einzustreichen.

So wissen sie, dass die Regierung nichts tun wird und niemand sich rührt.

Waffenbesitzer, die ihre geladenen Waffen umklammern.

Sie lieben ihre Gewehre mehr als unsere Kinder»

Songtext des Rappers Eminem bei einem Auftritt auf den iHeartRadio Music Awards in Kalifornien, 2018

Quelle: theguardian.com, Eminem attacks NRA in awards show performance: «They control the puppet», 12.03.2018

Die Anspielung auf die «Marionette» war ein subtiler Angriff auf den damaligen Präsidenten Donald Trump. Ob dieser wirklich von der «National Rifle Association» (NRA) kontrolliert wird, ist mehr als fraglich. «Sie halten die Fäden in der Hand» würde in Bezug auf fast jede andere Gruppe ausser Waffenbesitzer einen Sturm der Entrüstung auslösen. Das Narrativ von mächtigen Organisationen, die aus dem Hintergrund Einfluss nehmen, würde normalerweise von den Mainstream-Medien zum paranoiden «Verschwörungsmythos» erklärt werden. Bei Gruppen, die in Opposition zur Waffenkontrolle stehen, scheint man eine Ausnahme zu machen.

Übrigens: Spätestens nach dem Massaker in Las Vegas (siehe S.44 ff.) ist der weltberühmte Rapper Eminem voll auf den «Gun Control»-Zug aufgesprungen. Blöd nur, dass er selber 2001 für das illegale verdeckte Tragen einer Pistole rechtskräftig zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe verurteilt wurde. ⁽¹⁾

Quelle: 1. edition.cnn.com, Eminem gets 2 years' probation on gun charge, 10.04.2001

Auf einen Blick

► Der amerikanische Ökonom Dr. John Lott beschäftigte sich ausführlich mit den Wechselbeziehungen von Schusswaffenbesitz und (Gewalt-)Kriminalität. Er kam zu folgenden Ergebnissen:

► Weltweit gibt es keinen klar erkennbaren Zusammenhang zwischen der Verbreitung des privaten Schusswaffenbesitzes und den Kriminalitätsraten. Länder können hohe Schusswaffenbesitzraten und niedrige Kriminalitätsraten aufweisen, aber ebenso niedrige Schusswaffenbesitzraten und hohe Kriminalitätsraten. Praktisch jede Kombination ist möglich, was auf viele anderweitige gesellschaftliche, politische und ökonomische Faktoren schliessen lässt, die die Anzahl der Straftaten beeinflussen.

► Dafür, dass Schusswaffenverbote die Mordraten je gesenkt hätten, fand Lott keine eindeutigen Beispiele. Im Gegenteil: Meist stiegen Gewaltverbrechen und Morde nach Einführung solcher Restriktionen an.

► Menschenleben werden demnach sogar gerettet, wenn gesetzestreuen Bürgern erlaubt wird, Waffen zu besitzen und auch zu tragen. Kriminelle scheuen sich typischerweise nicht um Verbote, während rechtschaffene Zivilisten durch die Entwaffnung verwundbar gemacht werden. Allein das Präsentieren von Schusswaffen durch Privatpersonen hat Lott zufolge ein immenses Abschreckungspotenzial gegenüber potenziellen Straftätern.

Mehr Waffen, weniger Kriminalität - Zahlen, Daten und Fakten

Es steht ausser Frage, dass der Schusswaffenbesitz durch Privatpersonen ein ausgesprochen kontroverses Thema darstellt und als solches bereits seit Jahrzehnten in den Medien, der Politik, der Literatur aber auch in der Gesellschaft heiss diskutiert wird. In der öffentlichen Debatte stehen sich zwei Meinungspole gegenüber: Die eine Seite begreift Schusswaffen als hocheffizientes Mittel zur Selbstverteidigung – bzw. gemäss der US-Verfassung sogar als unerschütterliches Grundrecht – während die andere Seite bereits ihr blosses Potenzial, tödliche Gewalt auszuüben für ein martialisches Relikt der Konfliktbeilegung erachtet, das in einer aufgeklärten und modernen Gesellschaft keinen Platz (mehr) hat. Angesichts dieser hitzigen Debatte, die oft von emotionalen statt faktischen Argumenten dominiert wird, ist es geboten, sich zunächst möglichst von den eigenen Empfindungen zu dieser Thematik zu lösen, um sich von einem neutralen Standpunkt aus mit den tatsächlichen Zahlen, Daten und Fakten befassen zu können. Denn nur so befähigt man sich, die eigene Sichtweise zu hinterfragen und gegebenenfalls neu zu bewerten.

Verzerrte Wahrnehmung

Einige der meistgenannten Argumente, welche gegen den privaten Schusswaffenbesitz zum Einsatz kommen, sind die tödliche Wirkung von Schusswaffen selbst (bzw. die Angst vor eben jener), die Vermutung, dass ein ausgedehnter privater Schusswaffenbesitz mit einem Anstieg der Gewaltverbrechen (mit Todesfolge) einhergeht und die Überzeugung, dass eine aufgeklärte, moderne



Foto: Shutterstock/rawf8

Gesellschaft auf Waffen verzichten kann und umso sicherer ist, je weniger Schusswaffen sich im Besitz von Privatleuten befinden. Kurzum lautet die weit verbreitete Meinung: Je weniger Waffen es gibt, desto weniger Kriminalität gibt es. Im Folgenden werden wir überprüfen, ob diese These der Realität entspricht.

Zunächst die Frage: Woher kommen diese gängigen Überzeugungen in der Bevölkerung überhaupt? Die Antwort: Vorwiegend aus den Medien. Feuergefechte erfreuen sich in Actionfilmen grösster Beliebtheit und auch (Krimi-)Serien machen sehr häufig Gebrauch von Szenen, in denen Schusswaffen eine zentrale Rolle spielen. Doch während sie in Filmen und Serien gern als dramaturgisches «Gewürz» eingestreut werden, um den Unterhaltungswert eines fiktiven Handlungsstrangs zu erhöhen und Hollywood-Filmhelden für ihre Selbstverteidigung mittels Waffengewalt oftmals sogar medial gefeiert

werden, werden Schusswaffen in den Mainstream-Medien zumeist verurteilt und für einen tödlichen Tatausgang (mit) verantwortlich gemacht. Obwohl Handfeuerwaffen in der amerikanischen Zivilbevölkerung – im Gegensatz zu Europa – tatsächlich weit verbreitet sind (so besitzen nach mehr oder weniger aktuellen Schätzungen etwa 46% aller Haushalte mindestens eine Waffe, bei insgesamt ca. 393 Millionen Schusswaffen) und die amerikanische Kultur guten Gewissens als Schusswaffenkultur bezeichnet werden darf, verhält es sich mit der medialen Aufarbeitung der Thematik dort ähnlich. Gewehre und Pistolen werden dank der medialen Berichterstattung – unabhängig davon, wer sie führt – als permanente Gefahr wahrgenommen und das, obwohl vergleichsweise wenige Privatpersonen sie je in einem Gefecht abfeuern und selbst Polizisten nur in Ausnahmefällen in Schusswechsel mit Kriminellen





→ verwickelt sind. ⁽¹⁾ Natürlich kommen bei Straftaten auch Schusswaffen zum Einsatz, doch die reale Häufigkeit solcher Delikte wird durch die Fokussierung in den Medien von der Bevölkerung stark überschätzt, woraus sich eine verzerrte Wahrnehmung der Realität ergibt. Es soll nicht angezweifelt werden, dass eine Schusswaffe in den falschen Händen enormen Schaden anrichten kann – und dass es leider immer wieder zu solchen Fällen kommt. Ehrlicher Weise sollte man sich jedoch mehrere Fragen im Zusammenhang mit solchen Straftaten stellen, bevor man Schusswaffen generell und als solche verteufelt:

- Sind Menschen, die legal eine Schusswaffe tragen, tatsächlich eine generelle Gefahr für ihre Mitmenschen?
- Machen Schusswaffenverbote das Leben für die Bevölkerung wirklich sicherer?
- Wer ist von Gewaltkriminalität am meisten betroffen und wer sind die Kriminellen?

Legale und illegale Schusswaffen

Eines der bereits genannten Argumente, welches häufig gegen privaten Schusswaffenbesitz vorgebracht wird, lautet, dass unsere moderne Gesellschaft keine Schusswaffen benötigt, da die Bürger friedlich miteinander umgehen und sich deshalb unbewaffnet und sorglos in der Gesellschaft bewegen können – zumal im Ernstfall die bewaffnete Polizei zur Verfügung steht, um die Bürger vor Straftätern zu schützen. Das an sich verdeutlicht schon, dass Schusswaffen das Mittel der Wahl zur Abwehr von Kriminellen sind, aber lassen wir dies erstmal aussen vor. Offensichtlich wurde dieser Wunschzustand z.B. in der Bundesrepublik Deutschland, die das Führen einer Waffe zur Selbstverteidigung sehr streng unterbindet, bisher nicht erreicht. Statista schreibt dazu: «Im Jahr 2022 gab es in Deutschland knapp 4100 Straftaten, bei denen mit einer Schusswaffe gedroht wurde. Zudem wurde in mehr als 4400 Fällen mit einer Schusswaffe geschossen.» ⁽²⁾ Im Jahr 2016 berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung, dass es laut Expertenschätzungen bis zu 20 Millionen illegale Schusswaffen in Deutschland gibt. ⁽³⁾ Angesichts einer solchen Masse illegaler Pistolen und Gewehre stellt sich die Frage: Wer besitzt den Grossteil der legalen Schusswaffen – und zwar solche, die auch effektiv zur Verteidigung der Bevölkerung genutzt werden dürfen? Im Falle Deutschlands waren das im Jahr 2021 ca. 290'000 Polizeibeamte. ⁽⁴⁾ Somit stehen potenziell mehr als 20 Millionen illegale Schusswaffen den etwa 290'000 Polizisten, die legal eine Schusswaffe gegen Kriminelle verwenden dür-



«Zum Beispiel ist es viel unwahrscheinlicher, dass Kinder bei einem Unfall durch Schusswaffen getötet werden (insbesondere Faustfeuerwaffen/Pistolen), als die meisten Leute denken. Ziehen Sie die folgenden Zahlen in Betracht: 2006 gab es insgesamt 642 versehentliche Tode durch Schusswaffen im gesamten Land [USA]. Ein relativ kleiner Anteil davon betraf Kinder unter zehn Jahren: 13 Tode involvierten Kinder in einem Alter von bis zu vier Jahren und weitere 18 Tode involvierten Fünf- bis Neunjährige. Im Vergleich dazu starben 1305 Kinder bei Autounfällen und weitere 392 starben, weil sie von Autos erfasst wurden, 651 starben durch Ertrinken und 348 wurden durch Feuer und Verbrennungen getötet. Jedes Jahr ertrinken fast drei Mal so viele Kinder in Badewannen, wie durch alle möglichen Arten von Schusswaffenunfällen sterben.»

Dr. John R. Lott, US-Ökonom (u.a. an den Universitäten Yale und Chicago)

Quelle: John R. Lott Jr., More Guns, Less Crime, The University of Chicago Press, Chicago, 2010, S.9 f.



fen, gegenüber (davon ausgehend, dass alle 290'000 Polizisten eine Position bekleiden, die das Führen einer Waffe beinhaltet – was nicht der Fall ist). Und auch, wenn sicherlich nur ein Bruchteil dieser illegalen Waffen für Straftaten genutzt wird, sollte dieses enorme Machtungleichgewicht jeden beunruhigen oder zumindest nachdenklich werden lassen. Wenn man die Selbstverteidigungsfähigkeit der Bürger an den Polizeiparagrafen übergibt, wie es viele Nationen rund um den Planeten bereits getan haben, sollte man sich ebenfalls darüber im Klaren sein, wie lange es dauert, bis der «Freund und Helfer» im Ernstfall tatsächlich am Ort des Geschehens eintrifft.

Gemäss eines Artikels der Süddeutschen Zeitung brauchte die Berliner Polizei im Jahr 2020 durchschnittlich ca. 23 Minuten, um nach einem Notruf den Tatort zu erreichen (fairerweise muss angemerkt werden, dass hier auch sog. «nichtteilbedürftige» Einsätze berücksichtigt wurden, was die Zahl nach oben treibt). «Höchstwerte um die 5 Minuten [Wartezeit im telefonischen Notruf-System der Polizei] gibt es in fast jedem Monat», so der Artikel. ⁽⁵⁾

Doch selbst wenn die Polizei innerhalb von nur einer Minute am Tatort wäre, ist es naheliegend, dass ein Angriff, der nur wenige Sekunden andauert, eine eigene Reaktion



Eine «schusswaffenfreie Zone» auf dem New Yorker Times Square

Foto: Shutterstock/rblmr



«Wenn ein Mörder Ihre Familie verfolgen würde, würden Sie sich sicherer fühlen, ein Schild vor ihrem Haus aufzustellen, das ankündigt «Dieses Haus ist eine schusswaffenfreie Zone»? Wahrscheinlich nicht, doch das ist im Grunde das, was an vielen Orten geschieht.»

Dr. John R. Lott, US-Ökonom (u.a. an den Universitäten Yale und Chicago)

Quelle: John R. Lott Jr., More Guns, Less Crime, The University of Chicago Press, Chicago, 2010, S.325

erfordert, um dem Übel nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. Wenn es aber vorwiegend Kriminelle sind, die (illegale) Schusswaffen bei sich tragen, wie kann man sich dann vor einem solchen Angriff überhaupt ohne Schusswaffen schützen? Die ernüchternde Antwort: So gut wie überhaupt nicht. Denn es besteht ein ausgesprochen hohes Risiko, einen solchen Angriff nicht zu überleben, setzt man sich nicht gleichwertig zur Wehr. Den Schaden, den eine Schusswaffe – innerhalb weniger Sekunden und sogar über eine beachtliche Distanz hinweg – anzurichten vermag, kann eine unbewaffnete Person nicht zuverlässig abwehren. Die einzig realistische Verteidigung wäre es, «gleichzuziehen» und ebenfalls eine Waffe bei sich zu tragen, um Kriminelle abzuschrecken und von ihrem Vorhaben abzuhalten – und bei Misserfolg die Waffe als Ultima Ratio auch abfeuern zu können. Genau das wird aber durch entsprechende gesetzliche Reglementierungen in vielen Ländern verhindert. Doch warum eigentlich? Sind die Personen, die legal eine Schusswaffe führen, tatsächlich verantwortlich für zahlreiche Gewaltverbrechen?

Keine negative Korrelation

Der amerikanische Ökonom Dr. John Lott hat sich ausführlich mit dieser Frage beschäftigt und eine ausgesprochen umfangreiche Studie zu diesem Thema durchgeführt. Darin beobachtete er die Verbreitung von Schusswaffen in der amerikanischen Gesellschaft sowie deren Auswirkungen zunächst von 1977 bis 1992 und anschliessend sogar bis 2010 und wertete diese Daten statistisch aus. Seine Erkenntnisse aus dieser Untersuchung veröffentlichte er erstmals 1998 in einem Buch. Wir werden im Laufe dieses Artikels wiederholt auf die Erkenntnisse aus den drei Auflagen des besagten Buches «More Guns, Less Crime» (Mehr Waffen, weniger Kriminalität) eingehen. So viel sei vorab verraten: Genau wie der Titel des Schriftstücks waren auch die Ergebnisse seiner Untersuchungen sehr kontrovers und führten zu medialen Anfeindungen und verbalen Angriffen. Dies lag unter anderem an Aussagen wie dieser: «Traditionellerweise haben Leute versucht, länderübergreifende Vergleiche zwischen dem Schusswaffenbesitz und Kriminalitätsraten zu ziehen, um festzustellen, ob der Schusswaffenbesitz der Sicherheit zuträglich ist oder sie beeinträchtigt. [Jedoch] gibt es weltweit keinen Zusammenhang zwischen dem Schusswaffenbesitz und den Kriminalitätsraten. Viele Länder, wie die Schweiz, Finnland, Neuseeland und Israel, weisen hohe Schusswaffenbesitzraten

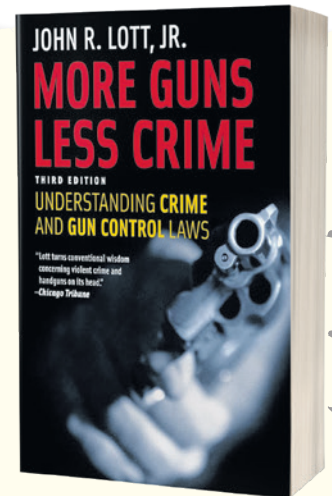
„An jedem Ort auf der Welt, an dem Schusswaffen verboten wurden, wurden erhöhte Mord- und Gewaltkriminalitätsraten verzeichnet.“⁽¹⁾

„Alles in allem ist das Problem mit Waffengesetzen nicht zu wenig Regulierung, sondern vielmehr, dass die Regulierungen rechtschaffene Bürger entwaffnen.“⁽²⁾

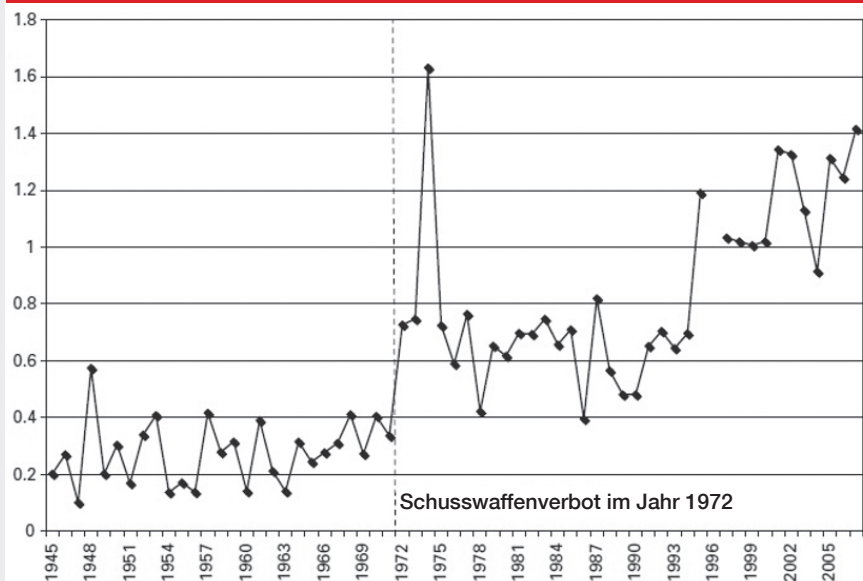
Dr. John R. Lott, US-Ökonom
(u.a. an den Universitäten Yale und Chicago)

Quellen:

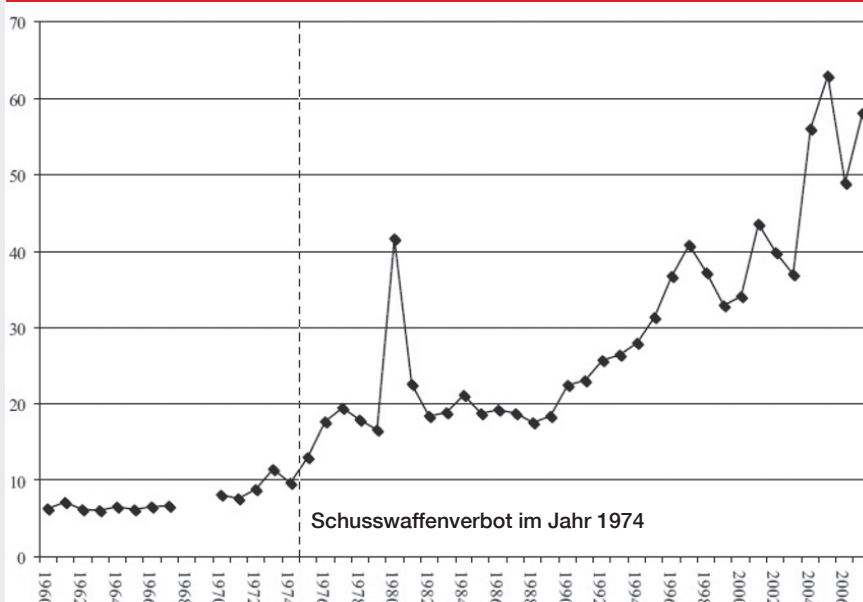
1. John R. Lott Jr., More Guns, Less Crime, The University of Chicago Press, Chicago, 2010, S.315
2. Ebenda, S.323



Morde pro 100'000 Einwohner (Mordrate) in Irland



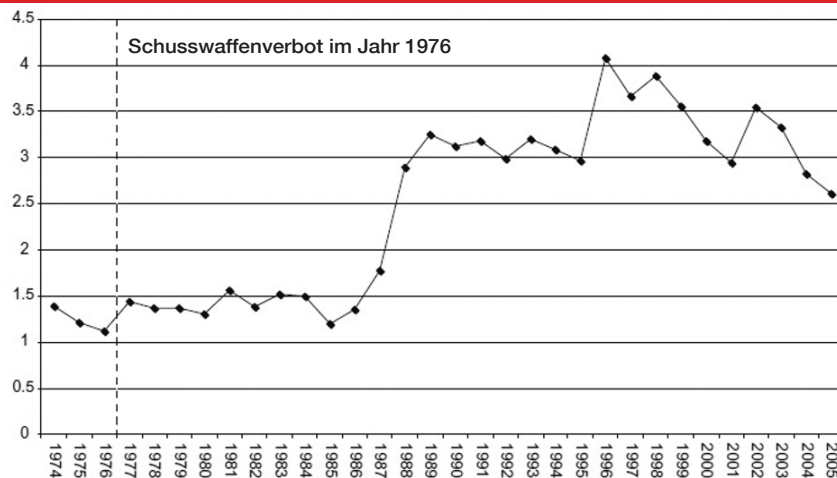
Morde pro 100'000 Einwohner in Jamaika



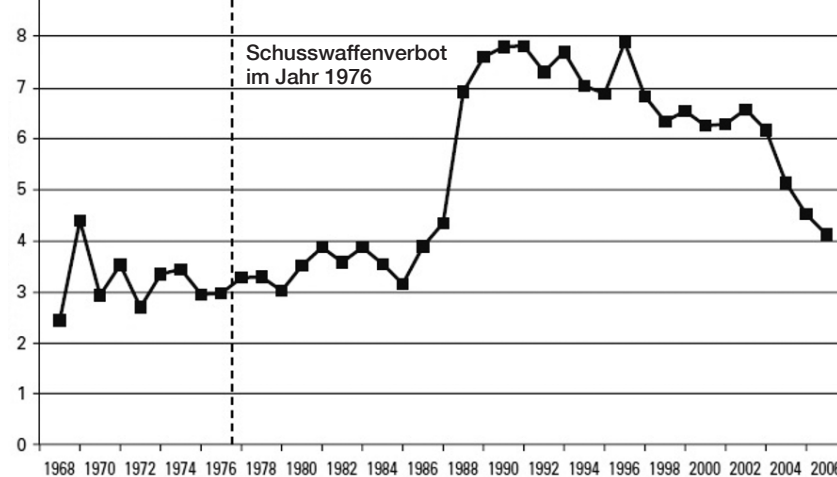
Nachdem Irland und Jamaika 1972 respektive 1974 ein Handfeuerwaffenverbot erlassen hatten, erlebten beide Länder starke Anstiege der Mordraten.

Fallbeispiel Washington, D.C. - Explosion der Mordraten nach Schusswaffenverbot

Morde pro 100'000 Einwohner (Mordrate) in Washington, D.C.

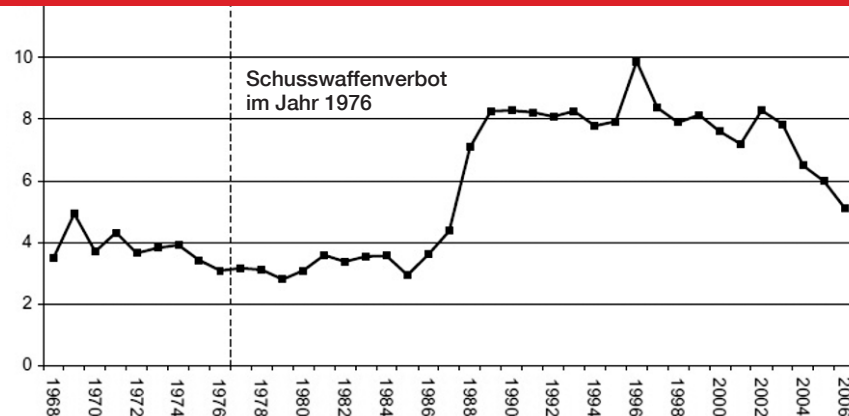


Mordrate in Washington, D.C. im Vergleich zu den Nachbarstaaten Maryland und Virginia (ohne Schusswaffenverbot)



1996 war die Mordrate in Washington, D.C. achtmal so hoch wie in den beiden Nachbarstaaten. Regionale Gründe sind deshalb ein unwahrscheinlicher Erklärungsansatz für die im Vergleich zur Gesamt-USA so hohe Mordrate in der Hauptstadt.

Mordrate in Washington, D.C. im Vergleich zu den USA insgesamt



1996 war die Mordrate in Washington, D.C. zehnmal so hoch wie in den gesamten USA.

Quelle: John R. Lott Jr., More Guns, Less Crime, The University of Chicago Press, Chicago, 2010, S.309-313

Man kann kaum zu einem anderen Schluss kommen als jenem, dass das Waffenverbot in Washington, D.C. zu einem Anstieg der jährlichen Mordraten geführt hat. Geholfen hat es definitiv nicht.

➔ und niedrige Kriminalitätsraten auf, während viele andere Länder sowohl niedrige Schusswaffenbesitzraten als auch entweder hohe oder niedrige Kriminalitätsraten aufweisen. 1995 war beispielsweise die Mordrate in der Schweiz 40 Prozent niedriger als in Deutschland, obwohl sie eine drei Mal so hohe Schusswaffenbesitzrate aufwies.»⁽⁶⁾

Wer in Deutschland privat eine Schusswaffe besitzen möchte, sieht sich mit strengen gesetzlichen Regelungen konfrontiert. Im Jahr 2020 wies die BRD eine sehr geringe Mordrate durch Schusswaffen von 0,06 pro 100'000 Einwohnern auf, während die USA eine Mordrate durch Schusswaffen von 4,05 pro 100'000 Einwohnern zu verzeichnen hatten. Ob das aber tatsächlich an den liberaleren Schusswaffengesetzen der USA und nicht an anderen politischen, ökonomischen oder gesellschaftlichen Faktoren lag – zumal sich die Gesetze je nach Bundesstaat enorm unterscheiden und mancherorts mit deutschen Waffengesetzen vergleichbar sind – kann erneut durch einen Blick auf Zahlen aus der Schweiz bezweifelt werden: 2020 belief sich die dortige Mordrate durch Schusswaffen nämlich auf 0,10 pro 100'000 Einwohner. Dort besteht ein vergleichsweise liberales Waffenrecht und doch ist die Mordrate durch Schusswaffen kaum höher als in Deutschland und die Mordrate allgemein sogar niedriger. Das ist ein gutes Indiz dafür, dass es auf den verantwortlichen Umgang mit der (Schuss-) Waffe ankommt und daher, allgemeiner formuliert, auf gesellschaftliche Faktoren.⁽⁷⁾

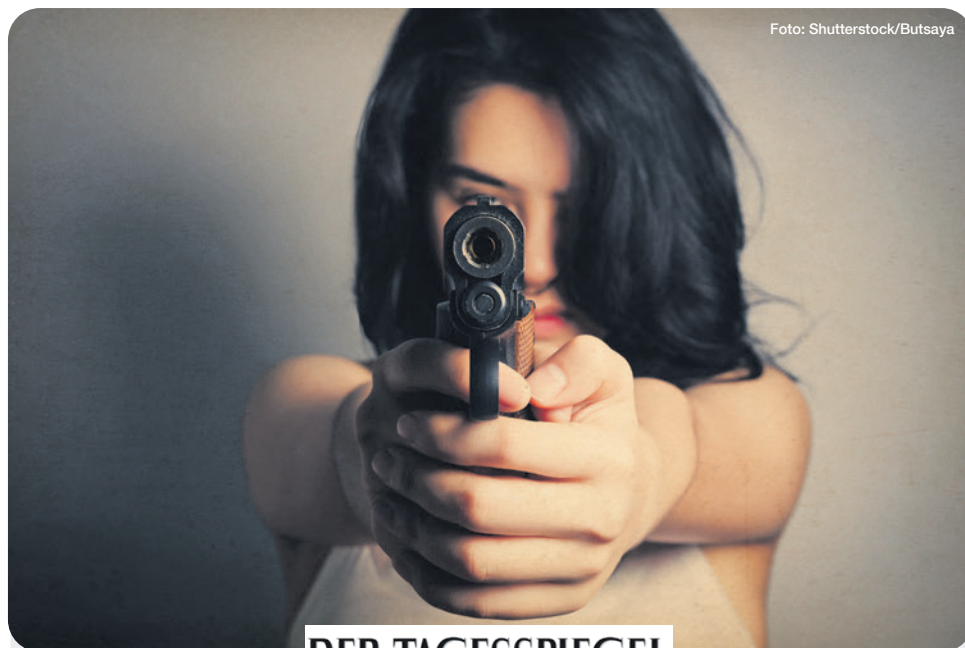
«More Guns, Less Crime»

Auch diese Aussage von John Lott sorgte für Kontroversen: «Gesetzestreue Bürger davon abzuhalten, Schusswaffen zu tragen, wird Gewalt nicht beenden, es wird lediglich die Opfer anfälliger gegenüber Angriffen machen. [...] Letzten Endes verbindet uns alle ein gemeinsames Interesse: Retten wir Menschen das Leben, indem wir gesetzestreuen Bürgern erlauben, Waffen zu tragen? Die Antwort lautet: Ja, das tun wir.»⁽⁸⁾ Es ist kaum überraschend, dass eine solch klare Positionierung zu diesen umstrittenen Themen in der Gesellschaft stark polarisierte und Lott dementsprechend eine Welle der Kritik entgegen schlug. Spannend ist aber, dass diese Kritik sich in den meisten Fällen auf ihn als Person bezog und er in den Medien häufig als Persona non grata porträtiert wurde. Seine Ergebnisse konnten jedoch nicht widerlegt werden. Oftmals wurde er auch – unter dem Vorwand des Interesses an einer ernsthaften Diskussion – zu Talkrunden eingeladen, wo man ihm letztlich aber keine oder nur eine geringe Redezeit zugestand. Die anderen Gäste oder gar die Moderatoren, welche zu-

meist allesamt die Gegenposition vertraten, durften sich ausführlich und herablassend über ihn echauffieren. ⁽⁹⁾ Das Bild, welches seine Kritiker von ihm zeichneten, war das eines ideologischen, von der Schusswaffenindustrie finanzierten Waffennarren, der viel zu wenig kritische Einflussfaktoren in seine Studie einbezogen hätte. In der zweiten und dritten Auflage von «More Guns, Less Crime» widerlegte Lott allerdings detailliert die Kritikpunkte gegenüber seiner Person und seiner Studie und ergänzte den bereits vorhandenen Datensatz um die relevanten Daten aus den Folgejahren, welche seine ursprünglichen Feststellungen abermals bestätigten. Demnach war es eindeutig erwiesen, dass die Besitzer legaler Schusswaffen kaum die Ursache für zunehmende tödliche Gewaltausbrüche sein können, denn: «Insgesamt betrachtet, von 1990 bis Juli 2008, entsprechen die zwanzig Fälle, in denen jemand [mit der Erlaubnis, verdeckt eine Schusswaffe zu führen, die in manchen US-Bundesstaaten benötigt wird, ca. fünf Millionen US-Bürger] wegen Mordes mit einer Schusswaffe verurteilt und die drei anderen Fälle, bei denen die Mörder am Tatort starben, etwas mehr als einem Mord pro Jahr. Die Mordrate von Erlaubnisinhabern in Relation zur allgemeinen Bevölkerung beträgt somit 1 zu 182. Das ist eine erstaunliche Differenz.» ⁽¹⁰⁾ Die statistische Wahrscheinlichkeit, dass ein Bürger ohne diese spezielle Waffenerlaubnis einen Mord begeht, ist also 182-mal höher als bei einem der fünf Millionen Erlaubnisinhaber.

Verbote und Einschränkungen – eine effektive Lösung?

Von der Korrektheit der Zahlen ausgehend, kann also getrost behauptet werden, dass von den Besitzern legaler Schusswaffen keine nennenswerte Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht und es vielmehr illegale Schusswaffen(besitzer) sind, die das Kernproblem darstellen. Daraus ergibt sich die Frage, ob die Verbreitung illegaler Schusswaffen von Schusswaffenverboten überhaupt tangiert wird und ob Schusswaffenverbote die Kriminalitätsrate reduzieren. Glücklicherweise untersuchte Lott in seiner Studie die Auswirkungen verschiedener Schusswaffenverbote und die damit verbundenen Gefahren, auf die wir im folgenden Abschnitt eingehen. Angesichts der Frage, ob die eigenen Bürger bewaffnet sein sollten oder nicht, mögen die Regierungen vieler Staaten geneigt sein, den privaten Schusswaffenbesitz «vorsichtshalber» (zu) stark zu reglementieren oder völlig zu verbieten. Das sichert einerseits das Gewaltmonopol des Staates



DER TAGESSPIEGEL

„Im Moment nicht“ Grünen-Chefin Ricarda Lang würde
nachts nicht allein durch den Görlitzer Park in Berlin
laufen

tagesspiegel.de, 31.07.2023

Der Görlitzer Park war wieder durch eine Gruppenvergewaltigung in die Schlagzeilen geraten, weshalb man Ricarda Lang danach fragte.

Da Frauen im Durchschnitt körperlich deutlich schwächer sind als Männer, profitieren sie umso mehr von der Möglichkeit, einen Angreifer mithilfe einer Schusswaffe abzuwehren. Doch hat man je von einer Feministin gehört, die das Recht des Führens einer Pistole für ihre Klientel einfordert?

und seines bewaffneten Polizeiapparates und entwaffnet andererseits gefährliche Subjekte in der Gesellschaft – zumindest in der Theorie. Über die wahre praktische Wirkung schreibt Lott: «Jeder will Kriminellen die Waffen wegnehmen. Das Problem mit den Verboten ist jedoch, wer sich am wahrscheinlichsten daran hält. Wenn das Verbot hauptsächlich rechtschaffene Bürger entwaffnet und keine Kriminellen, dann kann das Verbot zum Gegenteil der beabsichtigten Wirkung führen.» ⁽¹¹⁾

Vielfach werden in der Debatte – oft von den Gegnern des freiheitlichen Schusswaffenbesitzes – die USA als Paradebeispiel für ein liberales Waffenrecht mit fatalen Aus-

wirkungen herangezogen. Der dort weit verbreitete private Schusswaffenbesitz wird dabei oftmals mit den hohen Kriminalitätsraten der USA in Verbindung gebracht oder direkt als deren Ursache deklariert. Dabei wird allerdings häufig übersehen, dass sich in einzelnen Bundesstaaten der USA auch Beispiele für Schusswaffenverbote und deren verheerende Auswirkungen finden lassen. So war der private Schusswaffenbesitz in der Hauptstadt der USA, Washington, D.C., zwischen 1976 und 2008 gesetzlich verboten. Reduzierte das die Kriminalitäts- und Mordraten? Ganz im Gegenteil. Lott schreibt dazu: «Wie also ist die Beweislage? D.C.'s



«Und wie man aus der Erfahrung des keineswegs wilden, sogenannten <Wilden Westens> sowie einer grossen Zahl neuerer empirischer Untersuchungen über den Zusammenhang von Waffenbesitz und Kriminalität weiss, ist die Kriminalitätsrate umso niedriger, je höher und weitverbreiteter der private Waffenbesitz ist. More guns, less crime!»

Prof. Dr. Hans-Hermann Hoppe, klassisch-liberaler Philosoph und Volkswirt

Quelle: Hans-Hermann Hoppe, Der Wettbewerb der Gauner, Holzinger Verlag, Berlin, 2012, S.82

➔ Handfeuerwaffen-Verbotspolitik hatte in den 30 Jahren, seit sie im Februar 1977 in Kraft trat, mehr als genug Zeit, irgendwelche positiven Effekte zu offenbaren. Schaut man sich jedoch die Daten an, gibt es absolut keine Beweise dafür, dass D.C.'s Schusswaffenverbot die Mordraten gesenkt hat. Tatsächlich gibt es nur ein einziges Jahr, seitdem das Verbot in Kraft trat, in dem die Mordrate unter ihrem Wert von 1976 lag. Die verheerenden Kriminalitätszahlen nach 1977 lassen sich weder damit wegerklären, dass es einen allgemeinen Anstieg in anderen grossen Städten, in den Nachbarstaaten Virginia und Maryland, noch den Vereinigten Staaten insgesamt gab.»⁽¹²⁾ Folgende Passage sollte deutlich machen, wie fatal die Auswirkungen der Feuerwaffenrestriktion tatsächlich waren: «Von 1977 bis 2006 war D.C.'s Mordrate im Durchschnitt 450 Prozent höher als die von Maryland und Virginia, mehr als doppelt so hoch wie die Rate im Vergleich von D.C. zu Maryland und Virginia von 1968 bis 1976. Abermals liefert der Vergleich von D.C. mit Maryland und Virginia keine Beweise dafür, dass das Verbot die Mordrate reduziert hat. Wenn überhaupt, dann hat sich D.C.'s Mordrate nach dem Verbot erhöht.»⁽¹³⁾

Less Guns, More Crime

Jetzt liegt es nahe, anzunehmen, dass es sich bei den horrenden Ergebnissen in Washington, D.C. um einen Einzelfall handeln könnte, doch auch diese Theorie entkräftet Lott in seinem Buch: «Zudem ist die Erfahrung anderer Länder dieselbe, selbst von Inselstaaten, die Faustfeuerwaffen verboten haben und wo die Landesgrenzen leicht zu überwachen sind. Das sind Orte, die schlicht nicht die USA oder Nachbarstaaten für das Versagen ihrer Schusswaffengesetze verantwortlich machen können. Nicht nur, dass Gewaltverbrechen und Morde nicht im versprochenen Ausmass reduziert wurden; sie sind sogar gestiegen. Grossbritannien hat Pistolen im Januar 1997 verboten. Doch die Anzahl der Tode und Verletzungen durch Schusswaffenkriminalität hat sich in England und Wales in den sieben Jahren von 1998 bis 2005 um unglaubliche 340 Prozent erhöht. Die Raten von schweren Gewaltverbrechen, bewaffneten Überfällen, Vergewaltigungen und Tötungsdelikten sind sprunghaft angestiegen.»⁽¹⁴⁾

Die nächsten beiden Beispiele sind ähnlich eindeutig: «Die Republik Irland und Jamaika haben ebenfalls starke Anstiege der Mordraten erlebt, seit sie 1972 respektive 1974 Faustfeuerwaffenverbote erlassen hatten. Seit dem Schusswaffenverbot ist Jamaikas Mordrate in die Höhe geschossen und zu einer der höchsten der Welt geworden, aktuell mindestens doppelt so hoch wie in anderen



Der 13-jährige Teenager Jonathan aus Memphis, Tennessee posierte 2015 bewaffnet und Marihuana rauchend in den sozialen Medien.



Zwei unbeaufsichtigte Kinder mit ihren halbautomatischen Pistolen auf der Social-Media-Plattform Instagram.



Ein Kleinkind kriegt in einem Online-Video «spasseshalber» das Magazin einer Schusswaffe in die Hand gedrückt.

Auch in den USA gibt es Gesetze, und ob man es glaubt oder nicht: Unter 18 Jahren darf man in keinem Teil der USA Waffen besitzen. Folglich handelt es sich um eine Straftat, wenn Teenager sich ohne elterliche Aufsicht mit Pistolen ablichten lassen. Für die Verfolgung solcher Gesetzesbrüche ist in den USA das «Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives» (ATF, deutsch: Amt für Alkohol, Tabak, Schusswaffen und Sprengstoffe) verantwortlich. Man würde meinen, diese Behörde müsste den zahlreichen Aufnahmen von bis auf die Zähne bewaffneten Kindern und Jugendlichen nachgehen. Nur da gibt es einen Haken: Das ATF traut sich kaum in die sog. «Problemviertel», aus denen die Fotos stammen. Die meisten Schusswaffen in diesen Stadtteilen sind im illegalen Besitz, doch da die Justiz keinen Zugriff hat, konzentriert sie sich stattdessen auf zivilisiertere Bewohner anderer Gebiete (siehe S.16). Das ist, wozu «Gun Control» letztendlich immer führt: Der illegale Waffenbesitz nimmt zu und wird nicht bekämpft, während rechtschaffene Bürger ins Visier der Behörden geraten.

Karibischen Ländern. Jamaikas Mordrate betrug seit der Zeit vor dem Inkrafttreten des Schusswaffenverbots nie weniger als 10 Morde pro 100'000 Einwohner. [...] Jamaika zeigt eindeutig, dass Drogengangs sowohl Drogen in ein Land schmuggeln können als auch die benötigten Schusswaffen, um diesen wertvollen Besitz zu schützen. Das Ironische daran ist, dass durch die unelastische Nachfrage nach illegalen Drogen der Wert, den Gangs der Sicherung ihres Drogenre-

viers beimessen, umso mehr steigt, je mehr die Drogenbekämpfung zunimmt. Dasselbe trifft auch in anderen Ländern zu. Daran gemessen, dass laut aktuellen Schätzungen bis zu 80 Prozent der US-Kriminalität mit Gangs im Zusammenhang steht - und das primär mit Drogengangs - ist es wahrscheinlich, dass es genauso schwer ist, diesen Gangs ihre Waffen zu entziehen wie ihre Drogen.»⁽¹⁵⁾ Während Irlands Mordrate seit 2007 langsam wieder fällt und im Jahr 2021 sogar fast das



Reporter: «Fordern Sie ein Verbot?»

Michael Mertens: «Für halbautomatische Waffen auf jeden Fall.»

Michael Mertens, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, 2022 im Interview mit dem ARD-Magazin «Vollbild»

Quelle: youtube.com, In nur 15 Minuten zur tödlichen Schusswaffe - VOLLBILD, 15.11.2022



«Ich bin Sheriff David Clarke, und ich möchte mit Ihnen über etwas Persönliches sprechen: Ihre Sicherheit. Das ist nicht länger ein Zuschauersport. Ich brauche Sie in diesem Spiel. Aber sind Sie bereit? In Zeiten, in denen Polizisten entlassen werden, ist es nicht mehr die beste Lösung, einfach den Notruf zu wählen und zu warten. Sie können einen gewalttätigen Kriminellen um Gnade anflehen, sich unter dem Bett verstecken – oder Sie können sich wehren. Aber sind Sie darauf vorbereitet? Ziehen Sie in Erwägung, einen zertifizierten Sicherheitskurs im Umgang mit einer Schusswaffe zu absolvieren, damit Sie sich verteidigen können, bis wir eintreffen. Sie haben die Pflicht, sich und Ihre Familie zu schützen. Wir sind jetzt Partner. Kann ich auf Sie zählen?»



David Clarke Jr., ehemaliger Sheriff von Milwaukee County

Quelle: latimes.com, Milwaukee County sheriff: Don't wait for the police; arm yourselves, 28.01.2013

Im Rahmen einer Reihe von Radio-werbungen im Jahr 2013 appellierte David Clarke Jr. an die Bürger der USA, Eigenverantwortung hinsichtlich ihrer Sicherheit zu übernehmen, anstatt sich passiv auf die Polizei zu verlassen. Offensichtlich ist nicht jeder Polizist der Meinung, seiner Gruppe sollte das alleinige Recht auf die defensive Anwendung einer Schusswaffe zustehen.

Niveau vor dem Schusswaffenverbot erreicht hat, weist Jamaika nach wie vor eine enorm hohe Mordrate auf.⁽⁴⁶⁾ Durch die unterschiedlichen Entwicklungen in verschiedenen Ländern wird deutlich, dass auch andere Aspekte neben dem Schusswaffenverbot – wie die im vorgenannten Zitat erwähnte Ausprägung der Bandenkriminalität und des Drogenhandels innerhalb eines Landes sowie die gesellschaftliche Struktur – eine Auswirkung auf die Kriminalitätsraten haben müssen. Lotts These lautet, dass ein solches Verbot zumindest vorübergehend zu einem starken Anstieg der Verbrechensraten führt.

Verhinderung von Gewalt

Ein bisher kaum erwähnter Aspekt ist die abschreckende Wirkung einer Schusswaffe in den Händen eines rechtschaffenen Bürgers auf Kriminelle. Aus der Sicht eines Verbrechens bedeutet ein bewaffneter Kontrahent ein höheres Risiko, bei der Ausführung der Straftat selbst zu Schaden zu kommen und gegebenenfalls sogar mit dem eigenen Leben dafür zu bezahlen. Die abschreckende Wirkung sollte sich daher von selbst erklären.⁽⁴⁷⁾ Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch: «Schusswaffenbefreite Zonen sind ein Magnet für tödliche Angriffe. Das trifft nicht nur auf Terrorangriffe zu, sondern auf Verbrechen im Allgemeinen. Hier ist eine Frage, über die es nachzudenken gilt: Wenn ein Mörder Ihre Familie verfolgen würde, würden Sie sich sicherer fühlen, ein Schild vor ihrem Haus aufzustellen, das ankündigt «dieses Haus ist eine schusswaffenfreie Zone?»

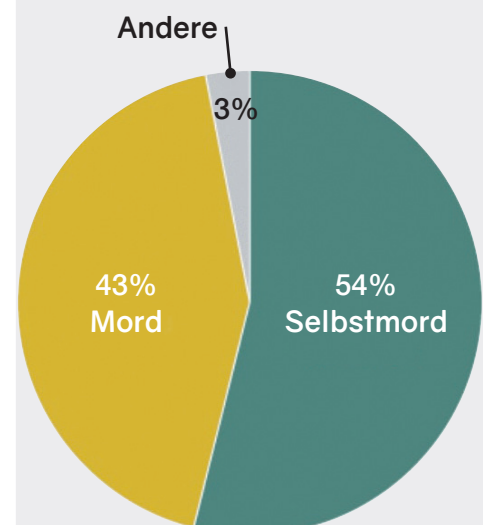
Wahrscheinlich nicht, doch das ist im Grunde das, was an vielen Orten geschieht.»⁽⁴⁸⁾

Sogar ein beeindruckender Anteil der US-Polizei scheint mit Lott einig: Die jährliche Umfrage der Nationalen Vereinigung der Polizeichefs befragt mehr als 20'000 Polizeichefs und Sheriffs. Im Jahr 2010 gaben 95 Prozent der Befragten an, sie seien der Meinung, dass «jeder gesetzestreue Bürger in der Lage sein sollte, eine Schusswaffe für Sport oder Selbstverteidigung zu erwerben». Nationale Umfragen unter US-Polizeibeamten sind selten, aber die, die durchgeführt wurden, zeigen, dass die Beamten mit überwältigender Mehrheit für den Besitz und das Tragen von Waffen durch rechtschaffene Zivilisten sind – und das trotz der für die US-Polizisten angespannteren Arbeitsbedingungen, da Kriminelle oder unter Drogeneinfluss Stehende um ein Vielfaches wahrscheinlicher eine Schusswaffe bei sich tragen als solche Personen in anderen Ländern! In einer landesweiten Umfrage des Magazins Police aus dem Jahr 2007 unter vereidigten Polizisten stimmten 88 Prozent der Befragten nicht zu, dass «strengere Beschränkungen für den Besitz von Handfeuerwaffen die öffentliche Sicherheit erhöhen oder verbessern würden».⁽⁴⁹⁾

Unbemerkte Verteidigung

Obwohl Lott in «More Guns, Less Crime» wiederholt auf reale Beispiele aufmerksam macht, bei denen bewaffnete Bürger ein Verbrechen mit einer Schusswaffe vereiteln oder frühzeitig stoppen konnten, argumentieren

Tode durch Schusswaffen in den USA (2021)



Quelle: pewresearch.org, Suicides accounted for more than half of U.S. gun deaths in 2021, 24.04.2023

Was gerne unterschlagen wird: Über die Hälfte der Schusswaffen-Toten in den USA sind Suizid-Fälle. Wer bereit ist, sich das Leben zu nehmen, wird in Ländern mit erschwertem Zugang zu Schusswaffen schlicht eine andere Methode wählen. Diese statistische Gruppe muss folglich als völlig irrelevant für die Debatte um Sicherheitsfolgen privaten Schusswaffenbesitzes klassifiziert werden.



Was Menschen, denen Gesetze egal sind, wohl machen werden...



...wenn man die Waffengesetze verschärft?

➔ Mainstream-Medien und die Waffenkontroll-Lobby, dass solche Fälle absolute Ausnahmen darstellten und kaum statistische Beweise dafür vorlägen. Allerdings wird in vielen dieser Fälle die Waffe nicht einmal abgefeuert. Die Waffe zu ziehen, reicht oftmals bereits völlig aus, um den Täter von seinem Vorhaben abzubringen. Logischerweise wird kein mediales Feuerwerk gezündet, wenn letztlich nichts passiert ist. Und auch in der Polizeistatistik wird sich ein solches Ereignis sehr selten – maximal als eine versuchte Straftat – niederschlagen – insbesondere, wenn der Täter nicht ermittelt werden kann.⁽²⁰⁾ Anders ausgedrückt: Wir erfahren meist nur von den dramatischsten und tragischsten Kriminalfällen – was unsere Wahrnehmung entsprechend verzerrt (die sog. «Verfügbarkeitsheuristik»). Nüchtern betrachtet ist es aber höchstwahrscheinlich keine gute Idee, den privaten Schusswaffen-

besitz einzuschränken, solange Kriminelle bis an die Zähne bewaffnet bleiben, wie folgendes Zitat des Mafia-Überläufers Sammy «The Bull» Gravano unterstreicht: «Reglementierung von Waffenbesitz? Das ist das Beste, was man für Gauner und Gangster tun kann. [...] Ich will, dass du nichts hast. Wenn ich der Bösewicht bin, habe ich immer eine Schusswaffe.»⁽²¹⁾ In Anbetracht der Datenlage stellt ein Schusswaffenverbot definitiv kein probates Mittel dar, um Gewaltverbrechen einzuschränken oder zu verhindern.

Vom Täter- zum Opferschutz

Wir haben gesehen, dass der Durchschnittsbürger durch seine (legalen) Schusswaffen nicht plötzlich zu einem Kriminellen wird und sie dazu verwendet, Straftaten zu

begehen. Ausserdem konnten wir in Erfahrung bringen, dass Schusswaffenverbote es kriminell Motivierten noch einfacher machen, unbescholtene und vor allem unbewaffnete Bürger zu überfallen. In «More Guns, Less Crime» gibt uns John Lott zusätzlich ein typisches Täterprofil an die Hand, wenn er schreibt, dass 89% derjenigen, die im Jahr 1988 im Erwachsenenalter einen Mord begangen hatten, bereits zuvor Einträge im Strafregister aufwiesen. 77% der jugendlichen Mörder in Boston, die zwischen 1990 und 1994 andere Jugendliche umgebracht hatten, sowie 76% der jugendlichen Mordopfer (!) waren zuvor bereits wegen anderer Straftaten angeklagt worden. Letzteres lässt auf Bandenkriminalität schliessen, da sowohl Täter als auch Opfer bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten waren. Es handelt sich bei den Tätern, die üblicherweise Schusswaffen missbrauchen, also keinesfalls um den typischen Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, sondern um Wiederholungstäter mit atypischen Persönlichkeiten und meist mit geringem IQ. Da es sich ausserdem häufig um junge, schlecht sozialisierte, aggressive Männer im mittleren Teenageralter bis in die Mittdreissiger handelt, würden insbesondere Frauen und ältere Menschen davon profitieren, zu ihrer Verteidigung eine Schusswaffe führen zu dürfen, da sie so weniger anfällig für schwere Körperverletzungen, Vergewaltigungen, Raubüberfälle und Morde wären.⁽²²⁾ «Jede weitere Frau, die eine verdeckte Faustfeuerwaffe führt, reduziert die Mordrate für Frauen um das Drei- bis Vierfache mehr, als die Mordrate für Männer für jeden weiteren Mann gesenkt wird, der eine verdeckte Pistole führt. Das ergibt sich daraus, dass es Frauen erlaubt, sich weitaus besser zu verteidigen, als es bei einem Mann der Fall wäre. Schliesslich sind Männer üblicherweise grösser und stärker», so Dr. John Lott.⁽²³⁾

Fazit

Ergo: Schusswaffen machen die Menschen nicht zu Tätern. Den legalen Zugang zu Schusswaffen einzuschränken, hilft nur den potenziellen Tätern. Wie eingangs erwähnt, werden die USA von innen und aussen wieder und wieder für ihr liberales Schusswaffengesetz kritisiert – und doch hat der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) im Jahr 2022 entschieden, das einst unzulässigerweise eingeschränkte Waffenrecht (siehe S.6 ff.) wieder auszuweiten. In den meisten US-Bundesstaaten können sich Bürger inzwischen auf das sogenannte Gesetz zum verfassungsgemässen Führen einer Schusswaffe («Constitutional Carry») berufen und ohne eine weitere staatliche Erlaubnis legal eine Schusswaffe erwerben. Das unterstreicht den Selbstverteidigungs-Gedanken,

77 «1995 war beispielsweise die Mordrate in der Schweiz 40 Prozent niedriger als in Deutschland, obwohl sie eine drei Mal so hohe Schusswaffenbesitzrate aufwies.»



Dr. John R. Lott, US-Ökonom (u.a. an den Universitäten Yale und Chicago)

Quelle: John R. Lott Jr., More Guns, Less Crime, The University of Chicago Press, Chicago, 2010, S.116

Das bezieht sich nicht nur auf das Jahr 1995. Über die letzten Jahrzehnte hatte die Schweiz im Vergleich zu Deutschland fast immer niedrigere Kriminalitätsraten, einschliesslich Mordraten. Das ist ein gutes Indiz dafür, dass die Anzahl von Gewaltverbrechen nicht mit der Anzahl von verfügbaren oder legalen Waffen zusammenhängt. Waffenverbote sind Betrug an der Bevölkerung, weil tatsächliche Ursachen unterschlagen und unangetastet bleiben, stattdessen aber die Bevölkerung um ihre Verteidigungsfähigkeit gebracht wird.

Mordrate unter Besitzern einer Waffenerlaubnis, die in manchen US-Bundesstaaten verlangt wird (ca. 5 Millionen US-Bürger)

Untersuchter Zeitraum:
1990 bis 2008

Die Mordrate im Rest der US-Bevölkerung ist 182-mal höher als bei den Besitzern dieser speziellen Waffenerlaubnis

Quelle: John R. Lott Jr., More Guns, Less Crime, The University of Chicago Press, Chicago, 2010, S.251

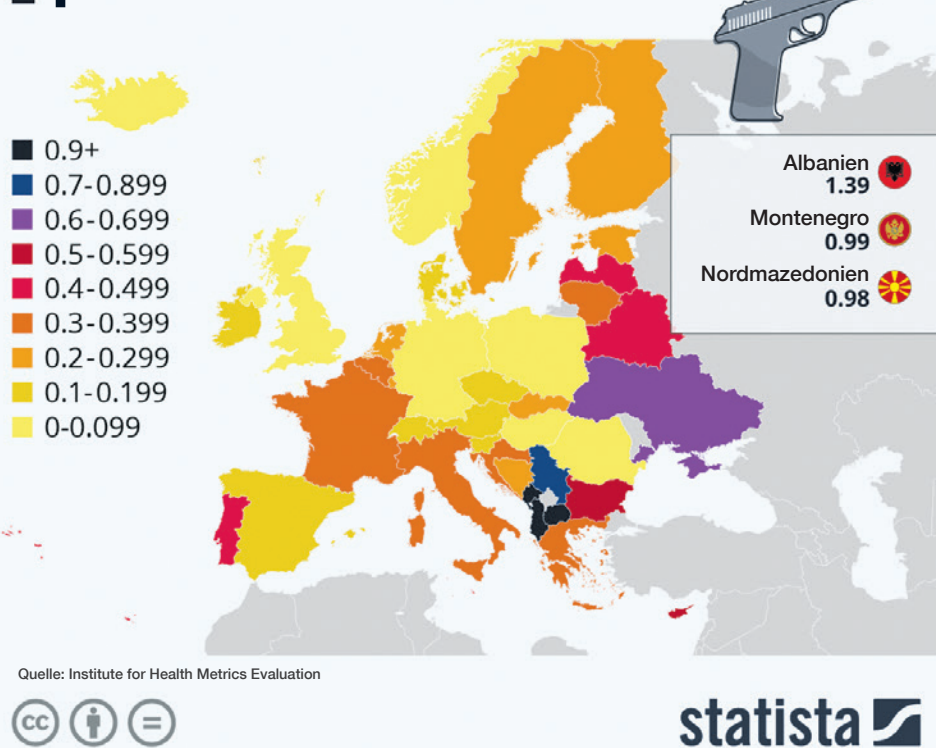
Es kann also getrost behauptet werden, dass von den Besitzern legaler Schusswaffen so gut wie keine Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht und es vielmehr illegale Schusswaffen bzw. deren Besitzer sind, die das Problem darstellen.

der im Zweiten Zusatzartikel zur US-Verfassung verankert wurde und der jedem US-Bürger die Freiheit des Führens einer Waffe zusichert.

Auch wenn dieses Gesetz vielseitig kritisiert wurde, gibt es doch gute Gründe für die Abschaffung der Waffenrestriktionen. Dr. John Lott schreibt: «Es ist leicht verständlich, warum manche Menschen denken, dass Schusswaffenverbote andere schützen, aber schusswaffenfreie Zonen, ob am College-Campus oder auf Stadt- oder Landesebene, haben Kriminelle nicht entwaffnet. Jeder will Kriminelle entwaffnen, doch das Problem, dem wir gegenüberstehen, tritt bei jeder Art von Waffengesetz auf: Wer wird das Gesetz am wahrscheinlichsten einhalten? Immer und immer wieder sind es die gesetzestreuen Bürger, die Menschen, von denen wir nichts zu befürchten haben, die entwaffnet und verwundbar gemacht werden, nicht die Kriminellen. Egal wie wohlmeinend: Waffenverbote machen nur das Leben der Kriminellen einfacher.»⁽²⁴⁾

Sämtliche bis hierhin von uns beleuchteten Daten sprechen gegen die Sinnhaftigkeit eines Waffenverbots oder unterstreichen sogar den Nutzen des privaten Schusswaffenbesitzes für die Allgemeinheit und das Individuum. Offensichtlich handelt es sich bei Schusswaffen aufgrund ihrer hohen Effizienz und Effektivität um das von Kriminellen bevorzugte Mittel zur Durchsetzung ihrer schädlichen Interessen. Gleichzeitig wird es den rechtschaffenen Zivilisten aber in den meisten Ländern verwehrt, sich durch den Gebrauch eines für die Selbstverteidigung gleichwertig brauchbaren Werkzeuges – der Schusswaffe – gegen Kriminelle zur Wehr zu setzen. Beispiele wie das der Schweiz, die eine sehr niedrige Kriminalitätsrate auf-

Tote durch Schusswaffen in Europa pro 100'000 Menschen



In Österreich und der Schweiz liegt die Waffenbesitzquote pro 100 Einwohner in etwa doppelt so hoch wie in Frankreich und Belgien. Die Anzahl der Waffentoten liegt in Frankreich und Belgien allerdings höher als in Österreich und der Schweiz. Die simple Gleichung «Mehr Waffen in Privatbesitz = Mehr Tote» geht so einfach nicht auf.

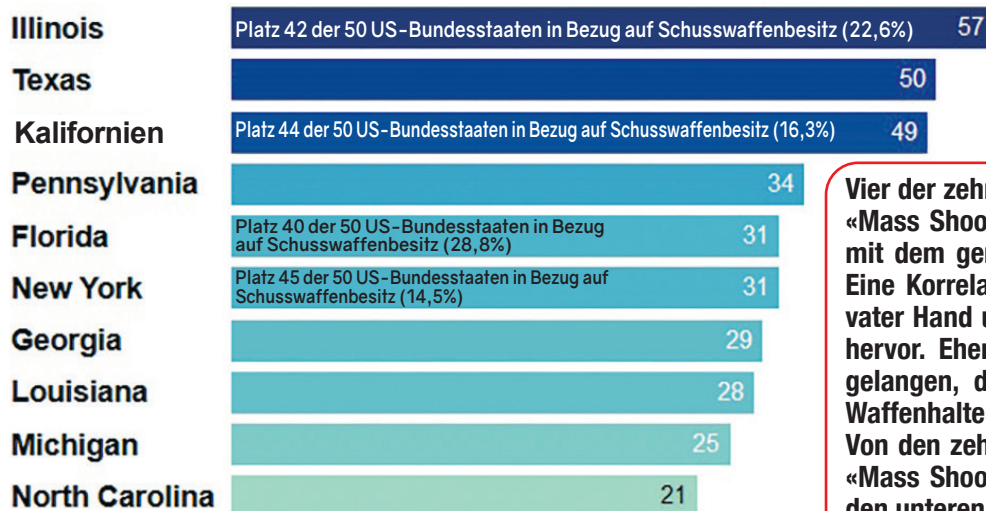
weist, obwohl die Zivilbevölkerung relativ leichten Zugriff auf Schusswaffen hat, sprechen für einen liberal(er)en Ansatz. Denn die Waffen befinden sich ohnehin bereits in

der Gesellschaft – nur ihre Verteilung wirkt, beispielsweise in Deutschland, zu Ungunsten der Bevölkerung. **(tk)**

Quellen:

- John R. Lott Jr., More Guns, Less Crime, The University of Chicago Press, Chicago, 2010, S.1
- de.statista.com, Fallentwicklung bei Straftaten unter Verwendung von Schusswaffen in Deutschland von 2017 bis 2022, 30.06.2023
- faz.net, Jeder kommt an eine Kalaschnikow, 26.01.2016
- destatis.de, Vollzeitäquivalent der Beschäftigten im Aufgabenbereich Polizei..., 04.08.2022
- sueddeutsche.de, Warten nach dem Notruf: Polizei braucht lange zum Einsatzort, 25.08.2020
- John R. Lott Jr., More Guns, Less Crime, The University of Chicago Press, Chicago, 2010, S.116
- dataunodc.un.org, Victims of intentional homicide, abgerufen am: 25.10.2023
- John R. Lott Jr., More Guns, Less Crime, The University of Chicago Press, Chicago, 2010, S.169
- youtube.com, Morgan and others debate gun violence, CNN, 20.12.2012
- John R. Lott Jr., More Guns, Less Crime, The University of Chicago Press, Chicago, 2010, S.251
- Ebenda, S.318
- Ebenda, S.306
- Ebenda, S.310
- Ebenda, S.315 f.
- Ebenda, S.315-318
- dataunodc.un.org, Victims of intentional homicide, abgerufen am: 25.10.2023
- John R. Lott Jr., More Guns, Less Crime, The University of Chicago Press, Chicago, 2010, S.5
- Ebenda, S.325
- Glenn Beck, Control, Threshold Editions, New York, 2013, S.103 f.
- John R. Lott Jr., More Guns, Less Crime, The University of Chicago Press, Chicago, 2010, S.303
- Ebenda, S.197
- Ebenda, S.9
- Ebenda, S.21
- Ebenda, S.334

Die zehn US-Bundesstaaten mit den meisten «Mass Shootings» (Schiesserei mit mehr als einem Verletzten oder Toten) im Jahr 2022



Quellen: worldpopulationreview.com, Mass Shootings by State, Juni 2023
wisevoter.com, Gun Ownership by State, abgerufen am: 26.09.2023

Ein empfehlenswertes YouTube-Video, das als Inspiration für diese und weitere Grafiken diente:
[youtube.com, GreenDayBoy2004, Sind die Waffen das Problem? SHLORTS#39](https://www.youtube.com/watch?v=SHLORTS#39),
11.05.2023

Vier der zehn US-Bundesstaaten mit den meisten «Mass Shootings» gehören zu den zehn Staaten mit dem geringsten prozentuellen Waffenbesitz. Eine Korrelation zwischen Schusswaffen in privater Hand und Waffengewalt geht hieraus nicht hervor. Eher könnte man zur Schlussfolgerung gelangen, dass in Bundesstaaten mit weniger Waffenhaltern mehr Schiessereien stattfinden. Von den zehn Bundesstaaten mit den wenigsten «Mass Shootings» befindet sich kein einziger in den unteren zehn Rängen des Waffenbesitzes. Im Gegenteil: Fast alle Bundesstaaten mit den wenigsten solcher Ereignisse bewegen sich im hohen Bereich des Waffenbesitzes.

Iceland is a gun-loving country with no shooting murders since 2007



NBC News am 28. Mai 2018: «Island ist ein waffenbegeistertes Land, in dem es seit 2007 keine Morde durch Schusswaffen gegeben hat»

Schiesstraining
ausserhalb
von Islands
Hauptstadt
Reykjavík

In Island haben über 90% der Bevölkerung keinen Migrationshintergrund. Könnte die relativ homogene Bevölkerung einer der Hauptgründe für den friedlichen Umgang mit den prozentual vielen Waffen in Privatbesitz sein? Schliesslich werden Morde nicht begangen, weil das entsprechende Werkzeug vorhanden ist, sondern weil die Motivation besteht. Erst dann wird die Mordwaffe als Werkzeug gewählt.

US-Bundesstaaten mit dem höchsten Prozentsatz weisser Amerikaner (2020)

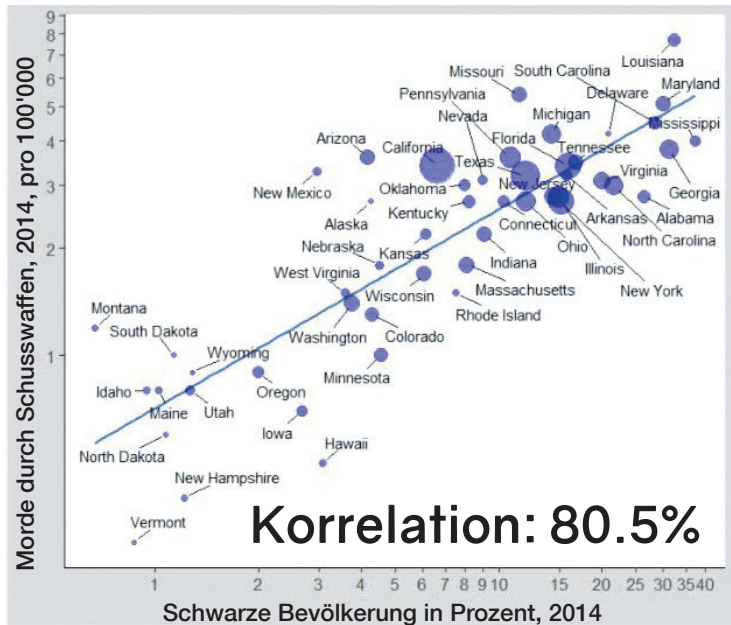
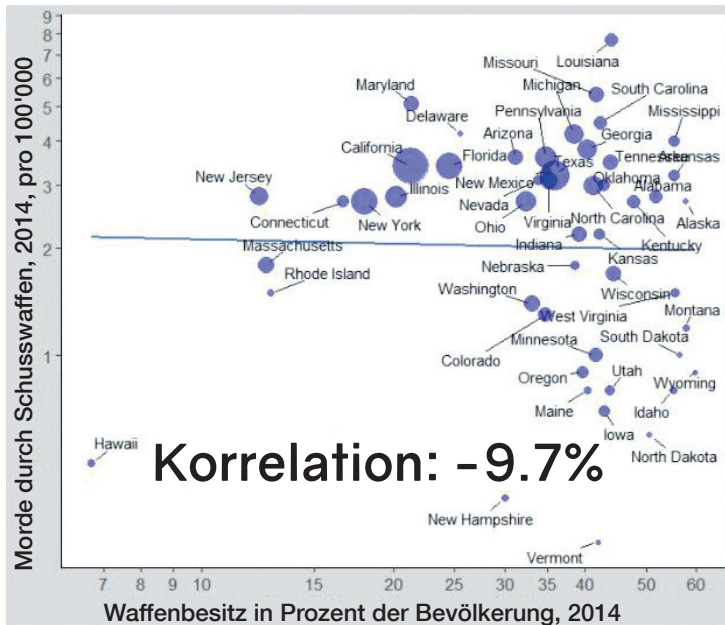
Vermont	95,6%
Maine	95,4%
West Virginia	94,4%
New Hampshire	93,7%
Wyoming	92,0%
Montana	90,9%
Idaho	90,2%
Iowa	89,8%

Die sichersten US-Bundesstaaten in Bezug auf «Mass Shootings» (Schiesserei mit mehr als einem Verletzten oder Toten) im Jahr 2022 (pro 100'000 Einwohner)

Massachusetts	0,23
South Dakota	0,22
Iowa	0,19
West Virginia	0,17
Oregon	0,17
Vermont	0,15
Utah	0,15
Maine	0,14

Eine Korrelation zwischen weissem Bevölkerungsanteil und einer geringen Anzahl von «Mass Shootings» ist erkennbar - im Gegensatz zu einer Korrelation zwischen erhöhtem Schusswaffenbesitz und «Mass Shootings». Man muss diese Zahlen nur mit dem grösseren Trend in den USA abgleichen: Waffengewalt ist dort ein afroamerikanisches und Latino-Gangproblem.

Quelle: worldpopulationreview.com, Mass Shootings by State, Juni 2023



Quellen: https://en.wikipedia.org/wiki/Firearm_death_rates_in_the_United_States_by_state
https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_U.S._states_and_territories_by_African-American_population
<https://www.thoughtco.com/gun-owners-percentage-of-state-populations-3325153>

Sind Besitzer legaler Schusswaffen verantwortlich für Waffenkriminalität? Das wollen uns Politik und Medien zumindest weismachen. Statistisch gesehen gibt es aber keinen Zusammenhang. Eine ganz andere Korrelation liegt hingegen deutlich vor: Schwarze (und auch Latinos) sind in den Kriminalitätsstatistiken stark überrepräsentiert - ein alltägliches Problem in US-Städten wie Detroit, Chicago, Los Angeles und vielen mehr.



Drei Polizisten hielten einen Bürger im Oktober 2023 davon ab, radikale «Klimakleber» von seinem Auto zu entfernen. Die Polizei führte den jungen Mann zu seiner Sitzblockade zurück, nachdem der Autofahrer ihn bereits weggezogen hatte.

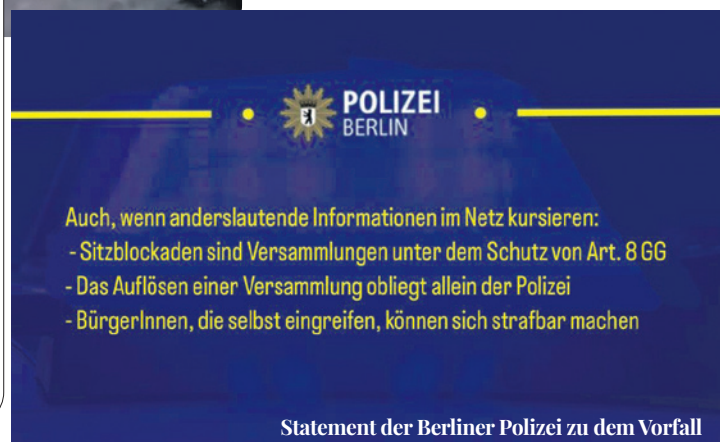


Süddeutsche Zeitung

«Die Berliner Polizei braucht nach einem Notruf zunehmend länger bis zum Erscheinen am Tat- oder Unfallort. Zwischen der Annahme des Notrufs und der Ankunft am Einsatzort lagen 2019 im Durchschnitt 23:32 Minuten. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Anfrage des Einzel-Abgeordneten Marcel Luthe (FDP) hervor.»

Die Süddeutsche Zeitung im August 2020

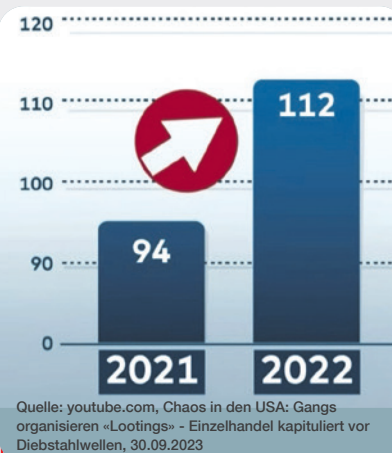
Quelle: sueddeutsche.de, Warten nach dem Notruf: Polizei braucht lange zum Einsatzort, 25.08.2020



Die Polizei gilt als «Freund und Helfer», der für «Recht und Ordnung» sorgt. Einerseits kann man sich im Falle der Klimakleber fragen, für wen genau die Polizei «Freund und Helfer» ist und was für sie «Ordnung» bedeutet. Andererseits scheint die Polizei auch in Notfällen - bspw. Gewaltverbrechen - unfähig zu sein, rechtzeitig als «Helfer» vor Ort zu sein. Liegt es nicht nahe, dass die Polizei selbst zivile «Freunde und Helfer» gebrauchen könnte, die im Gegensatz zu ihr rechtzeitig fähig sein könnten, «Recht und Ordnung» durchzusetzen?



Bei diesem rekordverdächtigen «Looting» (organisierter Raub) stürmten ca. 200 Plünderer einen Walmart in Philadelphia.



2021 wurden im US-Einzelhandel Waren im Wert von 94 Milliarden Dollar gestohlen. 2022 waren es schon 112 Milliarden.

Organisierte Plünderungen greifen in den USA immer mehr um sich - und das meist in urbanen Gegenden mit bereits verschärften Waffengesetzen. Das zwingt Einzelhandelsketten wie Target oder Walmart oftmals dazu, ihre Filialen wegen den Verlusten zu schliessen. Obwohl die meisten rechtschaffenen Amerikaner kein Problem damit hätten, die brandschatzenden Vandalen mit Schusswaffen fernzuhalten und diese zur Not auch gegen sie einzusetzen, werden die notwendigen Schritte zur Wiederherstellung der Ordnung nicht ergriffen.

GELÄUFIGER EINWAND GEGEN PRIVATEN WAFFENBESITZ

«Zivilisten brauchen überhaupt keine halb- oder vollautomatischen Schusswaffen.»

Die Kategorie der halbautomatischen Schusswaffen beinhaltet den Grossteil der modernen Schusswaffen, da es mittlerweile eine Selbstverständlichkeit ist, dass der Benutzer nicht nach jedem einzelnen Schuss manuell nachladen muss. Der österreichische Ingenieur Ferdinand Ritter von Mannlicher entwickelte bereits 1885 das weltweit erste halbautomatische Gewehr. ⁽¹⁾ Wenn heutzutage also von halbautomatischen Schusswaffen gesprochen wird, dann ist das, grob gesagt, als würde man beispielsweise immerzu von elektrischem Licht sprechen. Klar existieren auch nicht-automatische Waffen wie z.B. viele Schrotflinten, doch es ist eigentlich nicht mehr notwendig, diese sprachliche Abgrenzung vorzunehmen, da die halbautomatischen Waffen den Alltag dominieren. Dennoch verwenden die Befürworter schärferer Waffengesetze noch immer gebetsmühlenartig die letztlich kaum nötige Terminologie. Es stellt sich also die Frage: Geht es in Wirklichkeit um das Erwecken bestimmter Assoziationen, um bei der Allgemeinbevölkerung ablehnende Emotionen gegenüber diesen Waffen auszulösen und sie als Mordinstrument zu brandmarken?

Den wenigsten wird bewusst sein, dass die Kategorie der halbautomatischen Schusswaffen auch die meisten Pistolen miteinschliesst. Die Masse denkt beim Begriff «halbautomatisch» an schweres Gerät, das sie aus Filmen als Maschinen- bzw. Sturmgewehre kennt. Und das, obwohl es sich dabei häufig um vollautomatische Waffen handelt, die gar nicht in diese Kategorie fallen. Wird die Kategorie der halbautomatischen Schusswaffen in der öffentlichen Diskussion also wirklich lediglich zur

Abgrenzung von voll- und nicht-automatischen Schusswaffen verwendet? Oder erfüllt der Begriff «halbautomatisch» abseits von der korrekten technischen Beschreibung einen weiteren, viel gewichtigeren Zweck? Das Verbot halbautomatischer Schusswaffen ist letztendlich nahezu gleichzusetzen mit dem Verbot von Schusswaffen, wenn diese vom technischen Stand her nicht im vorletzten Jahrhundert stehengeblieben sind. Auffällig ist auch, dass vollautomatische Schusswaffen meist nur im Zusammenhang mit der Debatte um deren Privatbesitz als «Kriegswaffen» bezeichnet werden. Wenn bspw. über die Ausstattung von ganz normalen Streifenpolizisten gesprochen wird, ist nicht die Rede von «Kriegswaffen». Dass die Polizei im Rahmen ihrer Aufgabe, Ordnung unter den Bürgern zu schaffen, einen Krieg führe, wäre als Konnotation sehr unvorteilhaft.

Verteidigung gegen den Mob

Der offensichtlichste Grund für halbautomatische Schusswaffen ist schlicht und ergreifend die Selbstverteidigung: Ob Pfefferspray, Messer oder die blanken Fäuste - all diese Möglichkeiten bergen ein ungemein viel höheres Risiko, selbst verletzt zu werden oder die Situation noch weiter zu eskalieren. Sie sind einer Schusswaffe somit meilenweit unterlegen und als Selbstverteidigungswerkzeug unzureichend. Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit gewalttätigen Ausschreitungen wie den «Black Lives Matter»-Protesten der letzten Jahre von Relevanz. Dort wurden ganze Nachbarschaften und Strassenzüge verwüstet. Plünderer und Einbrecher brandschatzten und konnten

bisweilen nur durch Schusswaffen davon abgehalten werden, Anwohner der betroffenen Gebiete auszurauben, zu verletzen oder zu töten. Der Fall des damals 17-jährigen Kyle Rittenhouse erlangte internationale Bekanntheit, da er von seiner Mordanklage freigesprochen wurde, nachdem er sich während einer Ausschreitung in seinem Wohnviertel mithilfe seines halbautomatischen Gewehrs gegen gewalttätige Demonstranten zur Wehr setzte, wobei zwei Menschen tödlich verletzt wurden. Rittenhouse hätte ohne seine Schusswaffe keine Chance auf Selbstverteidigung gegen den aufgebrachten Mob gehabt und wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit selbst zu Tode gekommen. ⁽²⁾ Der Fall macht deutlich, dass kriminelle Banden nur dann effektiv abgewehrt werden können, wenn man selbst mindestens gleichermassen bewaffnet ist. Solche kriminellen Gruppierungen, aber auch Einzeltäter, haben insbesondere nach Naturkatastrophen oder im Falle von Stromausfällen - letztlich in jeder Situation, bei der die gesellschaftliche Ordnung nicht mehr gewährleistet ist und sich die Menschen (erst recht) nicht mehr auf die Hilfe der Polizei

verlassen können - leichtes Spiel; insbesondere dann, wenn Zivilisten keine Schusswaffen zu ihrer Verteidigung nutzen können. So stieg beispielsweise durch die Auswirkungen des Hurricane Katrina im Jahr 2005 die Kriminalität in Louisiana sprunghaft an. Zu guter Letzt: Der hauptsächliche Grund, warum die US-Verfassung um den Zweiten Zusatzartikel ergänzt wurde, ist die Verteidigungsfähigkeit der Bürger gegenüber einer tyrannischen Regierung. Ohne die entsprechenden Mittel ist die Bevölkerung dem Staatsapparat schutzlos ausgeliefert, sobald dieser sich dazu entscheidet, die Polizeikräfte oder das Militär gegen die Untertanen einzusetzen, wie es die Bevölkerungen Chinas, Russlands, Kambodschas etc. mit Millionen Toten schmerzlich erfahren mussten. Das absolute Minimum an probaten Mitteln müssen halbautomatische Schusswaffen sein! (tk)

Quellen:

1. en.wikipedia.org, Semi-automatic firearm, abgerufen am: 22.10.2023
2. reuters.com, Kyle Rittenhouse found not guilty of all charges in Wisconsin murder trial, 20.11.2021



Foto: Number 10 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:The_Prime_Minister_is_interviewed_by_Piers_Morgan_\(cropped2\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:The_Prime_Minister_is_interviewed_by_Piers_Morgan_(cropped2).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

„«Warum braucht irgendjemand in Amerika, der nicht Teil des Militärs oder der Polizeikräfte ist, eine halbautomatische Waffe, die hunderte Schüsse innerhalb weniger Minuten abfeuern und unschuldige Amerikaner abschlachten kann?»

Der CNN-Moderator Piers Morgan am 17. Dezember 2012

Quelle: Glenn Beck, Control, Threshold Editions, New York, 2013, S.50



Das passiert bei restriktiven Schusswaffengesetzen: In den 12 Monaten von Juni 2018 bis Juni 2019 gab es in England und Wales eine Rekordzahl von 44'000 Messerstraf-taten. Als Tropfen auf den heißen Stein wurden Hunderte von Bars und Pubs im Londoner Finanzdistrikt mit medizinischer Ausrüstung zur Behandlung massiver Blutungen ausgestattet. Das Motto lautet: Schadensbegrenzung statt Prävention.



Foto: Pinguino Kolb (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Stephen_King,_Comicon.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

„«Halbautomatische [Waffen] haben nur zwei Zwecke. Einer ist, dass ihre Besitzer sie von Zeit zu Zeit zum Schiessstand bringen, «yeehaw» schreien können und sich am Schnellfeuer und dem Dampf aufteilen, der aus dem Lauf aufsteigt. Ihr anderer Zweck - ihr einzig anderer Zweck - ist, Leute umzubringen.»

Der Roman-Autor Stephen King

Quelle: Stephen King, Guns, Philtrum Press, 2013, Kapitel 6

„«Die rund 34'000 Beamten der Londoner Polizei sind nicht routinemässig bewaffnet, nur wenige gut ausgebildete dürfen eine Waffe tragen.»

n-tv am 24. September 2023

Quelle: n-tv.de, Aus Protest gegen Mordanklage Londoner Polizisten geben Waffenscheine ab, 24.09.2023

Das ist auch der Grund, warum diverse Videos im Netz kursieren, in denen selbst sechs, acht oder zehn Londoner Polizisten einen einzigen Messerschwinger nicht unter Kontrolle bekommen. Die Beamten können, wenn überhaupt, Schlagstöcke und Taser einsetzen.



Auch mit liberalen Waffengesetzen kümmert sich jeder halbwegs intelligente Kriminelle darum, eine Waffe zu nutzen, die nicht per Seriennummer auf ihn zurückgeführt werden kann. Der Weg der meisten Kriminellen ist nicht, in einen Laden zu spazieren und eine Waffe zu erwerben, die auf sie läuft. Normalerweise ist die Schusswaffe eines Kriminellen auf einen anderen Namen registriert (oft, weil sie geklaut wurde) oder ein Spezialmodell ohne Seriennummer. Den Weg hin zum Waffenbesitz durch legalen Kauf zu erschweren, bedeutet, einen Weg zu blockieren, den Kriminelle sowieso kaum gehen - gleichzeitig ist es der einzige Weg, den gesetzestreue Bürger haben, sich ein effizientes Werkzeug zur Selbstverteidigung zu beschaffen.



Auf einen Blick

❶ Das deutsche Waffengesetz gestaltet sich unnötig kompliziert und restriktiv. Selbstverteidigung mit einer Schusswaffe ist für normale Zivilisten praktisch unmöglich.

❷ Das Anliegen der Notwehr wird im deutschen Waffenrecht behandelt, als existiere es nicht. Als «persönliches Bedürfnis» zum Besitzen von Schusswaffen gelten nur Gründe wie z.B. Schiesssport oder Brauchtumpflege.

❸ Trotz der bereits erdrückenden Reglementierung schreitet die Entwaffnung weiter voran: Zum Beispiel wird die Prüfung der «Zuverlässigkeit» allmählich an bestimmte politische Positionen geknüpft. Unter anderem stehen Pläne im Raum, AfD-Mitgliedern ihre Waffenbesitzkarten zu entziehen.

❹ Das Gewaltmonopol nimmt dem deutschen Bürger fast jedes Recht zur Selbstverteidigung. Da praktisch nur der Staat Gewalt zur Durchsetzung von Recht und Ordnung anwenden kann, sollte er das wenigstens effektiv tun. Doch die Exekutive erfüllt ihren Anspruch, für Sicherheit zu sorgen, längst nicht mehr. Es bilden sich immer mehr «No-Go-Zonen», in denen der Deutsche zu Freiwild im eigenen Land geworden ist.

Deutschlands Entwaffnung: Selbstverteidigung verboten

von Frank Hannig

Jahrhundertlang hallte der Ruf «Zu den Waffen!» durch europäische Städte, wenn Feinde drohten und der Bürger zum Schutz seiner Heimat aufgerufen war. Sehr anschaulich und lebendig in der historischen Erinnerung des deutschen Volkes ist der Sieg über die Napoleonische Invasion 1813. Sowohl das Leipziger Völkerschlacht-Denkmal als auch viele Lieder und Gedichte künden davon, so z.B. das Lied von Hauptmann Lützow, welcher sein Regiment aus Jägern, Förstern und Gendarmen rekrutierte – im Wesentlichen also aus Bürgern, die besonders gut mit Waffen umgehen konnten. Oder die Geschichte der Bewohner von Kolberg, die ihre Stadt ohne reguläre Soldaten von 1806 bis 1807 erfolgreich mit einer «Bürgerwehr» verteidigten. Seit vielen hundert Jahren war es also Bürgerrecht und Bürgerpflicht, im Krisenfall zu den Waffen zu eilen und Volk und Land zu verteidigen. In Deutschlands erster bürgerlichen Revolution stritten die Vordenker um allgemeine Waffenrechte und verbanden diese sogar mit dem Wahlrecht. «Wer den Krieg zu beschliessen das Recht haben will, der muss ihn auch zu führen im Stande sein», erklärte der liberale Staatsrechtler Carl Theodor Welcker 1838.⁽¹⁾ Eine klare Ansage. Nicht der König oder die Regierung sollten über Krieg und Frieden entscheiden, sondern der bewaffnete Bürger, der den Krieg der Obrigkeit am Ende des Tages auch austragen musste. Was diesem Bürger aber auch möglich gewesen ist: Er konnte einen solchen Krieg mit Waffengewalt boykottieren oder gar gegen die Obrigkeit umkehren. Ein Drahtseilakt für die Regierenden.

Was nicht verboten ist, ist erlaubt

In einer freiheitlichen Demokratie sollte erlaubt sein, was nicht ausdrücklich verboten ist. Die Bundesrepublik Deutschland ist



Das Leipziger Völkerschlacht-Denkmal erinnert an eine lange vergangene Zeit, in der das deutsche Volk noch wehrhaft war.

Foto: Frank Vincentz (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Leipzig_-_An_der_Tabaksm%C3%BChle_-_V%C3%B6lkerschlachtdenkmal_07_ies.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

nach ihrem Grundgesetz eine solche freiheitliche Demokratie. Laut diesem darf die Freiheit gesetzlich eingeschränkt werden, wenn angemessen, erforderlich, verhältnismässig und zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung notwendig. Der Grundsatz lautet also: Jeder darf machen, was er will, solange es nicht aus gutem Grund verboten ist. Freiheit, Unversehrtheit und Eigentum geniessen besonderen Schutz. Wer Münzen oder Waffen sammeln will, wer joggen oder schiessen will, der darf das. Was er nicht darf: jemanden (oder dessen Eigentum) beim Joggen oder Schiessen vorsätzlich schädigen. Das ist verboten und diese Verbote finden sich in den Strafgesetzen wieder. Eigentlich simpel, oder?

Bei besonders gefährlichen Angelegenheiten greift der Gesetzgeber jedoch stärker in die Freiheitsrechte ein als bei anderen: Hierzu zählen unter anderem Betäubungsmittel, der Strassenverkehr und Waffen. Das

Grundgesetz (GG) sagt also: Jeder hat die Freiheit, zu schiessen und Waffen zu besitzen. Zum besonderen Schutz der Allgemeinheit sagt gleichzeitig das Waffengesetz (WaffG), dass derjenige «sachkundig» sein und dies nachweisen muss. Zudem muss er «zuverlässig» sein und – das ist eine Besonderheit – er muss dem Staat das «persönliche Bedürfnis» für den Waffenbesitz nachweisen. Nach dem Willen des Gesetzgebers kann dieses Bedürfnis absurderweise fast alles ausser Selbstverteidigung sein: Jagd, handwerkliche Interessen, Handel, Sammelleidenschaft, Schiesssport oder Brauchtumpflege. Die Notwehr – eines der seit Urzeiten wichtigsten Grundbedürfnisse des Menschen – wird behandelt, als existiere es nicht – und das trotz der Tatsache, dass der Deutsche durch kulturfremde Masseneinwanderung längst zu Freiwild im eigenen Land geworden ist.

Entziehung der «Zuverlässigkeit»

Beleuchten wir die Merkmale für den legalen Waffenbesitz, stellt sich ausserdem heraus, dass einer von drei Punkten gar nicht nach- oder beweisbar ist – und zwar die Zuverlässigkeit! Die Sachkunde lässt sich durch eine Prüfung nachweisen. Ein Bedürfnis weise ich z.B. durch eine Vereinsmitgliedschaft oder einen Jagdschein nach. Und die Zuverlässigkeit? Die unterliegt der Beurteilung anderer, nämlich einer Behörde, also dem Staat. Ein Staat, der vor allem am Selbsterhalt und gleichzeitig allzu oft an der Durchsetzung eigener, vom Volkswillen abweichender Bestrebungen interessiert ist, entscheidet also über eine mögliche Bewaffnung des eigenen Volkes. Unter anderem über diesen Trick setzt die schleichende Entwaffnung der Deutschen ein – allerdings nicht auf der Basis von Fakten. «Seit 2020 müssen sich Waffenbehörden bei neuen Anträgen und bei Folgeüberprüfungen von Waffenbesitzern beim Verfassungsschutz erkundigen, ob es sich bei den Betroffenen um Extremisten handelt. Bei Mitgliedern einer verfassungsfeindlichen Vereinigung ist laut Gesetz «von einer waffenrechtlichen Unzuverlässigkeit auszugehen», **auch wenn diese nicht verboten ist.** Damit soll verhindert werden, dass Extremistinnen und Extremisten legal an Waffen kommen», hiess es am 06. Juli 2022 beim MDR. ^(a) Eine brandgefährliche Tendenz: Überlässt man dem Verfassungsschutz, welcher der AfD-Jugendorganisation «Junge Alternative» im April 2023 eine «gesichert rechtsextremistische Bestrebung» attestiert hat ^(a), das letzte Wort über die «Zuverlässigkeit» von Waffenbesitzern, öffnet man dem politischen Missbrauch Tür und Tor. Denn während der Verfassungsschutz weiterhin keinen Anlass sieht, die «Letzte Generation» als «extremistisch» einzustufen ^(a), mussten in den vergangenen Jahren in 59 Fällen sogenannte «Reichsbürger» ihre Waffen abgeben. ^(b) Wenn eine politisch tendenziöse Organisation ohne rechtsstaatliches Korrektiv definiert, was ein «Reichsbürger» ist und was ihn zum «nicht zuverlässigen» «Extremisten» macht, übertritt man die Schwelle zur Willkürjustiz – besonders dann, wenn der Verfassungsschutz sogar nicht verbotene Organisationen als «extremistisch» klassifizieren darf.

Mal wieder kein Zusammenhang

Ein Blick in die Geschichte: 1971 gab es in Deutschland ca. fünf Millionen legale Schusswaffen, während Schusswaffen in 1740 Fällen zum Begehen von Straftaten missbraucht wurden. Im Jahr 2022 war die Zahl der legalen Schusswaffen mehr oder

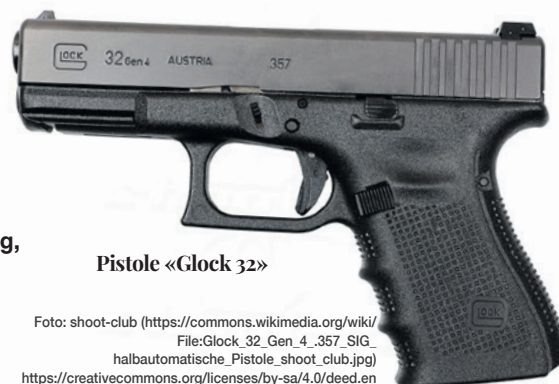
Bedingungen zum Erwerb einer halbautomatischen Schusswaffe in Deutschland

Älter als 18 Jahre

Zuverlässig und geeignet (im Normalfall z.B. nicht drogenabhängig oder vorbestraft, mittlerweile leider auch politische Faktoren, siehe Haupttext)

Bedürfnis (nicht Selbstverteidigung, sondern z.B. Sportschütze, Jäger oder Sachverständiger)

Sachkundigkeit (Nachweis durch Waffensachkundeprüfung)



Pistole «Glock 32»

Foto: shoot-club (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Glock_32_Gen_4_357_SIG_halfautomatic_Pistole_shoot_club.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

Der Besitz einer bestimmten Anzahl von Schusswaffen wird einem auf Antrag und nach Erfüllung dieser Bedingungen durch eine Waffenbesitzkarte genehmigt. Das öffentliche Führen benötigt darüber hinaus aber einen sog. Waffenschein. In der Praxis erhalten Zivilisten letzteren jedoch nur, wenn sie z.B. als Sicherheitspersonal bei Geldtransportunternehmen oder ähnlichen Firmen arbeiten. Sportschützen oder Jäger sind nicht zum Führen, nur zum Transport der Waffen zum Schützenverein oder zum Jagdrevier, berechtigt. Das Tragen von Schusswaffen zum Zweck der Selbstverteidigung ist in Deutschland für Zivilisten praktisch ausnahmslos verboten. Ein Armutszeugnis!

minder gleich, doch wurden nun ganze 8500 der zuvor genannten Straftaten verzeichnet. Wie kann das sein? Eine Verfünfachung der Straftaten bei nahezu gleicher Anzahl legaler Schusswaffen lässt nur einen Schluss zu: Die Anzahl legaler Schusswaffen steht in keinem direkten Zusammenhang zur Anzahl von Straftaten mit Schusswaffen. Im Jahr 2015 wurden beispielsweise 470 Schusswaffen an Tatorten von Verbrechen in Deutschland festgestellt. Drei Viertel davon waren aber erlaubnisfreie Waffen, also Gas-, Alarm- oder Luftdruckwaffen. Der Rest waren erlaubnispflichtige Schusswaffen, von denen nur fünf Prozent offiziell registriert – also legal – waren. Das sind nach Adam Riese in etwa sechs. ^(b) Mehr noch: 1972 schätzte das BKA die Anzahl illegaler Waffen in Privatbesitz auf ca. 30 Millionen. Heute veranschlagen verschiedene Institute sowie die Gewerkschaft der Polizei die Anzahl der im Umlauf befindlichen illegalen Schusswaffen auf ca. 20 Millionen. Wenn also nur etwa 1% der Straftaten mit legalen erlaubnispflichtigen Schusswaffen begangen werden (alle anderen waren illegale oder nicht erlaubnispflichtige Schusswaffen wie Gaspistolen), warum dann immer wieder die Forderungen nach einem schärferen Waffenrecht, welches nur die ca. ein Prozent an legalen erlaubnispflichtigen Schusswaffen umfasst? Angst vor mehr Kriminalität ist es sicher nicht. Schutz der Bevölkerung ist es auch nicht. Höchstwahrscheinlich ist es die nackte Angst der Regierenden vor einem wehrhaften Volk.

Das Gespenst der Angst

Was nämlich alle Regierungen dieser Welt eint, ist die Angst vor dem Verlust der eigenen Macht. Eine Opposition, die so stark wird, dass man ihr ernsthaft einen Sieg zutraut, gefährdet die Position der aktuellen Herrscher. Wie soll eine Regierung das Verbot einer Opposition durchsetzen, wenn dahinter ein nicht geringer Anteil wehrhafter Bürger steht? Das Ergebnis dieser Angst sehen wir heute offenbar in einer deutlichen verfassungs- und rechtswidrigen Ausprägung: Es bahnt sich an, dass den Mitgliedern (und irgendwann wohl auch den Sympathisanten) der AfD der Besitz von Waffen verboten wird – einer legalen, im Bundestag vertretenen und aktuell von mehr als 20 Prozent der deutschen Wähler demokratisch legitimierten Partei! So heisst es nämlich: «Der Thüringer Innenminister möchte allen AfD-Mitgliedern die Waffenbesitzkarten entziehen.» ^(c) Das ist eines Rechtsstaates unwürdig, weil das Waffenrecht besagt, dass, «wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit begründen», eine waffenrechtliche Erlaubnis nicht erteilt bzw. wieder entzogen wird. Eine politische Meinung (Art. 5 GG) ist aber keine solche «Tatsache». Eine verfassungsmässig garantierte Parteizugehörigkeit (Art. 21 GG) ist ebenfalls keine derartige «Tatsache». Die Teilnahme an Parteitag, Versammlungen und Demonstrationen (Art. 12 GG) ist auch





In Deutschland bereits vollständig verboten: Nunchakus, verschiedene Messertypen, Schlagringe und Wurfsterne. Diese Waffen darf man weder besitzen noch erwerben oder herstellen. Ihr Führen gilt nicht bloss als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftat. Deutschland fährt mit einer langen Liste von sehr strengen Regeln auf, an die sich kein echter Verbrecher je gehalten hat.

➔ keine «Tatsache». Der Versuch, das Recht zum privaten Waffenbesitz an eine politische Meinung oder Parteizugehörigkeit zu binden, ist also nicht rechtsstaatlich. Dennoch werden bereits erste Schritte hin zur AfD-Entwaffnung in die Wege geleitet: Nachdem dem Thüringer AfD-Landesverband durch die sogenannten Sicherheitsbehörden 2021 eine «erwiesen rechtsextremistische Bestrebung» attestiert wurde, wurden sämtliche Thüringer WBK/Waffenbesitzerlaubnis-Inhaber mit Blick auf eine etwaige AfD-Zugehörigkeit überprüft, indem sie Post von den Waffenbehörden erhielten.⁽⁷⁾

Nackt unter Wölfen

In Deutschland gilt, dass der Staat das Gewaltmonopol innehat. Nur er darf Gewalt zur Durchsetzung von Recht und

Ordnung anwenden; den Bürgern selbst ist das nahezu vollständig verwehrt. Das Gewaltmonopol des Staates setzt aber das Vermögen desselben voraus, dieses auch durchzusetzen. In Deutschland bröckelt dieser Anspruch: Es gibt bereits Gebiete, in denen die Staatsmacht längst nicht mehr das Sagen hat. Und nein, das sind nicht die sächsischen Kleinstädte, in denen AfD-Anhänger oder Querdenker montags gegen die Politik demonstrieren. Wie längst in Frankreich und neuerdings selbst in Schweden sind es die von arabischen Familienclassen beherrschten Gebiete wie im Ruhrpott und in Berlin. In von der Drogenmafia unter sich aufgeteilten Bezirken wie am Frankfurter Bahnhof oder in von der Antifa beherrschten Stadtteilen wie dem Berliner Kreuzberg oder dem Leipziger Connewitz herrscht nicht mehr das Gewaltmonopol des Staates, sondern die

Macht des Faktischen! Und das im Übrigen nicht mit ordnungsgemäss registrierten Schusswaffen (wie bereits beschrieben). Als langjähriger Strafverteidiger kräuselt sich mir vor Lachen die Anwaltsrobe, wenn ich mir vorstelle, dass die Antifa-Schlägertrupps von Lina E. und die kriminellen Cousins des Remmo-Clans einträchtig nebeneinander im «Sachkundelehrgang Waffenbesitz Teil 1» sitzen und anschliessend eine WBK (Waffenbesitzkarte) beim Ordnungsamt beantragen.

Nein, diejenigen, die sich bewusst nicht an das Gesetz halten, bestimmen zunehmend die Spielregeln im Alltag auf der Strasse und in den Städten des Landes. Im Mittelalter «war die Stadt des Okzidents ein Wehrverband der Bürger. Es war Bürgerpflicht die Stadtfreiheit zu verteidigen», schrieb Werner Freitag in seiner Einladung zum 52. Deutschen Historikertag in Münster 2018. Unser heutiger Zeitgeist formt aber Schwächlinge. Die Ablehnung von jeglicher Gewalt, das Verbannen von kriegerischem Spielzeug aus den Kinderzimmern, antiautoritäre Erziehung und der Versuch, den Wettbewerbsgedanken nicht nur aus den Schulen und Büros, sondern gar aus dem Sport zu entfernen (bei den Bundesjugendspielen bekommt mittlerweile jedes Kind einen Pokal, egal ob es sportlich erfolgreich war oder nicht), schafft eine weichgespülte Generation. Diese Generation trifft auf gleichaltrige Zuwanderer aus den ärmsten Gegenden der Welt, die den Überlebenskampf auf brutalste Weise gewöhnt sind. Sie führen ihre Auseinandersetzungen eiskalt und darwinistisch: Der Stärkere gewinnt.

Der entwaffnete und brave Bürger wird nach dem Gewaltmonopol des Staates rufen und beim Warten auf den Streifenwagen aber längst ermordet, vergewaltigt, verprügelt oder/und ausgeraubt sein. Die neue Generation weiss nicht, wie man sich selbst geschweige denn die öffentliche Ordnung verteidigt. Und die Generation der «alten weissen Männer», der «Patrioten» und «Wutbürger», der «Querdenker» und «Verteidiger des Abendlandes»? Auch die haben, bewaffnet oder nicht, Angst vor staatlicher Verfolgung, weil das Notwehr- und Notstandsrecht so kompliziert und voller Fallstricke ist, dass man im Falle einer gewaltsamen Selbstverteidigung seinen Rechtsanwalt am besten noch vor dem Rettungswagen anrufen muss.

Tabu Zivilcourage

Der Normalbürger steckt in Sachen Sicherheit also in einem Dilemma. Auf der einen Seite häufen sich Messermorde, Ver-

HANNIG. Recht

zwischen Recht & Medien

Hannig. Recht recherchiert und berichtet frei und unabhängig. Dafür brauchen wir Eure Unterstützung!

Wer dabei helfen möchte, richtet seine Zuwendung bitte an:

Hannig Consulting GmbH

IBAN: DE79 8505 0300 0221 2735 30

Betreff: Zuwendung



www.hannig-recht.de

Besitz erlaubt, Führen verboten



Bestimmte Klappmesser



Teleskopschlagstock

Das deutsche Waffenrecht ist überaus restriktiv und geht weit über eine bloße Reglementierung von Schusswaffen hinaus: Z.B. ist der Erwerb und Besitz von Teleskopschlagstöcken oder Klappmessern, welche einhändig zu öffnen sind und eine feststellbare Klinge besitzen, in Deutschland ab 18 Jahren erlaubt, damit in der Öffentlichkeit herumzulaufen allerdings nicht. Im Allgemeinen ist es nur Leuten mit «berechtigtem Interesse» gestattet, solche Stich-, Schlag- und Stosswaffen auch zu führen. Unter «berechtigtes Interesse» fällt normalerweise «Sport, Berufsausübung und Brauchtumpflege» - Selbstverteidigung steht nicht zur Debatte. Um die Absurdität der Situation zu verdeutlichen: Man kann einen Teleskopschlagstock ohne Probleme erwerben und damit in einem Sportverein trainieren gehen, um auf den «wahrscheinlichen Fall» vorbereitet zu sein, im eigenen Wohnzimmer auf einen aggressiven Angreifer zu treffen. Spaziert man mit ihm allerdings durch Problemviertel wie Duisburg-Marxloh oder Berlin-Neukölln, wo wirkliche Gefahr droht, bricht man das Gesetz.

Quelle: youtube.com, Der Schattenmacher, Waffenrecht und Selbstverteidigung, 29.03.2017

gewalttätigen, Überfälle und Strassenraub und auf der anderen Seite stehen der Staat, die Polizei, die Justiz. Der Staat als Instanz rechtfertigt sich dadurch, für Recht und Ordnung zu sorgen, wozu zweifellos auch die Sicherheit der Bürger gehört. Jedoch scheint die Exekutive immer weniger willens oder imstande, diese Sicherheit zu garantieren, und die Justiz findet allerhand Gründe, Gewaltverbrecher, die eigentlich zum Schutze der Gesellschaft weggesperrt oder des Landes verwiesen gehören, auf Bewährung freizusprechen, in die Psychiatrie einzuweisen oder mit lächerlich niedrigen Haft- oder Geldstrafen zu versehen. Der Deutsche sieht sich der Gewaltkriminalität schutzlos ausgesetzt. Selbst pazifistisch erzogen, im Glauben, jeder Konflikt könne durch «miteinander reden» gelöst werden und an den «Klügeren» appellierend, der im Zweifel nachzugeben habe, besitzt er die perfekte Opfermentalität. Er ist daher meist auch nicht fähig, Gefahr zu sehen, richtig einzuschätzen oder gar effektiv wehrhaft zu sein. Kindern wird statt jener Wehrhaftigkeit beigebracht, im Falle der Not nach Erwachsenen zu rufen. Der erwachsene Bürger hat dies verinnerlicht und so ruft auch er nach «Erwachsenen», nämlich nach der Polizei. Zivilcourage galt lange Zeit als ehren- und tugendhaft. Die Moderne sieht Helden aber ungern. Situ-

ationen, die vor allem in Grossstädten und besonders an Brennpunkten beinahe zum Alltag gehören, können bei Gegenwehr innerhalb von Sekunden zu potenziell tödlichen Extremsituationen werden. Eine Zigarette, Geld oder ein Smartphone nicht rauszurücken, eine sexuelle Belästigung oder gar Vergewaltigung nicht zuzulassen, respektloses, asoziales Verhalten nicht hinzunehmen, kann blitzschnell zu einem gezeckten Messer und damit zu einer tödlichen Gefahr werden - auf Zivilcourage anderer ist kein Verlass. Gegenwehr muss entsprechend so effektiv sein, dass der Angreifer daraufhin nicht mehr fähig ist, «jetzt erst recht» auf sein Opfer loszugehen. Es gilt, so hart zu treffen, dass die 20 Minuten Wartezeit auf die Polizei nicht zum lebensgefährlichen Kampf werden. Das Problem: Die Chance, dass die Klientel, die insbesondere seit 2015 die Vorzüge des deutschen Steuergeldes genießt, nach einem Schlag die Flucht ergreift oder sich gar ergibt, liegt zu niedrig, um das Risiko einzugehen. Doch nicht nur das: Eine solche Gegenwehr bedeutet für den Bürger, selbst schon mindestens mit einem Fuss im Gefängnis zu stehen. Am 14. Februar 2016 titelte der Focus: «Zu stark zugeschlagen? Für Zivilcourage bestraft: 22-Jähriger wegen Körperverletzung verurteilt». ⁽⁸⁾ Im Artikel heisst es über den Tatverlauf: «Er

kam einem Prügelopfer zu Hilfe und brach einem Angreifer den Kiefer. Dafür wurde ein 22-Jähriger vor dem Amtsgericht Ludwigsburg verurteilt.» Jene Gegenwehr, die im Zweifel nötig ist, um Gefahr abzuwenden, ist also auch so gut wie verboten. Wer sich oder andere verteidigen will, muss entsprechend zuerst das Strafgesetzbuch wälzen. Wer auf Nummer Sicher gehen will, lässt das Verbrechen über sich ergehen - so scheint es der Staat zu wollen. Die rechtliche Situation in Kombination mit pazifistischer Erziehung hin zur absoluten Wehrlosigkeit trägt dann Blüten wie diese: «Was als Camping-Abend begann, endete im Horror: Ein Unbekannter hat in Bonn ein Paar mit einem Messer bedroht und die 23-jährige Frau im Beisein ihres Freundes vergewaltigt.» ⁽⁹⁾

DDR 2.0

Ein liberales Waffenrecht, das im Gegensatz zum gegenwärtigen restriktiven Recht die Waffen nicht nur in den Händen von Polizei und Verbrechern lässt, sondern sie dem an Sicherheit interessierten Bürger gewährt, würde besagte Situationen sofort entschärfen. Weder werden Angriffe motiviert (momentan sind Menschen mit hoher Wahrscheinlichkeit leichte, schutz-



→ lose Beute), noch ist verletzend oder tödliche Gegenwehr nötig, da eine gezogene, geladene Waffe an sich schon ausreichend Signalwirkung hat, um einen Angriff abubrechen, die Flucht zu ergreifen oder sich sogar zu ergeben. Eine Waffe erlaubt es selbst physisch Schwachen, Verbrecher in Schach zu halten. Im modernen Deutschland ist jedoch weder dies noch sonstige realistische Wehrhaftigkeit erlaubt.

In der DDR gab es nahezu keinen privaten Waffenbesitz. Lediglich Honeckers Jagdkumpen – oder netter formuliert: Personen, die sich für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands verdient gemacht hatten – durften Jagdwaffen besitzen. Lediglich 10'886 der insgesamt ca. 17 Mio. DDR-Bürger besaßen 1989 eine private Waffe, die aber in der Regel nicht zu Hause aufbewahrt werden durfte.⁽¹⁰⁾ Es wäre gar nicht nötig, ein Freiheitsrecht wie den privaten Waffenbesitz zu beschränken, wenn die Regierenden vor ihrem eigenen Volk keine Angst haben müssten. Je weiter sich die «Volksvertreter» aber von den Bürgern und deren Interessen entfernen, desto mehr müssen sie fürchten, dass sich die aufgestaute Wut gegen sie richtet. Denn dieses Schicksal ereilte in der Geschichte über kurz oder lang alle Tyrannen. «Aux Armes, Citoyens!» (Zu den Waffen, Bürger), heisst es in der französischen Nationalhymne. Aus triftigen Gründen, nehme ich an. (fh)



Frank Hannig

(*1970 in Halle (Saale)) ist Jurist, YouTuber und Blogger. Unter der Marke «Hannig.Recht» berichtet er täglich über aktuelle Themen und bewegt sich dabei zwischen Recht und Medien.

Quellen:

1. Ute Frevert, Die kasernierte Nation, C.H. Beck, 2001, S.159
2. mdr.de, Innenministerium will AfD-Mitgliedern in Thüringen Waffen entziehen, 06.07.2022
3. tagesschau.de, AfD-Jugendorganisation erwiesen rechtsextremistisch, 26.04.2023
4. tagesschau.de, «Letzte Generation» bisher «nicht extremistisch», 15.03.2023
5. veko-online.de, Die Geschichte des deutschen Waffengesetzes, abgerufen am: 26.10.2023
6. mdr.de, AfD-Mitgliedschaft und Waffentzug: Warten auf das Bundesverwaltungsgericht, 26.05.2023
7. mdr.de, Waffentzug von AfD-Mitgliedern: Verfassungsrechtler sieht Vorstoß auf «juristisch sicheren Beinen», 07.07.2022
8. focus.de, Zu stark zugeschlagen? - Für Zivilcourage bestraft: 22-Jähriger wegen Körperverletzung verurteilt, 14.02.2016
9. stern.de, Vergewaltigung vor Augen des Freundes: Polizei sucht diesen Verdächtigen, 03.04.2017
10. bpb.de, Die Jagd gehört dem Volke, 21.05.2019

GELÄUFIGER EINWAND GEGEN PRIVATEN WAFFENBESITZ

«Wenn Kriminelle in das Haus eindringen, hat man sowieso nicht genügend Zeit, die Waffe zu erreichen, wenn sie nicht gerade geladen unter dem Kopfkissen liegt.»

Es gibt genügend Möglichkeiten, die Waffe in der Nähe des Bettes auf eine Weise zu lagern, dass eine realistische Möglichkeit besteht, sie im Falle eines Einbruches rechtzeitig zu erreichen und zu verwenden – selbst wenn der Einbrecher sich bereits in nächster Nähe befindet. Das gilt natürlich nicht nur für das Schlafzimmer, sondern für das gesamte Haus bzw. Grundstück. Zumal eines bedacht werden sollte: Die Alternative wäre, das Telefon zu ergreifen und die Polizei zu rufen – und es gibt durchaus Menschen, die ihr Smartphone prinzipiell nicht direkt auf den Nachttisch oder neben sich legen, selbst wenn sie wissen, dass es im Falle eines Einbruches erst einmal geholt werden müsste, um einen Notruf absetzen zu können. Dann muss der Dialog mit der Polizei geführt werden. Das verursacht sicherlich eine auffälliger Geräuschkulisse als das Laden und Entsichern einer Pistole – und bis die Polizisten eintreffen, vergehen mindestens mehrere Minuten, in denen man unbewaffnet und ängstlich verharren und sich seinem Schicksal hingeben muss. Welche Option erscheint vor diesem Hintergrund wohl als diejenige, die die Wahrscheinlichkeit vergrößert, einen bewaffneten Raubüberfall unbeschadet zu überstehen? (tk)

Schusswaffen in Deutschland



Brauchen wir eine Verschärfung des Waffenrechts?

deutschlandfunk.de,
26.03.2023

Nach "Reichsbürger"-Razzia
Politik fordert wieder schärferes
Waffenrecht

zdf.de, 23.03.2023



Innenministerkonferenz in Berlin

BW-Minister Strobl fordert schärferes Waffenrecht in Deutschland

swr.de, 14.06.2023



Grüne wollen das Waffenrecht deutlich verschärfen

rnd.de, 17.10.2019



Experte fordert komplette Erneuerung des Waffengesetzes

mdr.de, 20.03.2023



Eine Verschärfung des Waffenrechts bedeutet mehr Sicherheit für alle

badische-zeitung.de,
12.03.2023

Bei jeder Gelegenheit werden Politiker, Journalisten oder «Experten» ins Feld geführt, die eine Verschärfung des deutschen Waffenrechts fordern. Dabei hat Deutschland bereits eines der striktesten Waffengesetze weltweit – doch angeblich nicht strikt genug.



Mehr Sicherheit durch weniger Waffen

Fast die direkte Antithese zu John Lotts Studie «Mehr Waffen, weniger Kriminalität» (siehe S.17)

In Deutschland gibt es über fünf Millionen legale Waffen. Jedes Jahr sterben Menschen auch durch legale Waffen, beim Hantieren mit ihnen oder durch Straftaten. Diese reichen von häuslicher Gewalt über Amokläufe bis hin zu extremistischen Attentaten. Solche Straftaten werden nicht unbedingt durch die berechtigten Legalwaffenbesitzer*innen begangen, sondern auch durch Menschen, die sich rechtswidrig Zugang zu diesen Waffen verschaffen, weil sie über entsprechende Zugänge, zum Beispiel im gemeinsamen Haushalt, verfügen. Um ein valides Bild über die Dimensionen und Ursachen solcher Straftaten zu erhalten, braucht es eine verbesserte kriminalstatistische Erfassung. Es muss dokumentiert werden, ob eine Straftat mit einer legalen oder illegalen Schusswaffe begangen wurde, ob es bei der Tat auch zu einer Schussabgabe kam und ob die oder der Tatverdächtige berechtigt war, die Waffe zu besitzen oder nicht. Jeder Mensch, der durch eine Waffe stirbt, ist einer zu viel. Deshalb wollen wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen – außer für Jäger*innen, die ohne diese Waffen ihre Aufgaben nicht erfüllen können – schrittweise beenden. Auch im Bereich des Schießsports setzen wir uns im Dialog mit Sportschütz*innen für die Umstellung auf nichttödliche Schusswaffen ein.

Auszug aus dem Parteiprogramm der Grünen zum Bundestags-Wahlkampf 2021

Immerhin reden die Grünen nicht um den heißen Brei herum: Sie wollen die «Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen» für die Zivilbevölkerung nicht etwa nur einschränken, das ausdrückliche Endziel lautet, sie zu «beenden». Das könnte sogar Gaspistolen, Armbrüste und Bögen mit einschliessen.

Foto: GeorgHH (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hamburg_Schild_Waffenverbot_Spielplatz_004.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>



Waffenverbotszone in Hamburg St. Pauli. Pistolen, Baseballschläger, Pfefferspray und Messer sind verboten. Zwar gelten für diese Waffen sowieso schon strenge Regeln, diese werden in einer Waffenverbotszone aber nochmals verschärft.

Waffenverbotszonen in Deutschland verbieten sogar das letzte legale halbwegs effektive Mittel für Frauen, sich gegen sexuelle Gewalt zu Wehr zu setzen: das Pfefferspray. Den Durchschnittsmörder oder -vergewaltiger wird es keine Bohne interessieren, ob es nun ein Gesetz gibt, welches das Tragen von Waffen an öffentlichen Orten verbietet.



Leser der Zeitschrift «illu der Frau» erhielten in Ausgabe 4/2019 unter der Rubrik «Gesund & fit» Tipps zur Versorgung von Stichwunden. Während Deutschland den USA in Sachen Schusswaffendelikte weit hinterherhinkt, steigt die Gewaltkriminalität mit Messern von Jahr zu Jahr rasant.

Leipziger Eisenbahnstraße

Mann (19) in Waffenverbotszone niedergestochen

Bild

bild.de, 02.06.2022

Ein Messer in einer Waffenverbotszone. Wie ist das denn möglich? Ein Riss in der Matrix? Oder geht die Gleichung «Messer-Verbot = Keine Messerdelikte mehr» einfach nicht auf?

Die Grünen: Heute geschlossen gegen Waffenbesitz, in den 80ern für die Legalisierung von Pädophilie!

Foto: Bündnis 90/
Die Grünen Bundes-
tagsfraktion ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Cem_%C3%96zdemir_MdB_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Cem_%C3%96zdemir_MdB_(cropped).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>



„Auch hierzulande müssten Schusswaffen in Privathaushalten verboten werden, sagte Özdemir der <Berliner Zeitung>.“

Welt-Online 2012 über den Grünen-Politiker Cem Özdemir, heute Landwirtschaftsminister

Quelle: welt.de, Grüne wollen Deutschen Schusswaffen verbieten, 17.12.2012



Foto: PantheraLeo1359531 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Claudia_Roth_spricht_beim_Jahresempfang_der_Gr%C3%BCnen_in_Hof_20200307_14.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

„Die tödlichen Knarren müssen endlich raus aus den Privatwohnungen, weil sie ein echtes Sicherheitsrisiko sind.“

Claudia Roth, heute Staatsministerin für Kultur und Medien, im Jahr 2012

Quelle: spiegel.de, Schüsse in Memmingen: Die Macht der Waffennarren, 23.05.2012

Foto: Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen from Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-i-_i_\(46386395575\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-i-_i_(46386395575).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>



„Wir teilen die Ansicht der EU-Kommission, dass halbautomatische Waffen eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben von Menschen bedeuten.“

Sven Giegold, heute Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, im Jahr 2015

Quelle: sven-giegold.de, Revision der EU-Waffenrechts-Richtlinie, 10.12.2015



In den Parteiprogrammen der Grünen fand sich wiederholt die Forderung nach einer De-facto-Legalisierung der Pädophilie, was wir in unserer **Doppelausgabe 53/54** tiefer ergründen.



Amira Mohamed Ali @Amira_... · 30.09.19 ...
Ich wünsche mir mal einen **#Innenminister**, der nicht **#Migration**, sondern die Bewaffnung der rechtsextremen Szene als "Mutter aller Probleme" erklärt. Weniger **#CSU**-**#Populismus**, dafür mehr **#Schutz** vor **#Rechtsextremismus**. **#fcknzs** **#seehofer**

Die ehemalige Linken-Politikerin Amira Mohamed Ali, die das «Bündnis Sahra Wagenknecht» mitgründete, auf Twitter.



Foto: Olaf Simons (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Four_chef%27s_knives_and_an_paring_knife.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

Das deutsche Waffenrecht gestaltet sich zum Haare-Raufen kompliziert. Küchen-, Brot- und auch Teppichmesser können unter das Waffengesetz fallen, müssen es aber nicht. Man kann heute noch als Minderjähriger in einen Supermarkt spazieren und sich ein 20 Zentimeter langes Messer zum Zwiebeln-Schneiden kaufen. Wenn der Hersteller dasselbe Messer allerdings als neuesten Schrei unter den Kampfmessern bewirbt, muss man für seinen Erwerb das achtzehnte Lebensjahr überschritten haben.

Quelle: youtube.com, Der Schattenmacher, Waffenrecht und Selbstverteidigung, 29.03.2017

GELÄUFIGER EINWAND GEGEN PRIVATEN WAFFENBESITZ

«Schusswaffen sind - im Gegensatz zu Waffen anderer Art - ein viel effektiveres und effizienteres Werkzeug, um Menschen Schaden zuzufügen, nicht zuletzt, weil sie die Distanz zwischen Angreifer und Opfer überwinden können. Daher müssen sie verboten werden.»

Die eingehende Feststellung ist selbstverständlich korrekt - nicht jedoch die daraus abgeleitete Forderung. Denn: Erstens eignen sie sich gerade deshalb viel besser (als bspw. eine Hieb- oder Stichwaffe) zu Verteidigungszwecken in den Händen friedfertiger Bürger. Zweitens hindert ein Verbot Kriminelle nicht an der (illegalen) Beschaffung, weshalb das Argument hinfällig ist, dass man durch den Besitz zu einer Verschlechterung der gesellschaftlichen Lage beitragen würde anstatt zu einer Verbesserung. Und selbst wenn all dem nicht so wäre und scheinbar alles für ein Verbot spräche, um Konfliktsituationen zwischen Bürgern zu entschärfen, bleibt immer noch dieser Aspekt: Die Bevölkerung profitiert von der Möglichkeit, sich effektiv und effizient gegen eine tyrannische Regierung (oder eine invasive Fremdmacht) wehren zu können. Ist das Machtungleichgewicht zu gross, so sind die Bürger gänzlich der Willkür einer ihnen feindlichen Kraft unterworfen. (tk)

FOCUS

Nicht nur Duisburg betroffen

No-Go-Areas in Deutschland: In diese Viertel traut sich selbst die Polizei nicht

focus.de, 22.08.2015

Ein zwiespältiges Bild: Die Polizei informiert den Bürger, er habe sich bei kriminellen Angriffen direkt an sie zu wenden, da sie seine unmittelbare Sicherheit gewährleisten könne. Gleichzeitig wird es immer offenkundiger, dass die Polizei über bestimmte migrantisch dominierte Stadtviertel längst die Kontrolle verloren hat.



ZDF
@ZDF

Viele haben das Gefühl, das Leben in [#Deutschland](#) wird immer gefährlicher. Dabei ist es in unserem Land so sicher wie lange nicht mehr. Woher kommt die Kluft zwischen echter und gefühlter Bedrohung? [#Sicherheit](#)



Das ZDF 2019 auf Twitter

Angesichts der eskalierenden Ausschreitungen in deutschen Grossstädten bezüglich des Israel-Gaza-Konflikts ist kaum noch zu übersehen, dass der Bürger vom Staatsfernsehen in falscher Sicherheit gewogen wurde.

Verdächtiger im Fall Lübcke

Süddeutsche Zeitung

Spur in den Schützenverein

17. Juni 2019, 21:04 Uhr

Nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 wurde kommuniziert, der Täter Stephan E., welcher keine legalen Waffen besass, habe mehrfach auf einem Schiessstand als Gast-schütze den Umgang mit scharfen Waffen trainiert. Es wirkte wie ein Versuch, die in Deutschland bisher noch legalen Besuche bei Schützenvereinen zu kriminalisieren. Hier können Laien sich mit dem Benutzen einer Schusswaffe vertraut machen, ohne dabei vom Staat durchleuchtet zu werden. Wie sich herausstellte, war Stephan E. jedoch lediglich als Bogenschütze in einem Verein aktiv. Erfahrungen mit der Tatwaffe (einem Revolver) hatte E. dort nicht gesammelt.



Walter Lübcke

Foto: Regierungspräsidium Kassel (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bild_Dr_Walter_L%C3%BCcke.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

60 000 Schuss Munition verschwunden



„Unglaubliche Schlamperei“ bei der Bundeswehr

bild.de, 17.07.2020

Wenn der Staat das Monopol auf Waffenbesitz hat, garantiert dies ganz und gar nicht, dass er verantwortungsvoll mit diesem Monopol umgehen wird.



Festnahme von Heinrich XIII. Prinz Reuß, der an Plänen eines gewaltsamen Umsturzes in der Bundesrepublik durch eine Gruppe sogenannter Reichsbürger beteiligt gewesen sein soll.



Nancy Faeser
@NancyFaeser

Wir wehren uns mit aller Härte gegen Verfassungsfeinde. Wir stärken die Demokratie von innen. Dafür werden wir

- am Mittwoch mit Lisa Paus (@BMFSFJ) das [#Demokratieförderungsgesetz](#) vorlegen,
- Extremisten schneller aus dem Staatsdienst entfernen
- das Waffenrecht verschärfen.

Innenministerin Nancy Faeser am 12. Dezember 2022, kurz nach der Razzia, auf Twitter

Am 07. Dezember 2022 wurden 25 Mitglieder einer mutmasslich «rechtsextremen Terrorgruppe» verhaftet, denen vorgeworfen wird, sie hätten in Deutschland einen «Staatsstreich» anführen wollen. Die Gruppe mit dem Namen «Patriotische Union» soll vorgehabt haben, in der BRD wieder eine monarchistische Regierung in der Tradition des Deutschen Reichs zu errichten. Nachdem 3000 Polizei- und Spezialkräfte 150 Orte in ganz Deutschland durchsucht hatten, fand man nicht viel mehr Waffen, als man sie wohl bei 150 Zufallsbesuchen in deutschen Immobilien aufgefunden hätte. Es handelte sich um einige Dutzend Jagdgewehre und Pistolen, dazu Armbrüste und Schreckschusswaffen - der Grossteil war dabei im Besitz einer als Waffenhändler tätigen Person. 2016 scheiterten in der Türkei selbst mit modernstem Kriegsgerät bewaffnete Militärs bei ihrem Putschversuch. Die 25 verhafteten Deutschen waren alle im oder nahe dem Rentenalter. Es fällt also schwer, das dazu aufgestellte Polizei- und Presseaufgebot nicht als absurd zu bewerten. Warum wird nicht gegen die bis auf die Zähne bewaffneten Grossfamilien in Bezirken wie Duisburg-Marxloh oder Altenessen mit dieser Vehemenz vorgegangen?



Taurus-Lieferung an die Ukraine

spiegel.de, 02.10.2023



Die Ukraine braucht Waffen, nicht nur symbolische Unterstützung

Ein Gastbeitrag von Fabian Hoffmann

tagesschau¹

Außenministerin Baerbock in Kiew

"Es braucht Waffen mit Reichweite"

Stand: 11.09.2023 21:10 Uhr

Neue Zürcher Zeitung

KOMMENTAR

Wie könnte das Blutvergiessen in der Ukraine enden? Waffen bewirken mehr als westliches Wunschdenken

nzz.ch, 05.05.2023

Neue Militärhilfen nötig

rnd RedaktionsNetzwerk Deutschland

Vor dem Nato-Gipfel: Welche Waffen braucht die Ukraine jetzt dringend?

rnd.de, 08.07.2023

Man kommt sich doch leicht vergraut vor, wenn unsere Politik von immer grösseren und schwereren Waffen für die Ukraine schwärmt, während die sowieso schon fast inexistenten Wehrhaftigkeit für den normalen Bürger ihrer totalen Abschaffung entgegensteuert. Im Fall der Ukraine lautet die Devise dann doch, dass sich ein Angegriffener mit maximaler Waffengewalt zu verteidigen habe.

„Im Juli 2022 vergewaltigt ein betrunkenen Syrer eine 15-Jährige in Osnabrück. An diesem Freitag fiel das Urteil: Bewährung. Die Begründung des Gerichts: Der Mann sei auf dem Weg ein normaler Mitbürger zu werden und das Mädchen bekomme so wenigstens Schmerzensgeld.“

Focus-Online im März 2023

Quelle: focus.de, Bewährung für Syrer nach Vergewaltigung..., 04.03.2023

Es spreche laut dem Gericht für den Angeklagten, dass der 30-Jährige, der 2015 aus Syrien nach Deutschland geflüchtet war, eine Wohnung und demnächst auch einen Job habe. Wohnung und Arbeitsplatz in Aussicht zu haben rechtfertigt der deutschen Justiz nach also eine Vergewaltigung? Kann so jeder mit Apartment und Job ohne Konsequenzen vergewaltigen? Oder gilt diese spezielle Auslegung des Grundgesetzes nur für Neuankömmlinge?

„Seit Wochen berichten kalifornische TV-Sender aufgeregt über Ladendiebe, die seelenruhig Diebesgut einheimsen und Supermärkte und Drogerien verlassen, ohne aufgehalten zu werden. Die New York Times berichtet gar über eine Epidemie der Ladendiebstähle. Eine Mitschuld, so folgern die Berichte, trage ein Gesetz namens Prop 47 aus dem Jahr 2014. Damals wurde unter anderem die Grenze angehoben, wegen der ein Ladendiebstahl als Verbrechen behandelt wird. Bei einem Diebesgut im Wert bis zu 950 Dollar können nicht gewalttätige und nicht vorbestrafte Täter damit rechnen, nicht gleich ins Gefängnis zu müssen. Manche Leute kalkulierten deswegen genau, um Waren im Wert von 949 Dollar zu stehlen, erklärt beispielsweise William Scott, Polizeichef in San Francisco, dem TV Sender NBC.“

Der Hessische Rundfunk im Dezember 2021

Quelle: hr-inforadio.de, Ein Paradies für Kleinkriminelle? Ladendiebstähle sorgen für Debatte in Kalifornien, 01.12.2021

Fall erschüttert Deutschland



Afghane vergewaltigt 11-Jährige - keine Haft!

bild.de, 19.07.2022

Urteil in Regensburg

Mohammad M. vergewaltigt Mädchen und kommt frei: „Im Prinzip voll integriert“

focus.de, 03.08.2023

Münchner Merkur

Vergewaltigung: Junger Mann zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt

merkur.de, 17.01.2022

Die Verschärfung von Strafen ist allzu oft Teil des Problems und nicht der Lösung. Dennoch gilt festzustellen, dass die westliche Justiz ultimativeres Chaos schürt, wenn sie auf der einen Seite rechtschaffene Bürger, wie z.B. legale Waffenbesitzer, kriminalisiert und auf der anderen Seite wahrhaftige Verbrechen wie Mord, Diebstahl oder Vergewaltigung nicht mit der nötigen Härte - um nicht zu sagen: so gut wie gar nicht - verfolgt.

Nach den Silvesterkrawallen

SPIEGEL

Faerer will Zugang zu Schreckschusswaffen erschweren

In der Silvesternacht wurden offenbar zahlreiche Schreckschusswaffen abgefeuert. Für Innenministerin Faerer sind die Geräte »kein harmloses Instrument«. Künftig sollen sie nicht mehr ohne Erlaubnis erhältlich sein.

spiegel.de, 06.01.2023

„Immer mehr Menschen erwerben erlaubnisfreie Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen und beantragen zusätzlich den Kleinen Waffenschein, um solche Waffen führen zu dürfen. Das ist eine beunruhigende Entwicklung, die wir eindämmen möchten.“

Marcel Emmerich, Bundestagsabgeordneter und Waffenrechtsexperte der Grünen, im Februar 2023 auf Facebook
Quelle: facebook.com, Marcel Emmerich, 13.02.2023



Foto: Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Marcel_Emmerich_November_2014.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>



Pfefferspray

Regi51 (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pfefferspray-2.jpg>) https://en.wikipedia.org/wiki/Creative_Commons



Schreckschusspistole



Elektroschocker für Thüringer Justizvollzug?

Taser-Einsatz grausam und ungeeignet.

„Auf einer Schmerzskala von eins bis zehn ist das eine Neun, vielleicht sogar eine Zehn.“

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

#WirMachensGerecht
www.die-linke-thl.de



Elektroschocker

Nicht mal in den Händen der Polizei will die Thüringer Linke Elektroschocker sehen.

Wer in Deutschland auf der Strasse angegriffen wird, hat auf legale Weise wenig Verteidigungsmöglichkeiten durch Waffen. Elektroschocker (nur Kontaktgerät) und Pfefferspray dürfen meist noch ohne Extra-Erlaubnis geführt werden, für das Führen einer Schreckschusswaffe benötigt man einen kleinen Waffenschein. Selbst diesen Minimal-Optionen versucht die Politik allerdings das Wasser abzugraben.

DIE ZEIT

„Die Randalierer sind ausgestattet mit allem, was man finden kann, um zu zerstören: Stuhlbeine, Stangen, Besenstiele.“

Zeit-Online über aggressive Jugendgangs in London
Quelle: zeit.de, Krawalle in Großbritannien, 11.08.2011

Islamistischer Hintergrund?

rnd RedaktionsNetzwerk Deutschland

Mann verletzt in Nürnberg drei Polizisten mit abgebrochener Glasflasche

rnd.de, 19.07.2023

t-online.de

In Berlin-Dahlem

Mann will Botschaftsmitarbeiter angreifen – mit Stuhlbein

t-online.de, 23.11.2023

Stühle verbieten? Glasflaschen verbieten? Besen verbieten? In den Händen eines gewaltbereiten Kriminellen kann nahezu alles als Waffe dienen. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Die Gefahr resultiert daraus, wer »die Waffe« mit welcher Motivation in der Hand hält. Der Bürger ist gegen eine Schusswaffe in den falschen Händen so wehrlos wie gegen eine abgebrochene Bierflasche, die hinterrücks gegen ihn eingesetzt wird. Eine Schusswaffe gäbe ihm immerhin eine sehr realistische Chance, den Angriff abzuwenden – allein durch die abschreckende Wirkung.

GELÄUFIGER EINWAND GEGEN PRIVATEN WAFFENBESITZ**«Polizisten und Soldaten sind im Gegensatz zu zivilen Privatpersonen gut trainierte Profis im Umgang mit Schusswaffen, weshalb letztere nur in die Hände der Staatsbeamten gehören.»**

Aufgrund der realen Zerstörungskraft, die Schusswaffen innewohnt, ist es mit Sicherheit empfehlenswert, den korrekten Umgang mit ihnen zu erlernen und regelmässig zu trainieren. Neben der verbesserten Effizienz und Treffsicherheit, die der Schütze dadurch erwirbt, können so auch Unfälle vermieden werden. Allerdings ist es ein Trugschluss anzunehmen, dass nur die staatlichen Sicherheitskräfte - seien es Polizisten oder Soldaten - den korrekten Umgang mit ihrer Schusswaffe erlernen können und (regelmässige) Schiesstrainings durchführen. Gemäss einer nationalen Umfrage aus dem Jahr 2015 haben 61%, also mehr als die Hälfte der Schusswaffenbesitzer in den USA auf eigene Kosten eine formale Schulung über den sicheren Schusswaffengebrauch absolviert - und das, obwohl es keine landesweiten Gesetze gibt, die entsprechende Schulungen verpflichtend vorschreiben! Viele weitere haben entsprechende Informationen von Freunden oder Familienmitgliedern eingeholt, um einen sicheren Umgang mit der Waffe zu gewährleisten. ⁽¹⁾ Falls es tatsächlich stimmt, dass die Mitglieder vieler Polizeibehörden in den USA lediglich zwei Mal im Jahr Schiesstrainings durchführen, dann mögen etliche Zivilisten dort sogar mehr praktische Expertise vorzuweisen haben als die vermeintlichen Profis. ⁽²⁾ Das Interesse an verantwortlicher Handhabung einer Schusswaffe ist also offensichtlich auch bei Privatpersonen vorhanden und nicht ausschliesslich auf staatlich Bedienstete beschränkt. Personen, die sich selbst und ihr Umfeld vor Straftätern schützen wollen, sind keine hasserfüllten und blutrünstigen Monster, sondern wenden Gewalt nur im äussersten Notfall und zum Zwecke der Verteidigung an, wenn es keinen anderen Ausweg aus der Situation gibt. Aus demselben Grund gehen in den wenigsten Fällen Individuen, die in einem Kampfsportverein oder Selbstverteidigungskurs ihre Fähigkeit zur Selbst-Verteidigung trainieren, wahllos auf andere los oder provozieren Auseinandersetzungen. Ihnen ist der Schaden, den sie durch ihre erworbene «Bewaffnung» anrichten können, durchaus bewusst, weshalb sie zumeist entsprechend verantwortungsvoll handeln - im Gegensatz zu

jenen, denen dieses Risikobewusstsein aufgrund der nicht vorhandenen Trainingserfahrung fehlt.

Falsche Sicherheit

Es ist erstaunlich, dass viele Bürger kritiklos damit einverstanden sind, selbst auf eine Bewaffnung zu verzichten, während ihre Regierung ihre eigenen Truppen mit Schusswaffen ausrüstet, welche theoretisch jederzeit auch gegen die Bevölkerung eingesetzt werden können - letztlich basierend auf dem Versprechen oder der Annahme, dass diese Schusswaffen nur im Kampf gegen «Gesetzesbrecher» zum Einsatz kommen. Dabei wird aber oft ausser Acht gelassen, dass Gesetze «bei Bedarf» geändert werden können und somit niemand vor staatlicher Willkür wirklich sicher ist. Denn auch wer sich heute noch als gesetzestreuer Bürger wähnt, kann morgen schon zum Verbrecher erklärt werden - das zeigen allen voran die zahlreichen sozialistischen Regime der Vergangenheit und Gegenwart.

Ein Aspekt, der in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben soll, ist die Tatsache, dass Bürger, die bspw. in Deutschland ihren Wehrdienst leisten, den professionellen Umgang mit der Schusswaffe erlernen und somit in die Lage versetzt werden, auch im Privatleben sicher und verantwortungsbewusst eine Schusswaffe zu führen. Dennoch ist ihnen dies zu Zwecken der Selbstverteidigung hierzulande grundsätzlich strikt verboten, sobald der Wehrdienst beendet wurde. Auch sie dürfen Waffen nur im Rahmen der Jagd, der Brauchtumpflege oder des Sportschiessens am Mann tragen, solange sie nicht einen der vernachlässigbar seltenen Ausnahmefälle personifizieren. (tk)

Quellen:

1. rand.org, The Effects of Firearm Safety Training Requirements, 10.01.2023
2. police1.com, Police firearms training: How often should you be shooting?, 11.08.2017

» «Die Anti-Waffen-Politiker werden von Leuten mit Schusswaffen geschützt [...], wenn sie die Bühne betreten. Sie prangern das Übel der Waffen an und sagen, dass wir sie alle abschaffen sollten. Dann verlassen sie die Bühne und werden sofort wieder von diesen guten Typen mit Schusswaffen geschützt. Sie sind Lügner und Heuchler. In dem Moment, in dem wir anfangen, unsere Unschuldigen [Kinder] mit Waffen so zu schützen, wie wir die Politiker schützen, werden Sie sehen, dass die Massenschiessereien völlig verschwinden. So einfach ist das.»

John Lovell, ehemaliger Elitesoldat und Betreiber des reichweitenstarken YouTube-Kanals «Warrior Poet Society», 09. Juni 2023

Quelle: youtube.com, Trip ANTI GUNNERS with THIS ONE QUESTION | JLS EP014, 09.06.2023





„«Wir bringen Gesetze ein, um ein nationales Verbot des Besitzes von Faustfeuerwaffen zu implementieren. Danach wird es nicht mehr möglich sein, Faustfeuerwaffen zu kaufen, zu verkaufen, zu transportieren oder zu importieren.»»

Kanadas Premierminister Justin Trudeau im Mai 2022

Quelle: youtube.com, PM Trudeau outlines new gun-control bill that would implement national handgun freeze - May 30, 2022

„«Fidel Castro war ein überlebensgrosser Führer, der seinem Volk fast ein halbes Jahrhundert lang diente. Als legendärer Revolutionär und Redner sorgte er für bedeutende Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitswesen seines Inselstaates. Obwohl er eine umstrittene Figur war, erkannten sowohl seine Anhänger als auch seine Gegner seine enorme Hingabe und Liebe für das kubanische Volk an, das eine tiefe und dauerhafte Zuneigung zu «el Comandante» hegte. Ich weiss, dass mein Vater sehr stolz war, ihn als Freund zu bezeichnen, und ich hatte die Gelegenheit, Fidel zu treffen, als mein Vater starb. Es war auch eine grosse Ehre, seine drei Söhne und seinen Bruder, Präsident Raúl Castro, während meines jüngsten Besuchs in Kuba zu treffen.»»

Kanadas Premier Justin Trudeau in einem Statement zum Tod von Fidel Castro

Quelle: pm.gc.ca, Statement by the Prime Minister of Canada on the death of former Cuban President Fidel Castro, 26.11.2016



Justin Trudeaus Mutter Margaret lässt Fidel Castro ihren jüngsten Sohn Michel halten, Staatsbesuch im Jahr 1976.

Gesagt, getan: Kanadas landesweites Verbot des Kaufs, Verkaufs und Transfers von Faustfeuerwaffen (z.B. Pistolen) trat ab Oktober 2022 in Kraft. Der von Maggie und Justin Trudeau bewunderte Kommunistenführer Fidel Castro führte ebenso eine Politik der Entwaffnung der Zivilbevölkerung in Kuba durch, nachdem die Revolution von 1959 die Batista-Regierung gestürzt hatte - natürlich nicht, um sein Volk zu schützen, sondern zur Unterdrückung von politischem Dissens.



Rodney Knowles posiert mit dem Taschenmesser, das in seinem Handschuhfach gefunden wurde.

Daily Mail

Caravanner, 61, prosecuted for having Swiss Army knife in his glove box... to cut up fruit on picnics

Die britische Daily Mail titelt am 15. April 2010: «Wohnwagenfahrer, 61, wird angeklagt, weil er ein Schweizer Taschenmesser in seinem Handschuhfach hatte... um beim Picknick Obst zu schneiden»

Ein Akt des Heldenmuts der britischen Polizei, will man zynisch kommentieren: Rodney Knowles, 61, hatte das Schweizer Armee-messer benutzt, um bei Picknicks mit seiner Frau Obst zu schneiden. Bei einer gewöhnlichen Polizeikontrolle wurde das Messer in seinem Handschuhfach gefunden. Knowles wurde wegen des Besitzes des Messers angeklagt, da bereits das öffentliche Führen einer «Angriffswaffe» in Grossbritannien illegal ist. Die «tödliche Waffe» wurde ihm weggenommen und er musste 40 Pfund Strafe zahlen. «Jetzt habe ich zum ersten Mal in meinem Leben ein Vorstrafenregister», beschwerte sich Knowles zurecht.

Quelle: dailymail.co.uk, Caravanner, 61, prosecuted for having Swiss Army knife in his glove box... to cut up fruit on picnics, 15.04.2010



Auf einen Blick

► Durch das mediale Narrativ vermehrt stattfindender «Amokläufe» von bewaffneten Zivilisten wird der Bürger propagandistisch bearbeitet, um auf Waffen in Privathand zu verzichten. Doch es gibt gute Gründe, die Authentizität dieser «Ereignisse» allgemein in Frage zu stellen.

► In sehr vielen dieser «Vorfälle» treten wiederholt suspekte Muster auf: Harmlose Jugendliche/Hänflinge/Rentner/unsportliche Normalbürger, meist ohne kriminelle Vorgeschichte und zeitaufwändige Ausbildung, morden mit der Professionalität eines Sonderkommandos und sind oft auch dementsprechend ausgerüstet. Den sogenannten «Tätern» fehlt immer wieder das Motiv, die Kaltblütigkeit und vor allem die Fähigkeit, derlei Massaker überhaupt anzurichten.

► Zeugen, die mehrere Täter gesehen haben wollen, obwohl Medien und Behörden von einem «Einzeltäter» sprechen, sind bei diesen «Amokläufen» regelmässig vorhanden. Allerdings werden sie von den Ermittlungsbehörden ignoriert.

► In anders gearteten Fällen wie der «Amoktat» von Sandy Hook im Jahr 2012 sprechen einige Indizien sogar dafür, dass in Wahrheit nie ein Schuss abgefeuert wurde. Die Sandy-Hook-Grundschule war möglicherweise nicht mal in Betrieb und zahlreiche offiziell kommunizierte Informationen wirken mehr als unglaublich.

Das Geheimnis der Amokschützen

von Gerhard Wisniewski

Die Welt ist geschockt, entsetzt, fassungslos. Politiker und Medien überschlagen sich in einer Mischung aus Hysterie und Heuchelei. Mal wieder handelt es sich um einen Einzeltäter, der wie wild um sich geschossen und mehrere Menschen dabei in den Tod gerissen hat. Da starrt man erst einmal wie benommen auf den Fernseher, fühlt sich hilflos und ängstlich. Und schon kommt die rettende Botschaft aus dem TV-Kasten: Waffengesetze verschärfen! Waffengesetze verschärfen! Waffengesetze verschärfen! Spätestens seit dem Columbine-Massaker anno 1999 läuft eine globale Kampagne zur Entwaffnung der Bevölkerung. Der Bürger wird in regelmässigen Abständen nach Schema F propagandistisch bearbeitet, um auf Waffen in Privathand zu verzichten. Nicht zufällig geschehen diese «Amokläufe» häufig im zeitlichen Umfeld von Gesetzesinitiativen zur erweiterten Kontrolle der privaten Waffeninhaber.

Typisch für solcherlei Massaker scheint die «Arbeitsteilung» zwischen einem Sündenbock, der nicht oder nur «unter ferner liefen» am Tatort beobachtet wird, und professionellen Schützen, die am Ort des Verbrechens gesehen werden. Klassisches Beispiel aus Deutschland ist der Fall Robert Steinhäuser, der im April 2002 im Gutenberg-Gymnasium in Erfurt sechzehn Menschen und am Ende sich selbst erschossen haben soll. Der kleine Schönheitsfehler in diesem Fall: Für einen Einzelnen war das eigentlich nicht zu schaffen. Rekonstruktionen ergaben, dass ein einzelner Täter die Tat in den veranschlagten 10 Minuten nicht hätte bewältigen können. Zwar war der 19-jährige Schüler in einem Schützenverein gewesen, doch zur kaltblütigen Niederstreckung von 16 Menschen gehört doch etwas mehr, nämlich Erfahrung im Töten und eine Abstumpfung, die Robert Stein-



Foto: Shutterstock/vchal

häuser wohl allein schon aufgrund seines Alters kaum hatte. Anwesende haben denn auch nicht Robert Steinhäuser schiessen sehen, sondern einen oder gar zwei schwarz verummte Männer. Insgesamt 40 Zeugen wollen einen zweiten Täter gesehen haben. ⁽¹⁾

Hänflinge in voller Montur

Die Erklärung könnte lauten: Technische Täter und Propagandafiguren sind häufig verschiedene Personen, weil der jeweilige Sündenbock für die entsprechende Tat oftmals nicht geeignet ist. Während man als Sündenbock irgendeinen Sonderling oder «Freak» benötigt, braucht man als Attentäter einen oder mehrere Profis, die gegebenenfalls keine Hemmungen haben, am laufenden Meter Menschen zu erschiessen. Von Hanau (2020, Tobias R., ein unauffälliger, unsportlich wirkender 43-jähriger Bankkaufmann ohne kriminelle Vorgeschichte) über Sandy Hook (2012, siehe S.49 ff.) bis Winnenden (2009, der harmlos aussehende

17-jährige Tim Kretschmer, welcher nicht mal Sportschütze war) – die Liste an «Einzeltätern», die zu der Tat schlicht nicht das Rüstzeug mitbringen, erstreckt sich lange. Greifen wir beispielhaft noch den «Batman-Killer» James Holmes heraus, der am 20. Juli 2012 in einem Kino im US-Bundesstaat Colorado zwölf Menschen erschossen und 58 weitere zum Teil schwer verletzt haben soll. Neben einer Gasmaske und einem schusssicheren Helm trug er kugelsichere Leggings und eine kugelsichere Weste, einen Hals- und Leistenschutz sowie schwarze Einsatz-Handschuhe. Bewaffnet war er mit einem halbautomatischen Gewehr, Modell Smith & Wesson M&P15 (AR-15-Stil) samt 100-Schuss-Magazin, einer Repetierflinte Remington 870 Express, einer Glock-22-Pistole sowie zwei nicht näher beschriebenen Gasgranaten oder -behältern. Im Kontrast zu dieser Ausrüstung steht der schwächliche 24-jährige Student James Holmes, der kaum Erfahrung mit Schusswaffen besass und nur vier Wochen vor der «Amoktat» seine erste



«Ich bin unglaublich traurig und es ist so hart, daran zu denken.»

Beto O'Rourke, Politiker der US-Demokraten, als er nach dem «Amoklauf» von El Paso vor die Presse trat

Quelle: youtube.com, Beto O'Rourke distraught over El Paso mass shooting, 04.08.2019

Mitgliedschaft in einem Schiessklub beantragt hatte - erfolglos. Der professionelle Angriff mit Gasmaske, schusssicherer Weste und Tränengas erinnerte eher an den Einsatz eines Sonderkommandos als an die Tat eines verwirrten Einzeltäters.

Ein unwahrscheinliches Täterprofil

Holmes selbst lief in der Oberschule Marathon, spielte Fussball und fuhr Snowboard. Nach dem Abschluss absolvierte er ein Praktikum am Salk Institute (für Biotechnologische Studien) und einen Intensivkurs am Miramar-Kollegium für Biotechnologie. Nicht ganz die Kurse, die man für ein Massaker braucht. Er erhielt begehrte Stipendien «für die Ausbildung in dem höchst anspruchsvollen Neurologie-Studium». Ein Kommilitone namens Billy Kromka, der im vorausgegangenen Sommer drei Monate lang mit Holmes in einem medizinischen Labor arbeitete, sagte laut der Journalistin Grace Powers: «Er hat unter keinen Umständen die Fähigkeit, ein grauenhaftes Verbrechen wie dieses zu begehen.»⁽²⁾ Das mag man gern glauben. Es gibt weit und breit keine kriminelle oder militärische Vorgeschichte. Im Gegenteil haben wir hier einen angepassten Menschen vor uns, der konsequent und sehr erfolgreich eine offenbar klar definierte Laufbahn verfolgte. Bis zum Frühjahr bzw. Frühsommer 2012. Da baute der Musterknaube auf einmal auf unerklärliche Weise ab. Im Frühjahr patzte er plötzlich bei einer Prüfung und war drauf und dran, sein Studium abzubrechen. Nachdem Holmes auch noch bei einem mündlichen Examen am 7. Juni 2012 versagt hatte, verschwand er ohne weitere Erklärungen aus seinem Studium.

Nach der Bluttat legte James Holmes einen bizarren Auftritt vor Gericht hin. Selbst



In El Paso soll im August 2019 ein Amokschütze 22 Menschen das Leben genommen haben. Beto O'Rourke, damals Vertreter von El Paso im Repräsentantenhaus, wollte politisch punkten, doch brach in seiner Ansprache plötzlich in Lachen aus. Nur schwer bekam er sich wieder in den Griff. Mühsam setzte er ein trauriges Gesicht auf. Zu spät. Solcherlei unangemessene Ausrutscher, die fast auf eine diebische Freude hindeuten, nähren die Skepsis vieler Betrachter - sowohl gegenüber der Politik an sich als auch gegenüber dem medial verlautbarten Ablauf der Ereignisse. Nur einen Monat später verkündete O'Rourke bei einer Präsidentschaftskandidatendebatte lautstark: «Verdammt ja, wir werden euch eure AR-15 [halbautomatisches Gewehr] wegnehmen!»

Quelle: youtube.com, Beto O'Rourke: «Hell yes, we are going to take your AR-15», 13.09.2019

die Bild-Zeitung wunderte sich über das «Häufchen Elend», das da «mit hängenden Schultern» vor den Kameras auftauchte: «Ein klappriges Männchen, ein Milchgesicht.» «DAS soll der «Batman»-Killer sein?», wunderte sich das Blatt: «Das Monster, das in einem Kino wahllos um sich schoss, zwölf Menschen tötete, 58 verwundete?» Kaum zu glauben! Was Bild nicht daran hinderte, den Mann fortgesetzt als «Killer» und «Amokkläufer» zu betiteln. Abgesehen von seinem schwächlichen und kraftlosen Äusseren fiel Bild aber noch etwas auf: Der Mann war überhaupt nicht bei sich. «Immer wieder schliesst er seine Augen, reisst sie kurz darauf weit auf. Sein Blick wirkt leer - wie todmüde, gar weggetreten. Er starrt nur vor sich

hin.»⁽³⁾ Und wenige Stunden später stellte sogar Bild die einzig logische Frage «Stand der Batman-Killer unter Drogen?» Denn: «Sein Blick geht ins Leere. Während Richter William Sylvester spricht, runzelt Holmes die Stirn. Er rollt mit den glasigen Augen, einen Moment lang wirkt es, als schliefe er ein. Ist der Killer müde? Oder ist er auf Drogen, hat man ihm Medikamente verpasst?»⁽⁴⁾

Mehrere Täter

Tatsächlich war das Verhalten des Mannes, den sie den «Batman-Killer» nennen, auch in der Untersuchungshaft äusserst bizarr. «Angeblich kann sich James Holmes an nichts mehr erinnern. Einen Knastwärter im Arapahoe County Detention Center, wo Holmes in U-Haft sitzt, fragte er laut New York Daily News: «Warum bin ich hier?» Zuvor soll er einen Wärter gefragt haben, wie denn der Film überhaupt ausgegangen sei.» Wenn das stimmt, konnte sich Holmes an die Tat also nicht erinnern. Warum er im Gefängnis sass, wusste er nicht. Wozu auch passt, dass er «kein bisschen Reue» zeigte. Seine Lage schien er gänzlich misszuverstehen. «Er spuckt gegen die Tür und die Wärter an.» Und: «Er glaubt, er würde in einem Film schauspielern», sagte ein Gefängniswärter.»

⁽⁵⁾ Interessant - war das etwa die Wahrheit?



Wie immer bietet Gerhard Wisnewski in seinem neuen Jahrbuch **verheimlicht - vertuscht - vergessen 2024** atemberaubende Recherchen. Diesmal über den Tod und rechtswidrigen Rücktritt von Papst Benedikt XVI., die Reichsbürger-Razzia, den Untergang des Tauchbootes Titan, den Israel-Palästina-Konflikt, die Atombombe, den Krieg gegen die Sonne, die wahren Hintergründe des Rammstein-Skandals, den digitalen Feudalismus von Microsoft und vieles mehr. Wisnewski zeichnet ein ganz anderes Bild des Vorjahres als die etablierten Medien: unangepasst, unbequem, unbeugsam. Erscheint am 21. Dezember 2023.





➔ Eine Inszenierung? Kann ein derartig desorientierter Mensch ein solches Attentat überhaupt durchführen – präzise wie ein Uhrwerk? Oder hatte er es tatsächlich getan und schauspielerte jetzt nur?

Auch beim sogenannten Amoklauf von Aurora sprachen in den Ermittlungen vernachlässigte Zeugen von mehreren Angreifern. Beim vermeintlichen Amokschützen Tobias R. in Hanau (2020), der einen ähnlich harmlosen Lebenslauf wie James Holmes

vorzuweisen hatte, waren gar Dutzende Sprachnachrichten in Rotation, auf denen Augenzeugen in hessischem Akzent davon sprachen, es habe sich um mehrere Täter gehandelt bzw. um Schützen, die sich vom wohl ausgemachten Sündenbock Tobias R. unterschieden. «Ich habe gesehen, wie zwei bewaffnete Männer in die Shisha-Bar gegangen sind. Sie haben sofort geschossen, vielleicht zehn Mal. Die Leute haben geschrien und sind rausgerannt. Dann haben

die Männer draussen auf die geschossen, die weggerannt sind», zitierte Welt-Online den Inhaber einer Shisha-Bar.⁽⁶⁾ Derlei Meldungen über Aussagen, die oft unmittelbar nach der Tat in die Medien kommen, werden meist nach wenigen Tagen von einem neuen «offiziellen Narrativ» eines «Einzeltäters» begraben.

Wie immer nach diesen typischen Geschehnissen wird hinterher versucht, die reiche Ernte einzubringen: neue Verbote, Sicherheitsgesetze und Angriffe auf unliebsame politische Strömungen. Ein Ritual, das sich seit Jahren in Dauerschleife wiederholt. «Der Amoklauf von Erfurt hatte nicht nur dramatische Auswirkungen auf die Biografien von Tausenden Menschen. Er hat auch die Gesetzgebung in Deutschland beeinflusst. So wurde im Rahmen der Verschärfung des Waffengesetzes das Mindestalter für Sportschützen zum Erwerb grosskalibriger Waffen auf 21 Jahre angehoben. Ausserdem wurde die Aufbewahrungspflicht für Schusswaffen und Munition erheblich verschärft und eine Verpflichtung für Sportschützen unter 25 zu einer medizinisch psychologischen Untersuchung geschaffen», so die ARD-Tagesthemen 20 Jahre nach dem Ereignis.⁽⁷⁾ Auch die Schiesserei in Aurora kam gerade recht. Rein zufällig geschah das Massaker im Kinosaal genau sieben Tage vor dem Ende der vierwöchigen UN-Konferenz über Waffenhandel, bei der ein globales Abkommen über Handel und Kontrolle von konventionellen Waffen erzielt werden sollte. Dabei ging es unter anderem auch um solche Waffentypen, wie sie in Aurora benutzt wurden. Kurz vor dem Ende der Konferenz setzte das Massaker die US-Regierung unter Druck, das Abkommen über verschärfte Waffenkontrollen abzuschliessen, was trotz der medialen Unterstützung letztendlich scheiterte. Nach dem «Amoklauf» in Christchurch (Neuseeland, 2019) wurde die Bevölkerung gleich einmal staatlich aufgefordert, auf ihre Waffen zu verzichten: «Die Polizei heisst alle Bürger willkommen, die sich entschliessen, ihre Waffen abzugeben», schrieb die Nachrichtenseite NewsNow am 18. März 2019. Und die australische Webseite pedestrian.tv meldete: «Waffenbesitzer von Neuseeland übergeben ihre Waffen nach dem Christchurch-Massaker freiwillig.» Wie praktisch! Hätte es diese Amokläufe nicht gegeben, hätte man sie – zynisch gesagt – glatt erfinden müssen.

Die Hegel'sche Dialektik

Problem: «Amokläufer»



Reaktion: Medial angeheizte Anti-Waffen-Stimmung



Lösung: Verbot/Einschränkung von Schusswaffen in privater Hand

Eine einfache Methode, die sich die Mächtigen zunutze machen, um ihre Ziele umsetzen zu können: Das Erschaffen eines künstlichen Problems, um die eigene politische Agenda als Problemlösung anzubieten. Die Bezeichnung «Hegel'sche Dialektik» hat sich für diese Vorgehensweise verbreitet. Wird sie auch zur Einschränkung des Waffenrechts angewandt?



Foto: Shutterstock/khuzero

Der Amokrentner von Las Vegas

Ein besonders bizarres Bild gab das angebliche Las-Vegas-Massaker im Jahr 2017 ab: Kurz nach 22 Uhr lauschten hier um die

20'000 Besucher dem Country-Musikfestival Route 91 Harvest, benannt nach der ehemaligen Route 91, dem heutigen Las Vegas Boulevard. Country-Star Jason Aldean hatte gerade den letzten Song angestimmt, als mitten in seine Musik Schüsse knatterten. Aldean schlug noch ein paar Akkorde an, dann rannte er von der Bühne. Nur neun Minuten später waren fast 600 Menschen verletzt, 59 davon tödlich – das schlimmste Massaker in der amerikanischen Geschichte durch einen Einzeltäter, wie das Las Vegas Review-Journal festgestellt haben wollte (online, 01.10.2017). 75 Minuten nach dem Beginn des Gewehrfeuers seien Polizeikräfte in die Suite 315 im 32. Stock des Mandalay Bay Resort Hotels eingedrungen und hätten dort einen toten Mann gefunden: den 64-jährigen Privatier und Glücksspieler Stephen Paddock. Gegen 22:08 Uhr soll er mit einem Hammer die Fenster seines Hotelzimmers zerschlagen und die Menschenmenge unter Beschuss genommen haben. Danach habe er sich das Leben genommen. Soweit die offizielle Version.

Stephen Paddock lag tot in einem Waffenarsenal, das einem ganzen Erschiessungskommando zur Ehre gereicht hätte, nämlich inmitten von 23 Gewehren, mehrere davon mit Zielfernrohren und zwei davon auf Stativen geschraubt. «In zehn Koffern schaffte er im Laufe der Tage mehr als 30 Pistolen und Gewehre in die Suite im 32. Stockwerk, die aus mehreren Zimmern besteht.»⁽⁸⁾ Nachbarn, Verwandte und Bekannte hatten angegeben, dass der 64-jährige Mann ein ruhiges und luxuriöses Leben als Profispieler geführt hatte. Warum sollte ein gut situierter Weissler auf hauptsächlich weisse Zivilisten feuern? Weshalb sollte jemand, der selbst gerne Konzerte besuchte, auf Konzertbesucher schießen? Und vor allem: Warum sollte ein offensichtlicher «Waffennarr» ausgerechnet die Country-Szene unter Beschuss nehmen, die als Zentrum amerikanischer Waffenverehrung gilt?

Schüsse auf die Verfassung

Wie auch immer: Im Fadenkreuz des oder der Attentäter oder Akteure hatten sich weniger die Menschen auf dem Festivalplatz befunden, sondern – indirekt – vor allem die amerikanischen Waffengesetze. Wie auf Kommando prügelten die TV- und Zeitungskommentatoren danach sofort auf diese ein: «Nach Bluttat in Las Vegas: Wut über laxen US-Waffengesetz wächst», meldete beispielsweise der Bayerische Rundfunk auf seiner Webseite (03.10.2017). «US-Künstler für Waffenkontrolle: «Was muss denn noch passieren?», hiess es bei der Tagesschau



Bishop Talbert Swan ✓
@TalbertSwan

Another white man, Robert Card, is suspected of murdering at least 10 and perhaps up to 22 people in Lewiston Maine.

FBI Director Christopher Wray has been warning us for years that white males are the most dangerous terrorist threat in America.

Bischof Talbert Swan von der afroamerikanischen Kirchenvereinigung «Church of God in Christ» am 26. Oktober 2023 über den «Amoklauf in Lewiston»: «Ein weiterer weisser Mann, Robert Card, wird verdächtigt, mindestens 10 und möglicherweise bis zu 22 Menschen in Lewiston, Maine, ermordet zu haben. FBI-Direktor Christopher Wray warnt uns seit Jahren, dass weisse Männer die gefährlichste terroristische Bedrohung in Amerika darstellen.»

Chicago shootings: 37 shot, 5 fatally, in weekend gun violence across city, police say



Der medial kaum noch bemerkte, ganz normale Alltag in mehrheitlich von Schwarzen bewohnten «Problembezirken» der USA. ABC-News am 02. Oktober 2023: «Schiessereien in Chicago: 37 Angeschossene, 5 Tote, bei Waffengewalt am Wochenende in der ganzen Stadt, sagt die Polizei»

Beim «Amoklauf in Lewiston» (Maine, USA) am 25. Oktober 2023 sollen 18 Menschen vom 40-jährigen Armeereservisten Robert C. Card niedergestreckt worden sein. Unabhängig von der Authentizität des Ereignisses steht schon einmal fest: Da es sich um einen weissen Schützen mit Waffenerfahrung gehandelt haben soll, fackelten Presse und linke Aktivisten nicht lange. Sie werteten «die Tat» als rechtsextremen Terrorismus und liessen auch die üblichen Forderungen nach strengeren Waffenbesitzregeln nicht vermissen. Ohne politische Forderungen bleiben hingegen die Toten, die kriminelle Gangs praktisch jedes Wochenende in Städten wie Chicago hinterlassen.

(03.10.2017). Und «unter Tränen forderte der US-Entertainer Jimmy Kimmel strengere Waffengesetze», so der Berliner Kurier (online, 03.10.2017).

Aus der Sicht des globalen Establishments und seiner Medien gibt es da nämlich ein Problem: Eines der grössten Völker des Planeten darf noch halbwegs unbeschränkt Waffen kaufen und besitzen. Millionen Amerikaner sind bis an die Zähne bewaffnet und horten Hunderte Millionen von Schiesseisen. Und bei diesen Bedenken geht es nicht um die jährlich rund 20'000 Schusswaffenopfer (Suizide ausgenommen) in den USA, die immer so lautstark beklagt werden.⁽⁹⁾ Sondern es geht um etwas anderes: Solange dieses Waffenarsenal existiert, sind eine Entmachtung der Bevölkerung und eine offene Abschaffung des Rechtsstaats im Westen praktisch unmöglich. Zwar ist dieser Prozess in Europa bereits weit fortgeschritten, aber solange das mächtigste und grösste Volk des Westens nicht entwaffnet ist, kommt die globale Diktatur nicht entscheidend voran. Die Amerikaner wehren sich mit Zäh-

nen und Klauen gegen eine Einschränkung ihrer diesbezüglichen verfassungsmässigen Rechte. Der Zweite Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten (Second Amendment, siehe S.6 ff.) aus dem Jahr 1791 verbietet es der Bundesregierung, das Recht auf den Besitz und das Tragen von Waffen einzuschränken – und zwar, weil «eine gut regulierte Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist», wie es dort heisst. Und daher «darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden» (siehe S.8 f.). Wie weitsichtig die amerikanischen Verfassungsväter damals gehandelt haben, kann man daran erkennen, dass ihr Second Amendment heutzutage sozusagen den letzten Damm gegen die totale Diktatur in den USA und anderswo darstellt. «Dummerweise» hat sich die vollständige Unterwerfung des Westens an den liberalen US-Waffengesetzen festgefressen. Das Second Amendment soll daher weg – koste es, was es wolle.





Ein weiterer Fall von «Zu schön für die Anti-Waffen-Lobby, um wahr zu sein»: David Hogg tauchte 2018 als vermeintliches Opfer eines Schulamoklaufs in Florida (17 Tote) auf der Bildfläche auf. Von seinen ersten Interviews als «Überlebender» mauserte sich Hogg zum Aktivisten, der Reden hielt, Märsche anführte und Bestseller-Bücher verfasste. Das männliche Pendant zu Greta Thunberg in Sachen Schusswaffen-Verbote? Sein Vater Kevin Hogg war übrigens FBI-Agent.



Massgeschneidertes Massaker

Das Country-Festival von Las Vegas wurde nicht zufällig ausgewählt, denn die Country-Szene ist nicht nur ein Sammelbecken der neuerdings geschmähten «alten weisen Männer», sondern auch das Zentrum der amerikanischen Waffenkultur und des Widerstandes gegen eine Abschaffung des Second Amendment. Sogar der verstorbene «Country-Gott» Johnny Cash persönlich galt als überzeugter Waffen-Fan. «So viele Country-Songs handeln von Gewehren, dass

es fast unmöglich ist, sie alle aufzuzählen», steht auf einer Playlist von Waffensongs (ranker.com) zu lesen. Das angebliche Massaker unter den Country-Freunden war ein Frontalangriff auf diese Szene und sollte als warnendes Beispiel für selbige dienen, was mit Waffen angerichtet werden kann. Zusätzlich wurden auch noch Country-Stars mobilisiert, die sich danach über den Waffenkult plötzlich erschrocken zeigten: «Die Debatte über Waffenkontrolle erreicht die Country-Musikszene», meldete der US-Sender CNN. Direkt nach dem Massaker verwandelte sich ein Country-Saulus vor den Augen der Öffentlichkeit in einen Anti-Waf-

«Meine Schwester hat vier ihrer Freunde verloren.»

«Meine Schwester hat zwei ihrer besten Freunde verloren.»

«Meine Schwester hat drei ihrer besten Freunde verloren.»



Dass David Hogg (angeblicher Überlebender des Parkland-Massakers von 2018) die Anzahl der toten Freunde seiner Schwester durcheinanderbrachte, ist nicht das Einzige, was suspekt wirkt. Dem engagierten Anti-Waffen-Advokaten geschah nämlich noch ein gewaltigerer Fauxpas: Es wurde live im Fernsehen ausgestrahlt, wie er als «Augenzeuge» in Parkland mehrere Male abbrach, um seine Aussage neu zu beginnen, nachdem er mehrmals das Wort «Übung» in den Mund genommen hatte. Er wirkte wie ein Schauspieler, der einen neuen «Take» probiert, da er seinen Text verhaspelt hat.

fen-Paulus: Caleb Keeter, der Gitarrist der Josh Abbott Band, machte sich selbst zum Sprecher der neuen Anti-Waffen-Lobby in der Country-Bewegung. Keeter, der bei dem Festival in Las Vegas aufgetreten war, stellte das Massaker als eine Art Initiationserlebnis dar: «Mein Leben lang war ich ein Verteidiger des Zweiten Verfassungszusatzes – bis gestern Abend», schrieb Keeter auf Twitter: «Ich kann gar nicht sagen, wie falsch ich gelegen habe. [...] Wir brauchen Waffenkontrolle. JETZT!», versuchte er, die Country-Menge mitzunehmen.

Putsch gegen die Verfassung

Sehr schön: Das war die eigentliche Bombe und der eigentliche Spaltpilz innerhalb des Country- und Waffenmilieus der Vereinigten Staaten. Bei dem Massaker von Las Vegas handelte es sich vielleicht tatsächlich um eine Verzweiflungstat, allerdings wohl nicht von einem gewissen «Superrentner» namens Stephen Paddock, sondern von jenen, die die Bevölkerung der USA endlich entwaffnen wollen. Verzweifelt kämpfen die Anti-Waffen-Strategen um die Durchsetzung ihrer Agenda und verabreichen immer mehr von derselben Medizin – anscheinend in der Hoffnung, dass ein besonders traumatisches Massaker endlich zum Erfolg führen wird: zur Abschaffung des Zweiten Verfassungszusatzes. Da man deutlich absehen kann, wohin diese Strategie führen soll, nämlich zum Putsch gegen die Verfassung, ist ihre Durchführung im Grunde genommen bereits der Casus Belli – der Bürgerkriegsfall in den Vereinigten Staaten. Anders, als treubrave Otto Normalbürger meinen, gehören Entwaffnung, Unterwerfung und Versklavung nämlich zusammen. Noch birgt diese Strategie jedoch auch die Gefahr von Rückschlägen – oder, um im Waffenjargon zu bleiben: von Rückstößen. Statt den Waffenbesitz in den USA noch weiter einschränken zu können, verwandelt sich jedes derartige Attentat inzwischen in eine riesige Verkaufskampagne für immer mehr Schiesseisen. Mit schöner Regelmässigkeit schnellen die Aktien der Waffenhersteller hinterher nach oben, und die Leute stürmen die Waffenläden – nach dem Motto: Was hilft gegen einen bösen Mann mit Waffe? Antwort: Natürlich nur ein guter Mann mit Waffe.

Waffenfreie Zonen

Übrigens: In Wirklichkeit zeigen viele der medial aufgeblasenen Anschläge mit Schusswaffen, was passiert, wenn die Opfer unbewaffnet sind. Die Vergangenheit hat immer wieder bestätigt, dass «waffenfreie Zonen» Massenkiller regelrecht magisch anziehen.



Fragen über Fragen beim «Las-Vegas-Massaker» von 2017. Zum Beispiel: Wie soll Stephen Paddock (seine Leiche liegt nach dem «Selbstmord» am Boden) ein fast militärisch anmutendes Waffenarsenal durch ein gut überwachtes Casino mit Metalldetektoren am Eingang in den 32. Stock transportiert haben? Und wozu überhaupt mehrere Dutzend Waffen, wenn ein oder zwei, mit denen Paddock die meiste Trainingserfahrung hatte, mit entsprechender Menge an Munition gereicht hätten? Es scheint fast so, als dachte sich jemand: «Je mehr Waffen man mit ihm in Verbindung bringt, desto stärker die abschreckende Wirkung.»

Denn oh Wunder: Hier kann sich niemand wehren. Beispiele: Der «Batman-Killer» wählte nicht umsonst ein Kino, wo Waffen verboten waren. Auch der «Attentäter von El Paso» (2019) hatte sich eine waffenfreie Zone ausgesucht – ein Walmart-Einkaufszentrum. Dort ist das Mitführen von Waffen ebenso verboten. Die Planung des Schützen sah vor, «dass er in einem schlecht gesicherten Bereich angreifen würde. Im Hinblick darauf hatte der Walmart kein bewaffnetes Sicherheitspersonal, keine Polizei, und befand sich in einem Einkaufszentrum, das sich zur «waffenfreien Zone» erklärt hatte», hiess es im American Spectator (online, 07.08.2019). Nebenbei enthielt der Tatort auch eine politische Botschaft: Walmart, eines der grössten Unternehmen der Welt und mit 3700 Filialen einer der grössten Verbrauchermärkte der USA, gilt gleichzeitig als grösster Waffenverkäufer der Vereinigten Staaten. Und siehe da: Nach dem Attentat wollte Walmart «künftig bestimmte Arten von

Gewehrmunition» nicht mehr ausgeben sowie Munition für Handfeuerwaffen abverkaufen und nicht mehr anbieten. ⁽¹⁰⁾ Entwaffnung in kleinen Schritten.

Das Gelände der Virginia-Tech-Universität, wo 2007 32 Menschen getötet und 17 weitere verletzt wurden, hatte das Tragen von Waffen ebenfalls verboten. So konnte der Killer ziemlich sicher sein, selbst keine Kugel abzubekommen. Vor 1975 kam es in den USA zu keinerlei Amokläufen an Schulen, und zwar trotz weitaus weniger Waffenverboten als heute. Auch bei dem Massaker beim Knoblauchfestival in Gilroy, Kalifornien am 28. Juli 2019 «waren die Opfer, nachdem sie mit Metalldetektoren auf Waffen untersucht worden waren, in einem eingezäunten Bereich gefangen». Amokläufers Traum, sozusagen: «Der Schütze mied die Metalldetektoren, indem er durch den Zaun schnitt und dann einen wehrlosen Opferpool attackierte, den die Gilroy-Behörden nicht mehr verteidigen konn-



Spiegel-Herausgeber Jakob Augstein auf Twitter nach dem «Amoklauf von Hanau». So werden die Schüsse politisch instrumentalisiert.

ten.» ⁽¹¹⁾ Waffenfreie Zonen sind laut American Spectator das gemeinsame Merkmal fast aller Massaker (siehe S.18 ff.): «Nach Angaben des Crime Prevention Research Center fanden zwischen 1950 und 2018 97,8 Prozent aller öffentlichen Massenerschiessungen in pistolenfreien Zonen statt. Demgegenüber gab es in den zwanzig Bundesstaaten, die Lehrern das Tragen von Waffen erlauben, keine Schiessereien in der Schule.» ⁽¹²⁾

In Europa ist man Freiwild

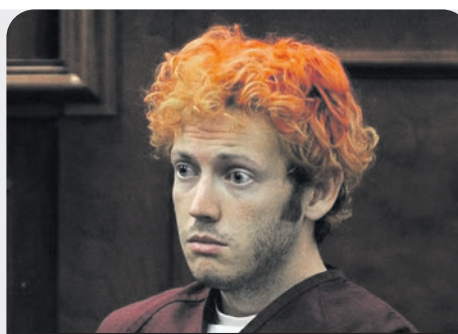
In Anbetracht dieses Sachverhaltes müsse man fragen, ob waffenfreie Bereiche nicht gerade eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen würden, «indem sie Mörder anziehen, die einen unbewaffneten Opferpool bevorzugen». ⁽¹³⁾ Und was für die USA gilt, gilt auch für Europa – mit dem Unterschied, dass grosse



Tim Kretschmer (17 Jahre alt und kein Sportschütze), der 2009 in Winnenden 15 Menschen kaltblütig erschossen haben soll.



Tobias R., ein unauffälliger, unsportlich wirkender 43-jähriger Bankkaufmann ohne kriminelle Vorgeschichte, soll in Hanau 2020 neun Personen mit Migrationshintergrund sowie seine Mutter in deren gemeinsamem Wohnhaus erschossen haben, bevor er sich angeblich selbst tötete.



James Holmes, der vor Gericht wirkte wie ein Häufchen Elend, doch mit einer Ausrüstung, die einer Spezialeinheit würdig wäre, 12 Menschen in einem Kino ermordet haben soll (2012).



Stephen Paddock, ein Rentner, der 2017 in Las Vegas 58 Menschen das Leben genommen und Hunderte verletzt haben soll.

Von der gemobbten Bohnenstange über den Rentner zum unauffälligen Normalbürger – den sogenannten «Tätern» fehlt augenscheinlich in sehr vielen Fällen das Motiv, die Kaltblütigkeit und vor allem die Fähigkeit, derlei Massaker überhaupt anzurichten. Die Liste könnte lange fortgesetzt werden.



Auffällig ist, dass es sich bei den Amokläufen in den USA praktisch immer um legale Waffen in den Händen weisser Amerikaner handelt. Unter den Begriff «Mass Shooting» fallen in den USA Schiessereien mit mehr als einem Verletzten oder Toten. Davon kommt es jährlich zu unzähligen, doch die Waffen sind in der Regel illegal und die Täter keine weissen US-Bürger. Diese Gewalttaten dienen den Medien und der Politik so gut wie nie zum Anlass, Gesetzesänderungen zu fordern.

Foto: Shutterstock/Ixepop



Gerhard Wisnewski

studierte Politikwissenschaften in München. Seit 1986 arbeitet er als hauptberuflicher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Spezialgebiete: Wissenschaft, Technik, Politik und Geschichte. Wisnewski arbeitete für zahlreiche Mainstreammedien wie Bild, Frankfurter Neue Presse, AZ, tz, SZ-Magazin u.v.a.m. Erstes Aufsehen erregte Wisnewski 1992 mit dem Buch Das RAF-Phantom (mit Landgräber, Sieker). Der darauf beruhende Fernsehfilm erhielt im Jahr 2000 den Grimme-Preis (Regie: Dennis Gansel). Heute gilt Wisnewski als führender Vertreter der Gegenöffentlichkeit und zählt laut «Spiegel» zu den Pionieren «des aktuellen Gegenzeitgeistes». Seit 2008 veröffentlicht er seinen sehr erfolgreichen kritischen Jahresrückblick «verheimlicht – vertuscht – vergessen».

Quellen:

1. wisnewski.ch, «Erfurt-Amok: Der Dritte Mann», Teil 1, 01.05.2008
2. helpfreetheworld.com, Grace Powers: Batman Massacre: WHY and HOW and WHO, 28.07.2012, inzwischen gelöscht
3. bild.de, 23.07.2012
4. bild.de, 24.07.2012
5. bild.de, 27.07.2012
6. welt.de, «Die Leute haben geschrien und sind rausgerannt», 20.02.2020
7. tagesschau.de, «Nicht alle Wunden heilen», 26.04.2022
8. augsburger-allgemeine.de, Der Massenmörder von nebenan plante seine Tat offenbar ganz genau, 04.10.2017
9. de.statista.com, Vorfälle und Todesfälle durch Schusswaffen in den USA bis 2023, 02.10.2023
10. ABC News, 05.09.2019
11. American Spectator, online, 07.08.2019

➔ Teile Europas bereits eine waffenfreie Zone sind (siehe S.30 ff.). Aufgrund der vielen «Amokläufe» der vergangenen Jahrzehnte wurden die Waffengesetze immer weiter verschärft und die Bevölkerung systematisch weiter entwaffnet. So werden die Menschen zum Freiwild, sei es aufgrund des «Wirkens» von Kriminellen, staatlichen «Sicherheitskräften» oder wild gewordenen Migranten. Denn bei Interessenkonflikten und dem zunehmenden Versagen der Staatsgewalt wird am Ende schliesslich immer mehr die individuelle Gewaltfrage gestellt – ob uns das passt oder nicht. Da der Staat das Gewaltmonopol von den Bürgern nur «geliehen» hat («Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus»), holen es sich die Bürger beim Versagen des Staates irgendwann wieder zurück. Die Europäer stehen dann allerdings mit leeren Händen da.

Der Grund für diese verstärkten Anstrengungen zur Waffenkontrolle liegt, wie bereits angedeutet, in der Errichtung einer globalen Tyrannei. Einerseits wird befürchtet, dass Bürger in der sich verschärfenden Krise die Waffen gegen ihre Regierungen erheben könnten, andererseits, dass die bewaffnete Bevölkerung ein Hindernis für die Errichtung einer geplanten Tyrannei darstellt. In Wirklichkeit haben die Regierungen weltweit nicht Angst vor Attentätern, sondern vor ihren Bürgern. Erst recht, wenn sie effiziente Pistolen und Gewehre ihr Eigen nennen.

In der Tat dürfte die schwer bewaffnete amerikanische Bevölkerung schon bisher ein totales Umkippen der USA in die Diktatur verhindert haben – allein durch das Drohpotenzial der vorhandenen Schusswaffen. Diese Waffen müssen daher weg. (gzw)

GELÄUFIGER EINWAND GEGEN PRIVATEN WAFENBESITZ

«Nur mithilfe von Schusswaffen können Amokläufe durchgeführt werden.»

Die folgende (theoretisch lange fortsetzbare) Liste soll aufzeigen, dass es für Amokläufe keiner Schusswaffe, sondern lediglich eines skrupellosen Täters bedarf:

- 2001 betrat ein mit einem Küchenmesser bewaffneter 37-jähriger Mann eine Grundschule in Osaka in Japan. Er ermordete acht Kinder und verletzte 13 andere Kinder sowie zwei Lehrer schwer.
- 2009 griff ein mit einem Messer und einem Beil bewaffneter 20-jähriger Mann eine Kindertagesstätte in Belgien an, wo er auf zwei Erwachsene und 13 Babys einschlug und einstach. Zwei neun Monate alte Säuglinge und ein Kindererzieher wurden getötet.
- 2011 ermordete ein mit einer Axt bewaffneter 30-jähriger Mann in China ein einjähriges und ein vierjähriges Kind sowie vier Erwachsene, die ihre Kinder in den Kindergarten bringen wollten. ⁽¹⁾
- 2021 besorgte sich ein somalischer Flüchtling in Würzburg in der Haushaltswarenabteilung einer grossen Kaufhauskette ein Küchenmesser und stach damit erst

in dem Kaufhaus und kurz darauf auf offener Strasse auf Passanten ein. Drei Frauen wurden bei der Bluttat getötet, mindestens neun weitere Personen verletzt. Eine Frau blieb nach der brutalen Attacke gelähmt, ein 11-jähriges Mädchen verlor seine Mutter. ⁽²⁾

- 2022 ging ein 27-jähriger Somalier in Ludwigshafen unvermittelt auf drei Männer los, verletzte einen schwer und tötete die anderen zwei. Einem der Opfer wurde dabei sogar der rechte Unterarm abgetrennt, den der Täter anschliessend auf den Balkon seiner Ex-Freundin warf. Die meisten Medien berichteten davon, dass der Täter ein Küchenmesser für seine Tat benutzt habe, wobei BILD und Focus zunächst von einer etwa 50 Zentimeter langen Machete geschrieben hatten, welche angesichts des abgetrennten Unterarms als Tatwaffe wesentlich realistischer erscheint. ⁽³⁾ (tk)

Quellen:

1. Glenn Beck, Control, Threshold Editions, New York, 2013, S.29 f.
2. de.wikipedia.org, Anschlag in Würzburg 2021, abgerufen am: 21.10.2023
3. focus.de, Mann tötet zwei Menschen mit Machete - Augenzeuge hilft Schwerverletztem, 19.10.2022

Sandy-Hook-Drama: Eine Inszenierung?

von Gerhard Wisnewski

Wer erinnert sich nicht an den Amoklauf eines gewissen Adam Lanza in der Sandy-Hook-Grundschule in Newtown, Connecticut, kurz vor Weihnachten 2012? Schon das angebliche Passbild des Täters sah irgendwie unwirklich aus – wie ein Phantombild, das aus unterschiedlichsten Komponenten zusammengesetzt wurde: ein Junge mit einer Bubikopffrisur, einem länglichen Gesicht, einem spitzen Kinn und seltsam aufgerissenen Augen, der erst seine Mutter erschoss und anschliessend mit deren Waffen zur Sandy-Hook-Grundschule fuhr, um dort weitere 26 Menschen zu töten. Alles in allem soll Lanza am 14. Dezember 2012 27 Menschen erschossen haben, bevor er selbst ums Leben kam – durch eigene Hand, versteht sich. Das Problem ist nur: Man fand nie einen Grund für die Tat. Für den Mord an seiner eigenen Mutter und 26 weiteren Menschen hatte der Junge nicht das geringste Motiv – was einer der Gründe ist, weshalb das Massaker mitunter auch nicht Sandy Hook, sondern «Sandy Hoax» genannt wird – der Sandy-Hook-Schwindel. Aber das sind natürlich «Verschwörungstheorien».

Attentat in der Geisterschule

Dennoch gibt es viele Merkwürdigkeiten. Während die Sache für die etablierten Medien längst abgehakt und vergessen war, platzte am 4. März 2015 eine stille Bombe. An diesem Tag war ein gewisser Wolfgang Halbig Gast in der Alex Jones Show – einer weit verbreiteten alternativen Radiosendung in den USA. Der damals 68-jährige Halbig behauptete, selbst Schuldirektor und Sicherheitsbeamter für Schulen gewesen zu sein. Halbig, der als junger Mann einmal bei der Staatspolizei von Florida tätig war, kann demnach auf viel Erfahrung im Bereich Schulsicherheit zurückblicken. Nun



Die autistische Bohnenstange Adam Lanza (20 Jahre alt) soll also mit Waffen (Schrotflinte, halbautomatisches Gewehr, zwei Pistolen), Munition und einer Weste, die insgesamt fast so viel wogen wie ein Drittel seines Körpergewichts, durch seine Schule gerannt sein und innerhalb von Minuten 26 Menschen direkt in den Tod geschickt haben? Der Polizeireport behauptet sogar, Lanza habe Leichen in die Schultoailette gezogen und sie dort gestapelt. Viele ausgebildete Profi-Schützen meldeten sich zu Wort und zweifelten die offizielle Version der Ereignisse an der Sandy-Hook-Grundschule an. Laut Adams Vater Peter Lanza war sein Sohn mit 17 Jahren kaum in der Lage, seine eigenen Schuhe zu binden.

machte Halbig seit einiger Zeit durch Bemühungen von sich reden, die offizielle Version des Sandy-Hook-Massakers zu kritisieren. Über den Fall Sandy Hook hatte er nach eigenen Angaben intensiv recherchiert. So habe er nach dem «Freedom of Information Act» mehrere Anfragen über das «Schulmassaker» an den Staat Connecticut gestellt. Und was er zu Alex Jones sagte, war zumindest überprüfenswert. Halbig war nämlich der Meinung, dass die angebliche Sandy-Hook-Grundschule am Tag des Massakers gar nicht geöffnet war – dass dort also gar kein Unterricht stattfand: «Die Wahrheit wird zeigen, dass Sandy Hook nicht in Betrieb war. Und das sage ich Ihnen als ehemaliger Schulbeamter», erklärte er in der Ra-

diosendung. Die Schule sei «auf dem Papier» gar nicht existent gewesen bzw. bestimmte Dokumentationen nicht vorhanden, die für einen Betrieb der Schule erforderlich gewesen wären. So müsse über jede Schule in Newtown ein Inspektionsbericht über Sauberkeit, Gesundheit und Sicherheit erstellt werden, «und zwar bis zum 1. August eines jeden Jahres», so Halbig. Eine Nachfrage bei den Schulbehörden habe jedoch ergeben, dass ein solcher Bericht damals nicht existierte: «Man kann mir als ehemaligem Schulbeamten nicht erzählen, dass man über keinerlei Aufzeichnungen verfügt, wenn die Regeln es verlangen.» Anonyme Informanten hätten ihm ausserdem alle Beweise zugespielt, erklärte Halbig: «Wir haben jetzt Dokumente, die ohne jeden Zweifel beweisen werden, dass die Schule nicht existierte. Sie war nicht in Betrieb.» Aber auch viele andere hatten Nachforschungen über den Fall angestellt, zum Beispiel die staatskritische amerikanische Veteranen-Webseite Veterans Today: «Wir wissen, dass Sandy Hook ein Schwindel war. Die Schule war 2008 geschlossen worden und wurde 2012 [für das Massaker] als Kulisse benutzt. Wir haben sogar das Handbuch der [Katastrophenschutzbehörde] FEMA für das Ereignis, das für den 13. Dezember eine Generalprobe vorsah, bevor das «Schulmassaker» am 14. Dezember als



Unser Autor Gerhard Wisnewski stürmt jedes Jahr wieder mit seinem Jahresrückblick «verheimlicht – vertuscht – vergessen» die Bestsellerlisten. Unbedingte Leseempfehlung!





Abgestellte Weihnachtsbäume am Feuerwehrhaus waren auf den Helikopferaufnahmen zu erkennen. Eine Menge von ca. 26 Stück ist beim Blick von oben sicherlich keine abwegige Schätzung.



Nur einen Tag nach dem Ereignis wurden 26 Weihnachtsbäume in Gedenken an die 26 Opfer von Sandy Hook neben dem Feuerwehrhaus aufgestellt. Es entsteht der Verdacht, genau diese Weihnachtsbäume hätten bereits am «Tag des Anschlags» hinter dem Feuerwehrhaus gestanden.

Auf keinen der Aufnahmen der Sandy-Hook-Grundschule vom 14. Dezember war Weihnachtsdekoration zu sehen, was für eine Grundschule zu dieser Zeit des Jahres eigentlich angebracht wäre. Warum aber mehrere Weihnachtsbäume neben dem Feuerwehrhaus an der Einfahrt zur Schule (siehe S.54 f.) zu dieser späten Zeit der Weihnachtssaison ihrer Nutzung harhten, ist ein Rätsel. Nach kritischen Fragen hiess es, im Feuerwehrhaus seien Weihnachtsbäume verkauft worden und eine unbekannte Person habe alle 26 Bäume für die Opfer gekauft. Warum war dann aber kein einziger Baum vor der Schule? Wurden die Bäume etwa schon vor dem Ereignis dort platziert, um sie danach aufzustellen?

➔ Live-Ereignis präsentiert werden sollte.» Laut diesem Handbuch hätten alle Übungsteilnehmer Erkennungsmarken tragen müssen, wie man sie tatsächlich auf Pressebildern des Massakers sehen konnte. ⁽¹⁾

Schützenhilfe für die Regierung

Wenn das stimmt, wäre das ein starkes Stück. Sandy Hook brach dem texanischen Politikkommentator Alex Jones übrigens den Hals. Angehörige der mutmasslichen Opfer

verklagten Jones auf jeweils etliche Millionen Dollar Schmerzensgeld, die sich schliesslich zu einer knappen Milliarde auftürmten. Sollte hier ein Exempel statuiert werden? Prompt erklärte Jones, die Todesfälle seien real gewesen, und er selbst leide unter «einer Art Psychose», so dass er im Grunde genommen alles für inszeniert halte. Eine Schutzbehauptung oder die Wahrheit? Wie auch immer: Das Massaker kam zumindest gerade recht, um einmal mehr Stimmung gegen privaten Waffenbesitz in den USA zu machen. Denn das war schliesslich die ei-

gentliche Pointe der ganzen Sache: Lanzas Mutter wurde als «Waffennärrin» beschrieben, und die Waffen, die Lanza seiner toten Mutter angeblich gestohlen und mit denen er die Morde durchgeführt haben soll, waren allesamt legal – genau darum ging es ja: um die legalen Waffen! «Es war ein Anti-Waffen-PR-Coup!», bilanzierte Veterans Today am 27. Mai 2015. Nach Sandy Hook wurden im Bundesstaat New York halbautomatische Gewehre in Privatbesitz verboten. Auch auf Bundesebene schlug Präsident Barack Obama ein Verbot von halbautomatischen Gewehren in privater Hand und eine Durchleuchtung von Waffenkäufern vor – alles gegen die US-Verfassung. Während man an den Kern des Grundrechts auf Waffenbesitz (noch) nicht herankam, versuchte man es von der Peripherie her einzuschränken. In Wirklichkeit ist jedoch auch das verboten. Denn der Zweite Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten (Second Amendment) verbietet ausdrücklich, «das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen», zu verletzen. Aber es ist nun mal so, dass nichts unsere Herrschenden so sehr beunruhigt wie die Waffenarsenale in den Händen der Bürger. Solange das Volk derart bewaffnet ist, mit «kriegswaffenähnlichen» Gewehren wie der AR-15, «kann man noch nicht so», wie man eigentlich will, nämlich jene totalitäre Diktatur errichten, für die sämtliche Pläne mindestens in der Schublade liegen. So gesehen sind die amerikanischen Bürger also auch ein wichtiger Hemmschuh auf dem Weg in eine globale Diktatur, denn wenn in den USA ein totalitärer Staat errichtet wird, kann dies natürlich auch nicht ohne Auswirkungen auf den Rest der Welt bleiben.



einige Sekunden später

Robbie Parker («Vater von Emilie Parker») trat mit einem Lächeln vor die Kameras, bevor in gespielt wirkende Tränen ausbrach. Wohlgemerkt: Laut offizieller Version war seine Tochter wenige Stunden vorher brutal ermordet worden. Warum sollte man in dieser Situation die Öffentlichkeit suchen?

SWITZERLAND

M. Jürg Streuli

Mme. Véronique Haller



«[Sturmgewehre]
haben in unserer
Gesellschaft nichts
zu suchen.»

Veronique Haller Pozner 2013 bei einer Anhörung zum Thema Waffen in Hartford (Hauptstadt von Connecticut). Sie brachte ein Bild ihres angeblich verstorbenen Sohns Noah.

Ambassadeur, Mission permanente, Genève,
Chef de délégation

Collaboratrice diplomatique. Direction du
droit international public. Section des droits
de l'homme et du droit humanitaire.
Département fédéral des affaires étrangères,
Berne

Veronique Haller Pozners Name auf einer Teilnehmerliste zu einer UN-Konferenz von 2006: Es ging um die Einschränkung des Besitzes konventioneller Waffen. Sie vertrat die Schweiz diplomatisch.

Fast jede sogenannte «Opfer»-Familie fiel beim Sandy-Hook-Event aus dem Rahmen des Gewöhnlichen. Leonard und Veronique Haller Pozner sollen die Eltern des an der Sandy-Hook-Grundschule erschossenen sechsjährigen Noah Pozner sein. Leonard Pozner war der Chef einer zwielichtigen Firma namens «Traxware», die sich ausgerechnet auf das Entfernen von Inhalten aus dem Netz spezialisiert hatte - das, was nach der angeblichen Sandy-Hook-Tragödie massenhaft geschah. Veronique Pozner war rechtliche Beraterin für die Schweizer Botschaft in Washington. Nach dem Ereignis wurde allerdings flächendeckend medial verkündet, Veronique Haller Pozner sei Krankenschwester. Wie passt das mit ihrem hohen diplomatischen Posten zusammen?

Abschaffung des Grundrechts auf Waffenbesitz

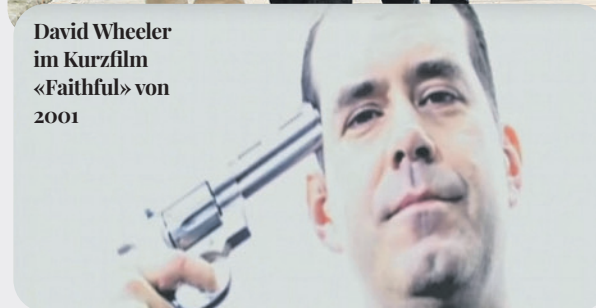
Jedes einzelne Schulmassaker ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Abschaffung des US-Grundrechts auf Waffenbesitz. Denn nichts bringt die Menschen so sehr gegen Waffen und Waffenbesitzer auf wie der Tod unschuldiger Kinder in einer Schule, in der die Eltern ihren Nachwuchs sicher aufgehoben wännen. Sachbeweise für den von Behörden behaupteten Tathergang werden dabei oft aber nicht präsentiert. So müsste ein Täter wie Adam Lanza, der Hunderte von Schüssen abgefeuert haben soll, natürlich auch Schmauchspuren an den Händen und an seiner Kleidung haben, und auf seinen Waffen könnten sich seine Fingerabdrücke befinden. In dem 44 Seiten umfassenden Abschlussbericht der Polizei über das Sandy-Hook-Massaker ist davon jedoch nicht einmal die Rede! ⁽²⁾ Erstaunlicherweise präsentiert man dort überhaupt keine Sachbeweise dafür, dass der (Post mortem-)Beschuldigte Adam Lanza überhaupt eine Waffe abgefeuert hatte. Ohne diese Schlüsselbeweise müsste aber der ganze Ablauf infrage stehen. Fehlende Schmauchspuren würden die offizielle Version sogar widerlegen. Denn nach dieser Schiesserei müsste Lanza regelrecht in dichtem Qualm gestanden haben.

Zweifel schon nach einer Woche

Ähnliche Muster ziehen sich durch viele der Schulmassaker der vergangenen Jahre. Für den eingangs erwähnten Wolfgang Halbig, der 2020 für sein Verhalten in Bezug auf die Thematik sogar verhaftet wurde ⁽³⁾, hätten die Zweifel bereits eine Woche nach dem Ereignis angefangen, erzählte er in einem Audio-Interview mit American Free Press. ⁽⁴⁾ So fragte er sich,



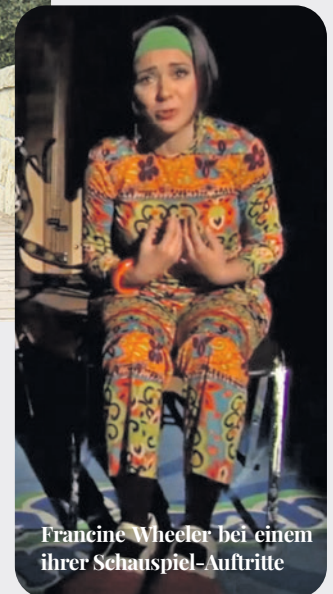
David Wheeler
im Kurzfilm
«Faithful» von
2001



Francine Lobis Wheeler, «Mutter» des «Opfers» Ben Wheeler, war in ihrer steilen Karriere u.a. die persönliche Assistentin von Maureen White, der Finanzvorsitzenden des nationalen Organisationsgremiums der Demokratischen Partei. Maureen White und ihr Ehemann Steven Rattner waren Mitglieder der einflussreichen Lobby-Organisation «Council on Foreign Relations». Bizarrerweise waren Francine und ihr Ehemann David auch noch als TV-Schauspieler tätig. Im April 2013 durfte Francine Wheeler die wöchentliche Ansprache des US-Präsidenten anstelle von Barack Obama halten. Die Liste der Schauspieler und Entertainer unter den «Opfer»-Familien hört bei den Wheelers lange nicht auf.

Vielen «Eltern» der «Opfer» kauften kritische Beobachter ihre aufgesetzt wirkende Trauer nicht ab. Hinzu kam das suspektere Engagement mehrerer «Opfer»-Familien für alle möglichen politischen Ziele wie psychische Gesundheitsprüfungen, neue Lehrpläne und verstärkte Überwachung in Schulen, und natürlich die Reglementierung von Waffenbesitz.

Francine Wheeler umarmt mit ihrem Ehemann David Wheeler die TV-Moderatorin Oprah Winfrey.



Francine Wheeler bei einem ihrer Schauspiel-Auftritte

- warum die nach dem ersten Notruf eintreffende Polizei hunderte Meter vom Parkplatz der Schule entfernt parkte, statt umgehend einzugreifen.

- wo eigentlich die Rettungshubschrauber waren: Angeblich wurden 20 Kinder und sechs Lehrer niedergeschossen, und niemand holte einen Rettungshubschrauber!

- weshalb Sanitäter, die sich in der nur

450 Meter entfernten Feuerwache aufhielten, nicht in das Gebäude gelassen wurden.

- wer eigentlich all die 26 Menschen innerhalb der ersten elf Minuten des Einsatzes für tot erklärt hatte - nach dem Gesetz dürften dies nur Ärzte (siehe S.55).

- wie eigentlich ein junger, schwächerer Mann wie Adam Lanza, der unter Autismus und/oder dem Asperger-Syn-



Sandy Hook School Support Fund - United Way of Western ...<https://newtown.uwwesternct.org/>Dec 11, 2012 - Or visit our website at: <http://www.uwwesternct.org> ... While the eyes of the world may be on Newtown/Sandy Hook, to several staff, volunteers and contributors,

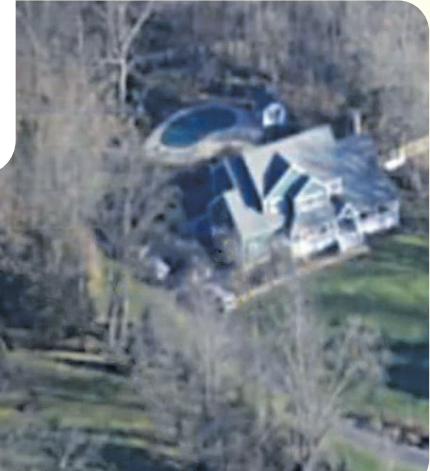
... You visited this page 2 times. Last visit: 1/15/13

How to help: <https://newtown.uwwesternct.org> | The Town Talk ...www.newtowntalk.com/.../How-help-https-newtown-uwwestern...

Dec 11, 2012 - A social fund has been opened to help to provide services and pay for expenses for families in Newtown, Conn., after Friday's deadly assault at Sandy Hook ...

Eine Seite namens «Sandy Hook Support Fund» (Sandy Hook Unterstützungsfonds) auf der Webseite von United Way für den Bezirk Western Connecticut. Das Datum unter dem Suchergebnis (meistens auch das von Google gesetzte Cache-Datum, siehe S.53 Mitte) zeigt den 11. Dezember 2012 – drei Tage vor der angeblichen Sandy-Hook-Schiesserei.

Links das Haus des «Amokschützen» Adam Lanza, rechts das Anwesen von John Trentacosta, der für die Federal-Reserve-Bank in New York arbeitete und dessen United-Way-Fonds für die Sandy-Hook-Opfer verdächtig früh online war – sogar nach offizieller Version.



United Way ist eine grosse gemeinnützige Organisation in den Vereinigten Staaten und es überrascht nicht, wenn sie einen Hilfsfonds für die Opfer eines tragischen Events einrichtet. So geschah es auch nach «Sandy Hook». Mehrere kritische Beobachter fingen allerdings Screenshots des zu frühen Google-Datums der Fonds-Webseite ein. Da das Datum unter dem Suchergebnis aber nicht immer mit dem eigentlich unmöglich manipulierbaren Cache-Datum (siehe S. 53 Mitte) übereinstimmt, wandten sich viele Bürger mit Fragen an United Way. Eine Public-Relations-Firma wurde von United Way engagiert und diese schickte daraufhin eine E-Mail von einem Google-Mitarbeiter an die bekannte News-Webseite Daily Caller. Der Google-Vertreter behauptete: «Das war ein technischer Fehler von unserer Seite. Das Datum, an dem Google die Webseite «gesehen» [also registriert] hat, war am 14. Dezember um 18:58 Uhr [also ca. acht Stunden nach dem Amoklauf].» Mit dieser «Erklärung» besteht allerdings ein Problem: Der United-Way-Fonds für die Opfer wurde von John Trentacosta eingerichtet, der der direkte Nachbar von Adam Lanza gewesen war und der ganz nebenbei noch eine wichtige Position bei der New Yorker Federal-Reserve-Bank innehatte. Trentacosta meinte: «Der Fonds entstand als Antwort auf Dutzende Anfragen.» Doch Moment: Wie soll es innerhalb von acht Stunden möglich sein, diese Dutzenden Anfragen zu erhalten, nach ihnen zu handeln, das Konzept eines Fonds zu entwickeln, ihn mit anderen zu planen, das Bankkonto für ihn zu eröffnen, sich mit United Way abzusprechen, sich die Slogans für die Kampagne auszudenken, das Artwork und die Webseite zu bauen, um diese dann noch online zu stellen? Wohlgedenkt kann es einige Zeit dauern, bis Google die Webseite registriert. Theoretisch hätte sie schon um 16:00 Uhr existieren können (fünf Stunden nach dem «Anschlag»). Bestand die Spenden-Kampagne also schon vor dem Ereignis? Ein weiterer Hinweis auf Vorwissen ist in der Mitte von Seite 53 zu finden.

→ drom gelitten haben soll, mehrere Schiesseisen und Munition schleppen und auch noch Präzisionsleistungen in der Bedienung von Waffen vollbringen konnte – denn solche Menschen leiden, so heisst es, schliesslich unter grossen motorischen Defiziten.

• warum es eigentlich nur Tote und keinen einzigen Verletzten gab. Letzteres ist eine gute Frage, denn normalerweise gibt es bei jedem fatalen Ereignis nicht nur Tote, sondern auch Verletzte. Aber hier sollen alle «mausetot» gewesen sein – nicht nur die 26 Opfer in der Schule, sondern auch Lanzas Mutter und er selbst? Zum Vergleich: Der «Las-Vegas-Mörder» (siehe S.44 ff.) soll 58 Tote und 489 Verletzte hinterlassen haben – eine nahezu umgedrehte Verhältnismässigkeit.

Ein Puzzle, das nicht aufgeht

Wie jedes andere Verbrechen sei auch das Sandy-Hook-Massaker ein Puzzle, allerdings eines, das nicht aufgehe, so Halbig. Aufgrund seiner Erfahrung als Sicherheitsberater für Schulen sei er der Meinung, Sandy Hook sei ein inszeniertes Ereignis gewesen. Er glaube nicht, dass in Sandy Hook überhaupt jemand getötet wurde. Zum Beispiel habe er mit den Verantwortlichen des Rettungshubschrauberdienstes Life Star gesprochen, die an diesem Tag bereits in den Startlöchern gesessen hätten. Bei Life Star habe man das Geschehen in den Medien verfolgt und sei bereit gewesen, nach Sandy Hook zu fliegen, aber, so Life Star laut Halbig: «Wir wurden nie angefordert.» Gab es in der Sandy-Hook-Grundschule also

wirklich niemanden, den man hätte retten müssen?

Kaum zu glauben. Und das fanden auch die Gerichte. Den Radiomoderator Alex Jones, der Halbig damals eine Plattform gab, erwartete acht Jahre später ein Gerichtsurteil, das wohl den kühnsten Träumen der Anti-Waffen-Lobby entsprang. Die 965 Millionen US-Dollar Schadenersatz, die er an die «Angehörigen der Opfer» bezahlen muss, sprengen sowohl alle Grenzen des gesunden Menschenverstands als auch das Budget des texanischen «Verschwörungstheoretikers». So wurde mit dem Sandy-Hook-Narrativ nicht nur der Zweite Verfassungszusatz (Privatbesitz von Waffen), sondern auch gleich noch der Erste (Meinungsfreiheit) abgeschafft. Dabei gibt es keinen besseren Dienst an den Opfern als Aufklärung. Um der Wahrheit näher zu kommen, muss jede Frage erlaubt sein. (gzw)

Quellen:

1. youtube.com, Proof Sandy Hook was a FEMA Drill, 09.04.2013, inzwischen gelöscht
2. Report of the State's Attorney for the Judicial

District of Danbury on the Shootings at Sandy Hook Elementary School and 36 Yogananda Street, Newtown, Connecticut on December 14,

2012, veröffentlicht am: 25.11.2013
3. nytimes.com, A Notorious Sandy Hook Tormentor Is Arrested in Florida, 27.01.2020

4. youtube.com, School Safety Expert Threatened for Questioning Sandy Hook, 13.02.2014, inzwischen gelöscht

GELÄUFIGER EINWAND GEGEN PRIVATEN WAFFENBESITZ

«Das Columbine-Massaker beweist, dass bewaffnetes Sicherheitspersonal in Schulen keine Amokläufe verhindern kann.»

Das wäre so, wie zu behaupten, dass Sicherheitsgurte in Autos nicht imstande sind, zur Sicherheit der Insassen beizutragen und das Risiko für schwere bis tödliche Verletzungen effektiv zu minimieren, sobald es auch nur einen einzigen Fall gegeben hat, bei dem ein Insasse trotz des angelegten Gurtes zu Schaden gekommen oder gar tödlich verunglückt ist. Bei nahezu allen Massnahmen gegen Kriminalität geht es realistischerweise nicht darum, sie gänzlich zu verhindern, sondern ihr so weit wie möglich

Einhalt zu gebieten. Bewaffnetes Sicherheitspersonal wirkt abschreckend auf potenzielle Täter, da es diesen meist darum geht, in den ersten Minuten der Tat ungehindert morden zu können. Ausserdem lässt sich in Erwägung ziehen, ob zwei bewaffnete Sicherheitskräfte (wie in Columbine) für ein gesamtes Schulareal schlicht zu wenig sind, und mehr Personal die Wirksamkeit der Massnahme um ein Vielfaches erhöht hätte bzw. künftig erhöhen würde. (tk)

„Bewaffnete Sicherheitsleute in Schulen? Hmmm... Oh! Waren deshalb die beiden bewaffneten Wachmänner, die an jenem Tag in der Columbine High School waren, dazu in der Lage, die 15 Tode zu verhindern?“

Michael Moore, amerikanischer Filmregisseur, am 21. Dezember 2012

Quelle: Glenn Beck, Control, Threshold Editions, New York, 2013, S.98



Foto: David Shankbone (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Michael_Moore_2011_Shankbone_4.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en



Auf der Webseite des Sportclubs der Arlington High School war ein Artikel mit dem Titel «So sprechen Sie mit Ihrem Kind über die Sandy Hook Tragödie» zu finden. Datiert wurde der Artikel auf den 10. Dezember 2012 – vier Tage vor der «Sandy Hook Tragödie».



Ein angeblicher Sandy-Hook-Schüler namens Louis wurde in der TV-Show «Dr. Oz» gefragt, an welche Details des «Massaker»-Tages er sich erinnere. Der Junge brachte kaum einen Satz gerade heraus und machte im wahrsten Sinne mehr «dicke Backen», als dass er irgendetwas berichtete. Aufgrund seiner undeutlichen Aussprache ist es etwas schwer zu verstehen, doch schien er zu sagen «When we were having a drill, we were hiding under like a...» (Als wir eine Übung hatten, versteckten wir uns unter einem...). An dieser Stelle stockte der Junge erneut - «Tisch» wollte er wohl sagen - und überlegte, doch der Reporter hakte ein und lenkte das Gespräch in eine andere Richtung. Ob Louis bloss von vorherigen Übungen erzählte oder ob er von dem «tatsächlichen» Amoklauf als einer Übung sprach, bleibt unbeantwortet. Allemal fügt sich diese Szene in eine Reihe von merkwürdigen Auftritten ein.

Quelle: odysee.com, Sandy Hook kid forgets his lines on Dr Oz, 14.07.2023

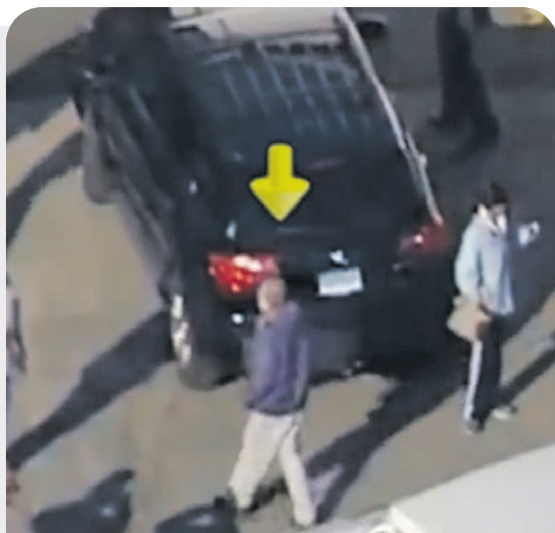
Cache of <http://www.arlingtonlocalschools.com/news/2012/12/10/talking-with-your-child-about-the-sandy-hook-tragedy> changed in the meantime. [Learn more](#)
If your search term on this page, press Ctrl+F or ⌘-F (Mac) and use the find bar.

Das Veröffentlichungsdatum in der URL (10. Dezember) passt zum Veröffentlichungsdatum auf der Webseite der Arlington High School und der identische Titel ist in der URL zu lesen.

It is a snapshot of the page as it appeared on Dec 13, 2012 01:22:20 GMT.

Das eigentlich unmöglich verfälschbare Cache-Datum von Google ist der 13. Dezember – ein Tag vor dem Ereignis.

Die Informationen in einer URL und auf einer Webseite sind zwar kein ultimativer Beweis, dass ein Artikel über den «Sandy-Hook-Amoklauf» vor dem «Amoklauf» existierte. Das Cache-Datum von Google hingegen, von dem zahlreiche Internetnutzer einen Screenshot machten, ist im Grunde unmöglich nach hinten verschiebbar. Google speichert eine Kopie von Webseiten in seinem Index, um Suchergebnisse schneller anzeigen zu können. Wenn Google die Seite am 13. Dezember registrierte, muss sie in der Form am 13. Dezember existiert haben. Möglich ist zwar, dass Google eine Webseite zu spät oder immer wieder neu registriert. Es ist aber logischerweise unmöglich, dass Google das Datum einer Webseite zu früh angibt - also bevor die Webseite überhaupt existiert. Und eine Webseite zu einem Drama in der Sandy-Hook-Grundschule, das erst stattfinden sollte, konnte zu diesem Zeitpunkt eben nicht existieren. Bestand in diesem Fall so etwas wie Vorwissen?



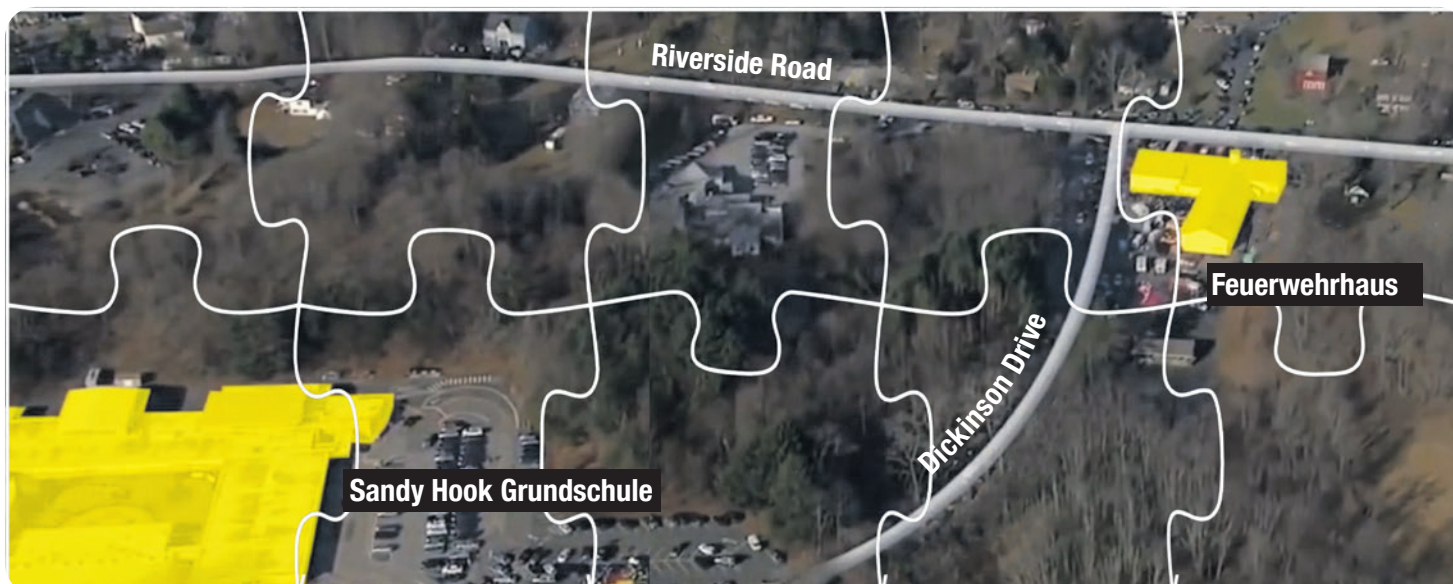
Helikopteraufnahmen widerlegen Rosens Story, er habe die Kinder vor seinem Haus angetroffen. Zu jenem Zeitpunkt in seiner Erzählung befand er sich am Feuerwehrhaus (siehe unten).



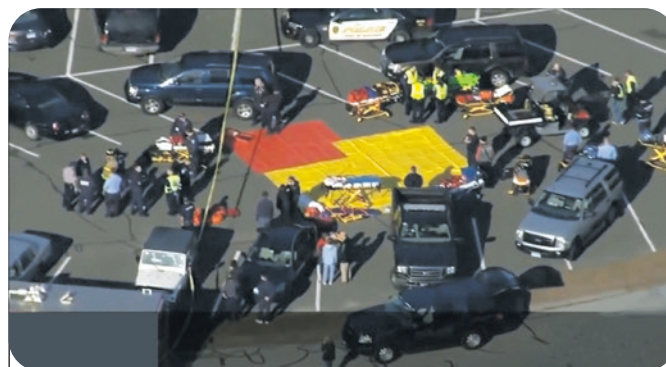
Auf unbekannten Wegen fand ein Video von Gene Rosen seinen Weg ins Netz. Rosen wird gefilmt, wie er seine Zeilen einstudiert, ganz wie ein professioneller Schauspieler, der er auch ist. Der Kameramann unterbricht und korrigiert ihn. Wieso sollte dies ein Kameramann tun, der einen Zeugen aufnimmt?

Die Geschichte von sechs vom Schulmassaker geflüchteten Kindern vor dem Haus des Anwohners Gene Rosen änderte sich fast jedes Mal, wenn Rosen sie neu erzählte. Mal sah er die Kinder bei einem Blick aus dem Fenster, ein andermal gabelte er sie auf, als er gerade nach Hause kam. Letztendlich widersprechen seine Erzählungen sogar dem offiziellen Polizeireport, der von nur vier Kindern vor Rosens Haus spricht. Wenn Rosen wiedergibt, die Kinder hätten ihm vom Anblick ihrer erschossenen Lehrerin Victoria Leigh Soto erzählt, wirkt dies auf viele Beobachter aufgesetzt - wie das Verhalten so vieler anderer Betroffener. Da passt es ins Bild, dass auch Gene Rosen Theaterschauspieler ist und in Stücken wie «The Fantasticks» auftrat.

Das Rätsel des Feuerwehrhauses



Eine Aufnahme zeigt, dass die Zufahrtsstrasse zur Schule (Dickinson Drive) vollkommen blockiert war. Das passt zu den Aufnahmen des Parkplatzes vor der Schule, wo sich kein Krankenwagen befindet (siehe rechts). Rettungskräfte wären durch diese Blockade nicht hindurch gekommen, wenn man dem Bild trauen kann. Warum haben sich die Eltern der Opfer nie über die Behinderung des Rettungspersonals beschwert?



Helikopteraufnahme zum Zeitpunkt kurz nach dem mutmasslichen Massaker (zwischen 10:36 und 11:00 Uhr): Es liegt zwar eine Matte zur Notfallbehandlung auf dem Boden, doch weit und breit ist kein Krankenwagen zu sehen. Der Eindruck des Geschehens wirkt eher entspannt und eine Drucksituation ist nicht erkennbar.



Die Situation, die man auf dem Schulparkplatz erwartet hätte, fand man absurderweise im einige hundert Meter entfernten Feuerwehrhaus vor. Hier tummelten sich Dutzende Menschen und es entstand der Eindruck von chaotisch-dynamischen Vorgängen, wie man sie bei einem Notfall dieser Tragweite normalerweise sieht. Nur selbst diese Situation schien künstlich erzeugt: Beobachtete man das Treiben vor dem Feuerwehrhaus eine Weile, fiel es einem wie Schuppen von den Augen: Die Anwesenden liefen wiederholt und unsinnig im Kreis – gingen oben in das Feuerwehrhaus hinein und unten wieder heraus. Lässt hier die «Truman Show» grüssen? Waren sie dazu angewiesen worden? Anders ist solch anomales Verhalten kaum erklärbar. Wie man ausserdem sieht, sind die Krankenwagen vor dem Feuerwehrhaus geparkt und nicht – wie zu erwarten – auf dem Schulparkplatz.



Der Videorekorder eines Polizeiwagens, der auf dem Sandy-Hook-Parkplatz stand und der sogar Teil des offiziellen Polizeiberichts wurde, belegt, dass vor der Schule selbst nicht viel los war. Zumindest nicht annähernd das, was man bei einem Amoklauf mit zahlreichen Toten und Verletzten erwarten würde.



Nur zwei Stunden, nachdem Kinder auf brutale Weise abgeschlachtet wurden, legen Polizisten auf dem Frontbereich des Polizeiwagens neben der Schule einen lockeren Mittagssnack ein. Absurd ist dieser Anblick auch deshalb, da die Obama-Administration der Polizei von Connecticut und Newtown später Millionensummen zukommen liess, u.a. um die seelischen Wunden der Polizisten zu heilen.

Die Videoaufnahmen des Sandy-Hook-Events sind voller Anomalien: So manches riecht nach einer Übung, die während ihres Ablaufs von bestimmten Übungsteilnehmern, die informiert waren, «real» gemacht wurde. Wurden die Einfahrtswege deshalb blockiert, weil bestimmte Rettungskräfte wirklich dachten, sie müssten schnellstens in die Schule, um die Verletzten zu behandeln? Das ist nicht nur aus dem Bildmaterial zu schliessen: Zahlreiche Rettungskräfte sprachen selbst davon, dass sie blockiert wurden oder gar nicht erst angefordert wurden – mal mehr, mal weniger deutlich. James Wolff, ein 44-jähriger Rettungssanitäter, sagte zu NBC-News in einem hilflosen Statement: «Die Gesichter auf der anderen Seite des Absperrbandes und die Emotionen in den Gesichtern zu sehen, war schwierig, vor allem, weil wir nicht im Einsatz waren und versucht haben, Menschen zu retten. Man kann vielleicht nicht jeden retten, aber man muss es verdammt nochmal versuchen. Und wenn (wir) nicht die Möglichkeit hatten, unsere Fähigkeiten in die Tat umzusetzen, ist das schwierig.»⁽¹⁾ Warum war die Möglichkeit nicht da?

Ein Sanitäter schrieb in einem Internetforum: «Die Rettungsdienste haben sich nicht in ihrem normalen Rahmen verhalten. Nach einer Massenschliesserei hätten Hubschrauber die Kinder – eins nach dem anderen – ins Krankenhaus geflogen. Über die ganze Zeit wären Reanimationen versucht worden. Patienten wären erst im Krankenhaus nach ausführlichen Wiederbelebungsversuchen für tot erklärt worden. Ich war fünf Jahre bei den Rettungskräften und wir bekommen alle Patienten, die wiederbelebt werden müssen. Wir bekommen 80 Jahre alte Altenheimpatienten, die seit 20 Minuten nicht mehr atmen, ohne die geringste Überlebenschance. Dennoch probieren wir alle Reanimationsmassnahmen.» Die Behauptung, 25 Opfer seien schon in der Schule tot gewesen, weshalb keine Notwendigkeit zu Rettungsmassnahmen bestand, scheint also jeder Grundlage zu entbehren.

So verlagerte sich das gesamte Geschehen zwangsläufig hin zum Feuerwehrhaus, das von Dutzenden Menschen umkreist wurde, die keineswegs wie in einer Notsituation wirkten, sondern eher wie Leute, die an einer Übung teilnehmen und Befehle befolgen. (tk)

Quellen:

1. nbcnews.com, «You feel helpless»: First responders rushed to school after shooting, only to wait, 20.12.2012
Dokumentation: We need to talk about Sandy Hook, 2014



GELÄUFIGER EINWAND GEGEN PRIVATEN WAFFENBESITZ

«Bewaffnete Zivilisten stoppen keine Amokläufe.»

«In den letzten 30 Jahren gab es 62 Massenschliessereien. Nicht eine einzige wurde jemals von einem Zivilisten vereitelt, obwohl Amerika ein schwer bewaffnetes Land ist», sagte der CNN-Moderator Piers Morgan am 09. Januar 2013. ⁽¹⁾ Natürlich wurde keiner dieser Amokläufe vereitelt - wenn sie verhindert worden wären, wären sie nicht als Amokläufe in die Statistik eingegangen. Das ist so, als würde man sagen, dass kein einziger der 2782 Verkehrstoten Deutschlands in 2022 durch Sicherheitsgurte, Airbags oder Geschwindigkeitsbegrenzungen verhindert wurde, nur um zu argumentieren, diese Sicherheitsvorkehrungen seien überflüssig. Was Morgans Zirkelschluss nicht berücksichtigt, ist die Tatsache, dass viele Morde, die genauso gut zu Massakern hätten werden können, von anderen mit einer Schusswaffe verhindert wurden. Medial hört man nicht viel von solchen Vorfällen, weil sie entweder nie passiert sind oder nicht als «mass shootings» (mehr als ein Verletzter oder Toter) klassifiziert wurden, da die Zahl der Opfer für eine solche Einstufung nicht hoch genug war. Es ist also eher schwierig, an Informationen über die entsprechenden Fälle zu kommen. Und doch müssen wir im Gegensatz zu Piers Morgans These keine 30 Jahre in die Vergangenheit zurückblicken, um einige aktuelle Beispiele zu finden, bei denen (potenzielle) Amokläufe in der Tat durch bewaffnete Zivilisten verhindert werden konnten. Auch diese Liste könnte weiter fortgesetzt werden:

- Im Oktober 1997 schlitze ein 16-jähriger Junge seiner Mutter die Kehle durch, schnappte sich ihr Gewehr, zog sich einen Trenchcoat an und machte sich auf den Weg zur Pearl High School in Pearl, Mississippi. Als er dort ankam, ging er auf den Innenhof und begann zu schießen, wobei er neun seiner Mitschüler traf und zwei tötete. Die Polizei gab bekannt, dass der Killer vorgehabt hatte, die High School zu verlassen, zur Pearl Junior High School zu fahren und dort weiterzuschüssen. Doch als der Junge die Schule verliess und mit seinem Auto über den Parkplatz zu fahren begann, sah er sich mit einem Colt vom Kaliber .45 konfrontiert, der durch die Windschutzscheibe auf ihn gerichtet war. Von der Situation überwältigt, verunfallte der Junge mit seinem Fahrzeug. Der Mann mit der Waffe, der stellvertretende Schuldirektor Joel Myrick, war sofort zu seinem Truck gerannt, um seine Schusswaffe zu holen, nachdem er die ersten Schüsse gehört hatte. Nach dem Unfall bedrohte er den Killer so lange mit seiner Waffe, bis die Polizei eintraf. Später stellte sich heraus, dass der Junge noch immer 36 Patronen in seinen Taschen hatte. Niemand weiss, wie

viele Leben dadurch gerettet wurden, dass der Täter davon abgehalten wurde, die andere Schule zu erreichen. Aber wir wissen, dass dieser Vorfall niemals die Aufmerksamkeit der Medien fesselte. Warum wohl? ⁽²⁾

- Am 04. Juli 2023 wurde Angaben der israelischen Polizei zufolge ein Amokfahrer in Tel Aviv von einem Zivilisten angeschossen und somit von weiteren Missetaten abgehalten, nachdem er mindestens sieben Menschen entweder angefahren oder mit einer Stichwaffe verletzt hatte. ⁽³⁾

- 17. Juli 2022: Ein bewaffneter Zivilist erschoss in Indiana, USA einen Amokläufer, der in einem Einkaufszentrum bereits zwei Menschen niedergestreckt hatte, und verhinderte somit weiteres Blutvergiessen. ⁽⁴⁾

- Texas, USA, Anfang 2023: Ein 32-jähriger, bewaffneter Zivilist stoppte unter Einsatz seiner legalen Schusswaffe in einem Kaufhaus einen 16 Jahre alten Amokläufer, der zuvor mit einer gestohlenen Schusswaffe einen Menschen umgebracht und drei weitere verletzt hatte. Die Polizei nahm den angeschossenen Täter anschliessend in Gewahrsam. ⁽⁵⁾

Der Mehrwert bewaffneter Zivilisten für die Allgemeinheit scheint insgesamt stark unterschätzt zu werden, wie ein Bericht des «Crime Prevention Research Center» (CPRC, Institut zur Erforschung der Verbrechenverhütung) aus dem Jahr 2022 nahelegt. Der besagte Bericht der Nichtregierungsorganisation prangerte vom FBI veröffentlichte Zahlen an, die zu dem Schluss kamen, dass bewaffnete Zivilisten in den USA zwischen 2014 und 2021 im Durchschnitt nur 4,4 Prozent aller Schiessereien im öffentlichen Raum vereitelt hätten. Das CPRC kam bei seiner Überprüfung der publizierten FBI-Zahlen zu dem Ergebnis, dass diese fehlerhaft waren und in Wirklichkeit durchschnittlich 34,4% solcher Vorfälle durch bewaffnete Zivilisten gestoppt werden konnten. Besonders bemerkenswert war dabei der Wert für 2021, denn in diesem Jahr konnten rechtschaffene Bürger mit ihren Schusswaffen augenscheinlich stolze 49,1% - und damit fast die Hälfte - der in die Untersuchung einbezogenen Straftaten vereiteln. ⁽⁶⁾ (fk)

Quellen:

1. Glenn Beck, Control, Threshold Editions, New York, 2013, S.36
2. Ebenda, S.37
3. br.de, Mehrere Verletzte bei Anschlag in Tel Aviv, 04.07.2023
4. n-tv.de, Bewaffneter Zivilist erschiesst Amokläufer, 18.07.2022

5. edition.cnn.com, A legally armed civilian shot and wounded the suspected gunman in a fatal El Paso mall shooting, police say, 18.02.2023
6. foxnews.com, FBI undercounts number of times armed citizens have thwarted active shooting incidents: report, 04.10.2022

NEW ZEALAND / CHRISTCHURCH TERROR ATTACKS



Rise in gun crime despite government clampdown after terror attack

Das Portal «Radio New Zealand» wählt am 5. März 2021 folgenden Titel: «Anstieg der Waffenkriminalität trotz staatlicher Massnahmen nach Terroranschlag». Genau zwei Jahre nach dem sogenannten «Christchurch-Massaker» heisst es auf der Webseite: «Das rigorose Vorgehen der Regierung gegen Schusswaffen und die Beschlagnahmung von halbautomatischen Hochleistungswaffen hat sich nicht auf die Zunahme von Waffenkriminalität und Gewalt in Neuseeland ausgewirkt.» Im Gegenteil: «Im Jahr 2020 erreichte die Waffenkriminalität einen neuen Höhepunkt.»

Frankfurter Allgemeine

KLAGE GEGEN DIE NRA

New York will die mächtigste Lobbygruppe Amerikas auflösen lassen

AKTUALISIERT AM 06.08.2020 - 20:13

Der amerikanische Bundesstaat New York wollte den Waffenlobbyverband National Rifle Association (NRA) 2020 per Gericht auflösen lassen. Bei kaum einer anderen Organisation neigt die deutsche Journaille mehr zum Attribut «mächtig», obwohl bereits der Titel entlarvt, dass eine Organisation, die aufgelöst werden kann, nicht an oberster Stelle der Macht-Nahrungskette stehen kann. Was los wäre, wenn die NRA umgekehrt erklären würde, sie wolle den Bundesstaat New York oder die US-Regierung auflösen, kann man sich lebhaft vorstellen. Wer ist hier also wirklich «mächtig»?



Das eingeschlagene Tor der McCloskeys

Im Gegensatz zu vielen ihrer Nachbarn weigerten sich die McCloskeys aus der Innenstadt von St. Louis in die Vorstädte zu ziehen. Stattdessen renovierten sie ihr typisches Südstaatenhaus, in dem sie seit über 30 Jahren lebten. Als im Juni 2020 hunderte Black-Lives-Matter-Randalierer an ihrem Grundstück ein Tor demolierten und es betraten, stellten sich die beiden bewaffnet vor ihre Türe, um dem Mob Einhalt zu gebieten. Kein einziger Schuss wurde abgefeuert und die Vandalen zogen eingeschüchtert weiter. Mustergültiges Verhalten des Anwalts-Ehepaars, könnte man meinen. Nicht doch: Ein Geschworenengericht erhob im Oktober 2020 Anklage gegen das Paar, das sich im Juni 2021 der Anklage wegen «Ordnungswidrigkeiten» für schuldig bekannte. Sie gaben ihre Waffen ab und wurden zu einer Geldstrafe von fast 3000 Dollar verurteilt. Einen komischen Beigeschmack hatte das Ereignis auch, weil die McCloskeys kurz darauf äusserten, sie seien weiterhin Unterstützer von «Black Lives Matter».



Die Debatte über das Waffenrecht spiegelt die «woke» Opferkultur wider, die in **Ausgabe 55** beschrieben wird. Anhänger der Ideologie des «Wokeismus» sehen sich oder andere meistens nur als potenzielle Opfer von «kriminellen» Taten. Die machtvolle Position, in die sie durch den Besitz einer Schusswaffe gelangen könnten, kommt ihnen fast nie in den Sinn. Gemeint ist die Fähigkeit, sich selbst, die eigene Familie, Nachbarn, Freunde, oder gar die ganze Nation gegen einen Feind verteidigen zu können - quasi als Teil einer Gruppe von gutmütigen Menschen, die ein unzerstörbares Bollwerk gegen Kriminelle und feindlich gesinnte Gruppen darstellt. In ihrem Weltbild soll Entwaffnung auf wundersame Weise für mehr «Sicherheit» sorgen. Dabei handelt es sich aber vielmehr um die Sicherheit, keine Verantwortung übernehmen zu müssen, sein eigenes Leben oder das von Wehrlosen vor Übergriffen zu beschützen. Kann es sogar sein, dass dahinter die Angst vor der Beschäftigung mit der eigenen Vergänglichkeit steckt? Schliesslich setzt der Entschluss, ein tödliches Werkzeug zur Verteidigung besitzen zu wollen, eine Auseinandersetzung mit dem Tod voraus - sowohl mit dem eigenen als auch mit dem eines potenziellen Aggressors. Die rosarot-uto-pische Sichtweise der «Woken» tritt auch in der Debatte über «Gun Control» zutage.

77 «Die Waffengeschäfte im Grossraum Los Angeles führen den Anstieg der Verkaufszahlen zunächst auf das Coronavirus und nun auf die jüngsten Plünderungen und Proteste zurück. Der Inhaber von LAX Range and Ammo in Inglewood sagt, die Kunden hätten sich mit Schusswaffen und Munition eingedeckt. [...] Er rechnet damit, dass Waffen und Munition bis zum Ende des Jahres knapp werden, und erinnert daran, dass es eine staatlich vorgeschriebene 11-tägige Wartezeit gibt.»

ABC-News am 02. Juni 2020

Quelle: abc7.com, Gun shops in Los Angeles area attribute rise in sales to looting and protests, 02.06.2020

77 «Nach den Unruhen in Los Angeles [von 1992] kauften die Kalifornier so viele Schusswaffen wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen vor 20 Jahren, und auch andere Bundesstaaten melden einen ähnlichen Anstieg der Waffenverkäufe. Der Ansturm auf die Waffenkäufe in Kalifornien ist zum grossen Teil auf eine der beängstigendsten Botschaften zurückzuführen, die von den zweitägigen Brandstiftungen, Plünderungen und Gewalttaten im Zentrum von Süd-Los-Angeles ausgingen. Diese Botschaft, diese Angst, besteht darin, dass die Polizei bei einem Ausbruch ziviler Unruhen nicht in der Lage sein könnte, die Menschen zu schützen.»

Die New York Times am 14. Mai 1992

Quelle: nytimes.com, After The Riots; Los Angeles Riots Spurring Big Rise In Sales Of Guns, abgerufen am: 31.08.2023

Wenn die Bürger am eigenen Leib erfahren, wie schnell ein vermeintlich sicherer Ort im Chaos versinkt, ist der Selbsterhaltungstrieb doch grösser als die Skepsis gegenüber dem privaten Waffenbesitz - dann möchten auch jene in den Genuss des Besitzes einer Pistole oder eines Gewehrs kommen, die bisher darauf verzichteten.



Der Ausweg aus der Opfer-Mentalität

Wieder einmal haben wir in der vorliegenden Ausgabe Entwicklungen beschrieben, die leider nichts Gutes verheissen. Es sind allen voran zwei Dinge deutlich geworden: Zum einen hat sich ein klarer Trend dahingehend abgezeichnet, dass eine Schusswaffe in den Händen einer Privatperson ein effektives sowie effizientes Mittel der Selbstverteidigung darstellt, und dass die Verbreitung von privatem Schusswaffenbesitz Kriminalität vielmehr hemmt, als dass sie sie begünstigt. Zahlreiche Thesen der Anti-Schusswaffen-Lobby konnten in diesem Zusammenhang widerlegt werden. Zweitens jedoch wurde dargelegt, wie eben jene Gegner von privatem Schusswaffenbesitz ihrem Ziel – der totalen Entwaffnung der weltweiten Zivilbevölkerungen – Schritt für Schritt näher kommen.

Die Deutschen etwa stellen hier ein Negativbeispiel mit besonders weit fortgeschrittenen Waffenverboten dar. Gepaart mit sich zuspitzenden soziokulturellen und gesellschaftlichen Spannungen und dem damit einhergehenden Kriminalitätszuwachs, scheinen sie auf dem besten Weg, «Freiwild» im eigenen Land zu werden: Eine geradezu fahrlässig gnädige Justiz bei (vor allem migrantischen) Schwerstkriminellen geht Hand in Hand mit einer Politikerkaste, die

entschlossen gegen die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Schusswaffen – mittlerweile aber schon längst Waffen sämtlicher Art – und gegen die rechtlichen Freiheiten hinsichtlich Selbstverteidigung vorgeht. Das Fazit könnte also lauten: Wir sind drauf und dran, den auf uns zukommenden Geschehnissen hilflos ausgeliefert zu sein.

Es schwebt das Damoklesschwert über den Bewohnern eines Lands, das auf der einen Seite von zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen geplagt wird, und dessen Regierung auf der anderen Seite eine effektive Selbstverteidigung weitestgehend kriminalisiert, statt echte Kriminelle hart zu bestrafen. Man wandert also umher als potenzielle Beute von Raubtieren, die jederzeit unbehelligt zuschlagen könnten. Manche haben die Situation als das begriffen, was sie ist. Sie wünschen sich, dass das Waffenrecht hierzulande deutlich liberalisiert wird, dass die Hürden für den Besitz von Schusswaffen herabgestuft werden, dass man Schusswaffen auch zur Selbstverteidigung – mindestens einmal auf dem eigenen Grundstück – verwenden darf und auch, dass Notwehr juristisch grosszügiger behandelt wird, als es heute der Fall ist. Doch es stellt sich die Frage: Auf was für einen Boden würde diese hypothetische Liberalisierung des Waffenrechts fallen?

Die zerbrechliche Gesellschaft

Unsere Gesellschaft charakterisiert sich mittlerweile dadurch, dass das emotionale Wohlbefinden als nahezu höchstes Gut gehuldigt wird. In allen Bereichen des sozialen Lebens wird eine immense Arbeit investiert, sog. «Safe Spaces» zu schaffen und die Kommunikation «gewaltfrei» ohne «Mikroaggressionen» zu gestalten. Ja richtig: Alltäglichen verbalen Interaktionen wird nachgesagt, sie könnten gewalttätig sein. Wie steht es um eine Gesellschaft, in der Worte offenbar als schlimme Form der Gewalt wahrgenommen werden? Zumindest lässt sich beobachten, dass verbalisierte «politische Unkorrektheit» zunehmend stärker verfolgt und bestraft wird – manchmal sogar härter als Gewaltverbrechen. Wie steht es um eine Gesellschaft, die es bereits als rassistisch oder beleidigend verurteilt, wenn man überhaupt nur äussert, dass man sich in bestimmten Gegenden, zu bestimmten Uhrzeiten und/oder im Beisein bestimmter Personen(gruppen) unsicher fühlt? Es steht schlecht um eine solche Gesellschaft, denn sie besteht mittlerweile zum Grossteil aus mental sowie physisch schwachen und gebrechlichen Menschen, die an verbalen und erst recht an körperlichen Auseinandersetzungen zugrunde gehen. Kein Wunder also, dass Verbote von Waffen im Allgemeinen und Schusswaffen im Speziellen in Deutschland grossen Anklang finden und weitestgehend befürwortet werden.

Würde sich also vor diesem Hintergrund überhaupt etwas ändern, wenn das Waffengesetz liberaler gestaltet wäre? Dies darf bezweifelt werden. Wenn Kindern sämtliche Raufereien verboten und ihre Konfliktaustragungen von Erwachsenen moderiert werden; wenn kriegerisches Spielzeug jeglicher Art aus den Kinderzimmern verbannt wird; wenn die sprachliche Selbstzensur so weit fortgeschritten ist, dass man bei Gesprächen mit weniger Vertrauten bereits reflexartig überlegt, ob die Worte «unangemessen» sein könnten, dann kann man wahrlich von einer verweichlichten Opfer-Gesellschaft sprechen. Und dann braucht man auch nicht zu hoffen, die Mitglieder dieser Gesellschaft würden Selbstverteidigungswerkzeuge jeglicher Art mit offenen Armen in Empfang nehmen.

Utopische Träumerei

Der Gedankengang von vielen mag lauten, dass Gewalt in einer idealen Welt nichts zu suchen hat, was man durch den totalen

DEUTSCHLAND STATISTIK DER BUNDESPOLIZEI

WELT

Zahl der Messerangriffe in Zügen und Bahnhöfen hat sich verdoppelt

Veröffentlicht am 29.01.2023 | Lesedauer: 3 Minuten

Messerangriffe, Einbrüche, Zuwanderer

FOCUS

Neue Kriminalitätsstatistik offenbart alarmierende Zahlen

focus.de, 26.03.2023

ZDF

Kriminalstatistik: Messerattacken nehmen zu

zdf.de, 31.03.2023

Das passiert bei kulturfremder Masseneinwanderung mit gleichzeitiger Kriminalisierung und Herabwertung von Selbstverteidigung.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 20

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Das Grundrecht auf Widerstand ist zwar in das deutsche Grundgesetz integriert. Ein Volk, das in seiner Mehrheit auf dieses Recht zurückgreifen will, existiert momentan allerdings nicht.

Verzicht auf sie in jeglichem Fall demonstrieren will. Nun ist die Realität aber schlicht nicht ideal – und sie wird es auch niemals sein. In ihr gibt es Boshaftigkeit, Leid und Schmerz. Man kann sich mit ihr auseinandersetzen und sie konfrontieren, oder den umgekehrten Versuch unternehmen, dieser Realität zu entfliehen. Letzteres ist jedoch immer zum Scheitern verurteilt: Es gibt in der Realität nunmal keine Sicherheit vor Schmerz und Verletzung – weder körperlich noch emotional. Zum Leben gehören diese Aspekte dazu, und das ist auch gut so. Wer die Dunkelheit nicht kennt, der kann das Licht nicht in seiner vollen Ausprägung begreifen und wertschätzen. Ausserdem sind schmerzliche Erfahrungen häufig auch positiv prägend; sie befähigen, sie lehren, sie machen weise. Ein in Watte eingepackter Mensch ist unvollkommen, denn er ist den Widrigkeiten des Lebens und der Interaktion mit anderen nicht gewachsen, sondern wird daran zerbrechen und in der Folge weitaus mehr Leid erfahren, als wenn er von Beginn an gelernt hätte, mit Schwierigkeiten und Rückschlägen umzugehen. Daher gilt es, die Opferhaltung abzulegen.

Der Unterschied zwischen friedlich und harmlos

Es ist schön und gut, wenn man eine grundlegend pazifistische, Gewalt ablehnende Haltung vertritt. Die vermeintliche Weisheit «Es gehören immer zwei dazu» hat aber ihre Grenzen: Es reicht, wenn nur einer als Aggressor auftritt, damit zwei in einen Kampf verwickelt sind. Dann kann der «Klügere» zwar nachgeben, bekommt aber solange schmerzhaft (und vielleicht sogar tödliche) Schläge, bis der Angreifer ablässt. Er unterwirft sich also, und ist daher nicht friedlich, sondern harmlos – und erst recht nicht klug. Friedfertigkeit und Harmlosigkeit sind zwei verschiedene Dinge: Friedliche Menschen lehnen Gewalt als Mittel der Durchsetzung ihrer alltäglichen Interessen ab, weil sie erkannt haben, dass dies einem nachhaltig erfüllenden Miteinander und einer prosperierenden Gesellschaft im Wege steht. Sie sind hingegen jederzeit gewillt, ihre Werte und ihre Mitmenschen mit aller Kraft zu verteidigen, wenn diese einem Angriff ausgesetzt sind. Dabei sind sie brandgefährlich – für den Angreifer. Das allein wiederum sorgt schon

für eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Friedensstörer und somit für mehr Sicherheit unter seinesgleichen.

Harmlose Menschen hingegen wollen Auseinandersetzungen um jeden Preis vermeiden, weil sie Angst vor den Konsequenzen haben. Aus der Position der Schwäche heraus unterwerfen sie sich bei jeder Gelegenheit in der Hoffnung, einem Konflikt aus dem Weg gehen zu können – und sind damit dem Gegenüber vollends ausgeliefert. Es stellt sich also die Frage, ob eine Gesellschaft besser dran ist, wenn sie aus friedfertigen, aber zu defensiver Gewalt fähigen, oder aber aus unterwürfigen, allzu demütigen und letztendlich wehrlosen Menschen besteht. Was passiert, wenn letzteres der Fall ist, kann man seit vielen Jahren in Deutschland beobachten.

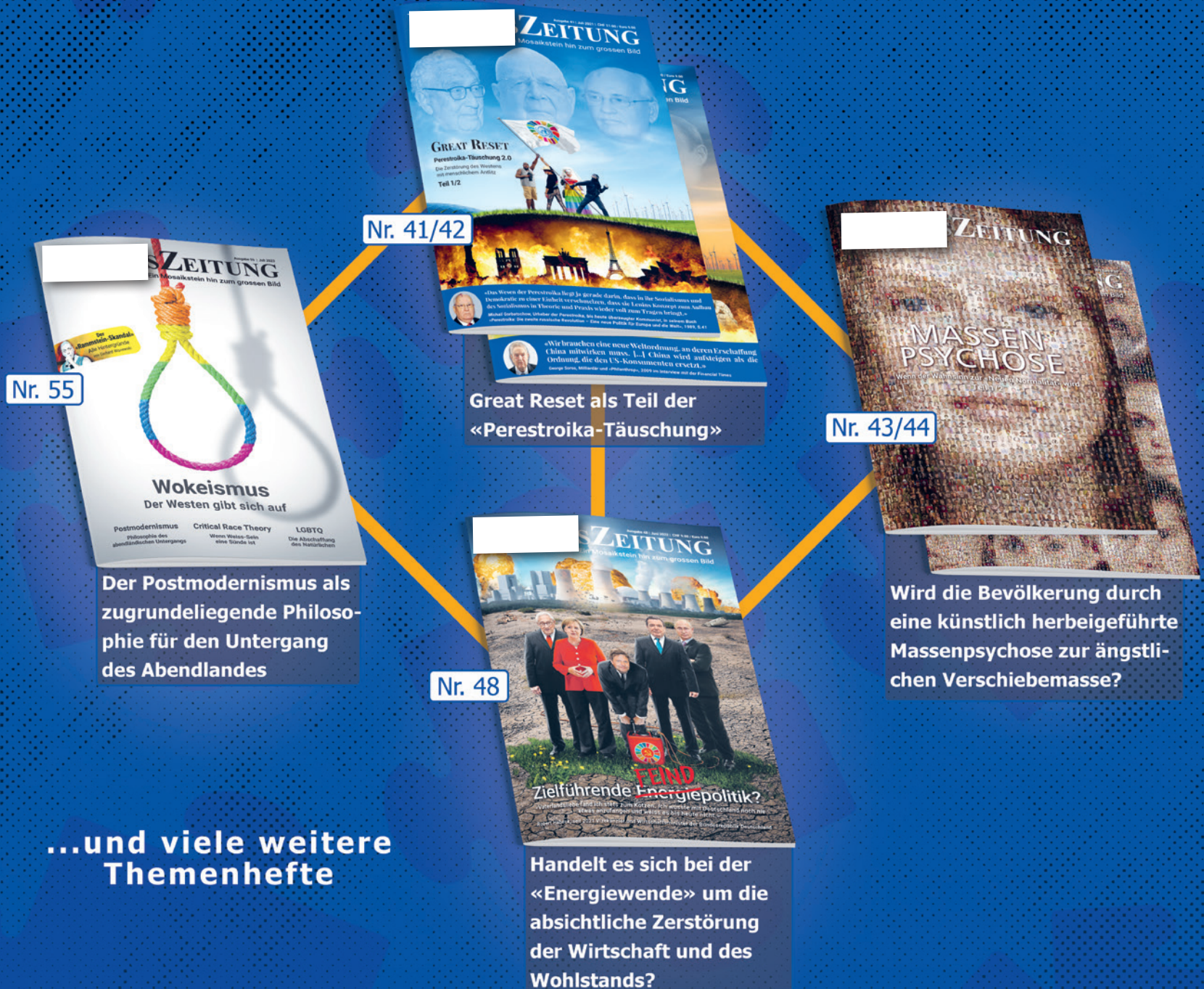
Deshalb ist es dringend nötig, die «rosarote Brille» abzunehmen und unsere Abwehrkräfte gegenüber realen Gefahren um uns herum zu stärken – egal ob in Deutschland, der Schweiz oder ganz Europa. Sich geschlossen gegen Unrecht zu wehren, sollte aber niemals bedeuten, den eigenen Sinn für Gerechtigkeit abzulegen. Ansonsten bewegen wir uns gedanklich in die Richtung der Aggressoren, die momentan den Frieden unseres Miteinanders bedrohen. (tk)



Als Mann Emotionen zu zeigen, ist nichts Verwerfliches, doch längst hat sich in Europa ein Kult der Schwäche entwickelt, in dem jegliche Wehrhaftigkeit verteufelt und männliche Stärke als «toxisch» deklariert wird.

Plakat der Schweizer Versicherung Helsana

Heft für Heft zum grossen Bild



...und viele weitere
Themenhefte

Abonnenten- Vorteil

bei Einzelausgaben

Druckversion: **6€** (statt 9€)

PDF: **4€** (statt 7€)

Kombi: **8€** (statt 11€)

Folgen Sie
uns auf:



Telegram



Odysee.com



YouTube